LawaetzStiftung

Lokale Partnerschaft für Demokratie im Bezirk Hamburg-Nord

Situations- und Ressourcenanalyse

Untersuchungsbericht

Durchgeführt im Rahmen des Bundesprogrammes *„Demokratie leben!“*

Hamburg, August 2026

Die Situations- und Ressourcenanalyse für die Partnerschaft für Demokratie Hamburg-Nord wurde im Auftrag des Bezirksamtes Hamburg-Nord erstellt von der

JOHANN DANIEL LAWAETZ-STIFTUNG
Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts
Neumühlen 16-20, 22763 Hamburg
www.lawaetz.de

Autor:innen:
Peer Gillner
Amelie Hauffe

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Autorinnen und Autoren dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung ... 1
1.1 Kontext: Bundesprogramm *Demokratie leben!* ... 2
1.1.1 Ziele der Partnerschaften für Demokratie ... 2
1.1.2 Aufbau der Partnerschaft für Demokratie im Bezirk Hamburg-Nord ... 3

2 Methodisches Vorgehen ... 5
2.1 Quantitative Sekundäranalyse ... 5
2.2 Qualitative Einzelinterviews ... 6
2.3 Fokusgruppen zur Reflexion der Befunde ... 6

3 Beschreibung der Ist-Situation ... 7
3.1 Raumkontext der Stadtteile im bezirklichen und städtischen Vergleich ... 7
3.1.1 Gebietsstruktur ... 7
3.1.2 Bevölkerungsstruktur ... 9
3.1.3 Sozioökonomische Lage ... 10
3.1.4 Wohn- und Lebensverhältnisse ... 13
3.1.5 Bildung ... 15
3.1.6 Mobilität und Gesundheitsversorgung ... 17
3.2 Politisches Klima ... 18
3.2.1 Ergebnisse zur Bundestagswahl 2025 ... 18
3.2.2 Ergebnisse zur Bürgerschaftswahl 2025 ... 21
3.2.3 Ergebnisse zur Wahl der Bezirksversammlung 2024 ... 22

4 Herausforderungen und Ursachen ... 24
4.1 Politisch motivierte Kriminalität ... 24
4.1.1 Politisch motivierte Kriminalität nach Phänomenbereich 2024/2025 ... 26
4.1.2 Politisch motivierte Kriminalität nach Oberthemenfeldern 2024/2025 ... 28
4.2 Herausforderungen aus Sicht der befragten Akteur:innen ... 33
4.3 Ursachen aus Sicht der Befragten ... 39
4.4 Analyse der Ressourcen ... 43
4.5 Voraussetzungen für Demokratiearbeit aus Sicht der Befragten ... 47

5 Ansatzpunkte für die Partnerschaft für Demokratie ... 52

6 Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen ... 56
6.1 Zusammenfassung der Situations- und Ressourcenanalyse ... 56
6.2 Handlungsempfehlungen für die weitere Implementierung der Partnerschaft für Demokratie im Bezirk Hamburg-Nord ... 62

Quellen ... 65

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Einwohnende je km² in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord 8
Abbildung 2: Bevölkerungsstruktur in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord 10
Abbildung 3: Sozioökonomische Lage in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord 11
Abbildung 4: Haushaltsstruktur in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord 14
Abbildung 5: Weiterführende Schulen in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord 16
Abbildung 6: Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2021 und 2025 in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord 19
Abbildung 7: Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 in Hamburg-Nord und Stadt Hamburg 21
Abbildung 8: Ergebnisse der Bürgerschaftswahl 2025 in Hamburg-Nord und Stadt Hamburg 22
Abbildung 9: Ergebnisse zur Wahl der Bezirksversammlung 2024 in Hamburg-Nord und Stadt Hamburg 23
Abbildung 10: Quote politisch motivierter Kriminalität je 10.000 Einwohner:innen in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord und Stadt Hamburg 25
Abbildung 11: Fälle politisch motivierter Kriminalität nach Phänomenbereichen im Bezirk Hamburg-Nord 27
Abbildung 12: Fälle politisch motivierter Kriminalität nach Phänomenbereichen in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord 28
Abbildung 13: Oberthemenfeld Hasskriminalität nach Stadtteilen; *bereinigte Zahlen 30
Abbildung 14: Oberthemenfeld Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus nach Stadtteilen 30
Abbildung 15: Oberthemenfeld Konfrontation/Politische Einstellung nach Stadtteilen 31
Abbildung 16: Oberthemenfeld Antifaschismus nach Stadtteilen 32
Abbildung 17: Oberthemenfeld Innenpolitik und Krisenherde/Bürgerkriege nach Stadtteilen 33

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Arbeitsmarktindikatoren nach Stadtteilen 12
Tabelle 2: SGB II- und Grundsicherungsindikatoren nach Stadtteilen 13
Tabelle 3: Kernindikatoren zu Mobilität und Gesundheitsversorgung in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord 17
Tabelle 4: AfD-Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2021 und 2025 im Vergleich 20

1 Einleitung

Seit Beginn dieses Jahres wird im Rahmen der neuen Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!" die Partnerschaft für Demokratie (PfD) im Bezirk Hamburg-Nord umgesetzt, das Bündnis für Demokratie konstituierte sich im März 2026 im Rahmen einer bezirksweiten Auftaktkonferenz.

Voraussetzung für die Förderung aller in dem Programm umgesetzten Partnerschaften für Demokratie ist, dass im Rahmen des Arbeitsprogramms eine differenzierte Analyse der Ausgangssituation zu spezifischen Problemlagen und Potenzialen für eine demokratiefördernde Arbeit erstellt wird. Ziel dieser sogenannten Situations- und Ressourcenanalyse ist es, die aktuelle gesellschaftliche Lage in den Stadtteilen des Bezirks Hamburg-Nord zu erfassen, bestehende Herausforderungen, Bedarfe, aber auch konstruktive Strukturen und Potenziale im Bezirk Hamburg-Nord zu beschreiben, Erfahrungswissen von Akteur:innen der Praxis zu eruieren und schließelich darauf aufbauend Handlungsempfehlungen und Ansatzpunkte für die strategische Weiterentwicklung der Partnerschaft für Demokratie abzuleiten.

Die Situations- und Ressourcenanalyse wurde von der Lawaetz-Stiftung im Auftrag des Bizirksamtes Hamburg-Nord durchgeführt. Die Untersuchungsergebnisse sollen eine Grundlage schaffen, um die Arbeit der *Partnerschaft für Demokratie* durch bestehende Strukturen weiterzuentwickeln und Ansatzpunkte für künftige Handlungsschwerpunkte zu identifizieren. Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse folgendermaßen zusammen.

Kapitel eins beschreibt nach dieser Vorbemerkung den Kontext der Untersuchung im Bundesprogramm „Demoratie leben!" und den Aufbau der Partnerschaft für Demokratie, Kapitel zwei skizziert die methodische Herangehensweise zur Untersuchung. Kapitel drei analysiert die soziodemografische Ausgangslage sowie das politische Klima in den Stadtteilen des Bezirks Hamburg-Nord. Kapitel vier widmet sich den spezifischen Herausforderungen für die Demokratiearbeit. Diese werden sowohl auf Grundlage kleinräumiger Kriminalstatistiken (PMK – Politisch Motivierte Kriminalität) als auch anhand der qualitativen Erhebungen, insbesondere der Aussagen aus Akteursbefragungen, herausgearbeitet. Darüber hinaus stellt das Kapitel vorhandene Ressourcen für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie dar. Kapitel fünf beinhaltet mögliche organisatorische und thematische Ansatzpunkte für die Demokratiearbeit, die sich aus den Herausforderungen, aber auch aus den vorhandenen Ressourcen ergeben. Auf der Basis einer zusammenfassenden Ergebnisdarstellung fokussiert das Kapitel sechs neben einer Ergebniszusammenfassung auf Handlungsempfehlungen für die Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie in der kommenden Programm-Förderperiode.

1.1 Kontext: Bundesprogramm *Demokratie leben!*

Das Bundesprogramm *„Demokratie leben!"*[1] verfolgt das Ziel, die Demokratie in Deutschland langfristig zu stärken und ein von Respekt, Gleichwertigkeit und Solidarität getragenes Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft zu fördern.

Im Mittelpunkt steht dabei der Dreiklang „Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen", der programmatisch die inhaltliche Ausrichtung strukturiert. Zum einen sollen demokratische Werte, Prozesse und Institutionen sichtbarer und erfahrbarer gemacht werden, etwa durch die Förderung politischer Bildung, Beteiligungsprojekte und lokaler Demokratiezentren. Zum anderen geht es darum, zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken, die sich gegen Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren. Ein zentrales Ziel ist zudem die Prävention von Extremismus in all seinen Erscheinungsformen, unter anderem Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus, indem frühzeitig sensibilisiert, Gegennarrative unterstützt und Beratungsangebote gestärkt werden.

1.1.1 Ziele der Partnerschaften für Demokratie

Die Partnerschaften für Demokratie sind der kommunale Kern des Bundesprogramms *„Demokratie leben!"*. Sie unterstützen Städte, Gemeinden und Landkreise dabei, lokale Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen. In diesen Partnerschaften arbeiten kommunale Politik und Verwaltung gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen – etwa Vereinen, Initiativen, Religionsgemeinschaften und engagierten Bürger:innen – zusammen, um sich dauerhaft zu vernetzen. Vor Ort werden so Projekte politischer Bildung, Beteiligungsformate, Aktionen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Angebote zur Extremismusprävention ermöglicht und über Aktions- und Initiativfonds gefördert. Ziel ist es, eine lebendige demokratische Alltagskultur zu fördern, die Selbstwirksamkeit der Bürger:innen zu stärken und eine breite lokale Verantwortungsgemeinschaft gegen Demokratiefeindlichkeit zu etablieren. Im Einzelnen verfolgen die *Partnerschaften für Demokratie* folgende Zielsetzungen[2]:

- Stärkung zivilgesellschaftlich und demokratisch engagierter Personen, Initiativen und Organisationen vor Ort.
- Förderung einer lebendigen und dauerhaft verankerten demokratischen Alltagskultur in der Kommune, die auf Kooperation, Respekt und Anerkennung basiert.

[1] Alle Informationen in diesem Abschnitt stammen von der offiziellen Webseite des Bundesprogramms. https://www.demokratie-leben.de/dl/programm/ueber-demokratie-leben abgerufen im Juni/ Juli 2026

[2] Quelle: https://www.demokratie-leben.de/dl/programm/programmbereiche/partnerschaften-fuer-demokratie, abgerufen am 21.06.2026

- Entwicklung und Umsetzung kommunaler Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie, Vielfalt und Teilha
- Verbesserung der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kommune, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft in den Handlungsfeldern des Bundesprogramms.
- Förderung demokratischer Selbstwirksamkeit durch lokale Beteiligungs- und Bildungsangebote, die konkrete demokratische Erfahrungen ermöglichen.
- Ausbau demokratischer Bündnisse und einer breiten lokalen Verantwortungsgemeinschaft gegen Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.
- Stärkung von Kompetenzen zur Konfliktbearbeitung und Entwicklung von Schutz- und Unterstützungsstrukturen für gefährdete zivilgesellschaftliche Akteur:innen.

1.1.2 Aufbau der Partnerschaft für Demokratie im Bezirk Hamburg-Nord

Die Struktur der Partnerschaft umfasst mehrere Elemente, die gemeinsam das Fundament lokaler Demokratieförderung bilden:

- Federführendes Amt:
  Das Federführende Amt ist der Zuwendungsempfänger der Bundesmittel und trägt die Verantwortung für deren sachgerechte Verwendung, Abrechnung und Weiterleitung. In seiner Rolle begleitet und unterstützt das Federführende Amt die Ziele der Partnerschaft im bezirklichen Kontext. Im Bezirk Hamburg-Nord übernimmt diese Funktion das Bezirksamt Hamburg-Nord, Fachamt Sozialraummanagement. Die Bezirksversammlung beteiligt sich an der Kofinanzierung der Partnerschaft für Demokratie und stellt hierfür Mittel bereit.

- Koordinierungs- und Fachstelle:
  Die Koordinierungs- und Fachstelle ist bei einem vom Bezirksamt Hamburg-Nord beauftragten Träger angesiedelt und bildet die operative Schnittstelle zwischen Verwaltung, dem Bündnis und den handelnden Akteur:innen. Sie koordiniert die Umsetzung, berät Antragstellende, begleitet Einzelmaßnahmen und übernimmt Öffentlichkeits- sowie Vernetzungsarbeit. In der Partnerschaft für Demokratie Hamburg-Nord liegt diese Aufgabe während der Kick-Off-Phase beim Träger TOLLERORT entwickeln & beteiligen GmbH.

- Bündnis für Demokratie:
  Das Bündnis für Demokratie ist das zentrale Gremium der Partnerschaft für Demokratie und wurde im März 2026 konstituiert. In ihm arbeiten Vertreter:innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik sowie engagierte Menschen zusammen. Es berät über die inhaltliche Ausrichtung der Partnerschaft für Demokratie und legt die Eckpunkte der Gesamtstrategie fest. Zudem berät es darüber, welche Maßnahmen zur Erreichung der Ziele der Partnerschaft für Demokratie umgesetzt werden.

- JugendForum:
  Die Förderung von Jugendbeteiligung ist eine programmimmanente Aufgabe der Partnerschaft für Demokratie. Im Bezirk Hamburg-Nord soll diese durch ein JugendForum umgesetzt werden. Ziel ist es, die Beteiligung junger Menschen zu fördern, indem Projekte gemeinsam mit ihnen geplant und umgesetzt werden. Hierzu sollen vorhandene Strukturen und Kompetenzen genutzt werden, indem relevante Akteur:innen der Jugendarbeit in öffentlicher und privater Trägerschaft sowie der Zivilgesellschaft gemeinsam mit den Jugendlichen innovative Projekte zur Demokratiestärkung entwickeln und umsetzen. Formate werden etwa Peer-to-Peer Workshops, aber auch die Präsenz in sozialen Medien und weitere Outputs sein.
- Demokratiekonferenz:
  Die *Partnerschaft für Demokratie* versteht sich als Plattform für Vernetzung und Austausch und fördert diese in unterschiedlichen Bereichen. Die lokalen Akteur:innen werden hier über die PfD informiert und zur Beteiligung eingeladen. Bereits im Oktober 2025 hat ein Auftakt mit etwa 30 beteiligten Partner:innen stattgefunden, in dem ein Dialog über Erwartungen und Bedarfe stattfand; die Demokratie- und Bildungskonferenz mit etwa 50 Beteiligten hat an den wichtigsten Themen für eine künftige Demokratiearbeit angesetzt und in Workshops diskutiert. Vernetzung und Austausch wird auch künftig ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Partnerschaft für Demokratie sein und in entsprechenden Formaten bedarfsgerecht verfolgt werden, etwa im Rahmen der jährlichen „Woche der Vielfalt", die bereits seit einigen Jahren im Bezirk Hamburg-Nord durchgeführt wird.

2 Methodisches Vorgehen

Die Situations- und Ressourcenanalyse für die PfD Hamburg-Nord basiert methodisch auf einem Mixed-Methods-Modell, das quantitative Datenanalysen mit qualitativen Perspektiven verbindet. Ziel ist es, sowohl strukturelle Entwicklungen anhand ausgewählter soziodemografischer Indikatoren, Veränderungen im Wahlverhalten der Stadtteilbevölkerung sowie Daten aus der polizeilichen Statistik (PMK) als auch die Erfahrungen und Einschätzungen lokaler Akteur:innen sichtbar zu machen. So erfolgte die Untersuchung in zwei methodischen Zugängen:

- Sekundäranalyse statistischer Daten aus kleinräumigen Statistiken als quantitativer Zugang sowie
- Befragung von 10 Akteur:innen aus Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie die Durchführung einer Fokusgruppenveranstaltung zur Verifizierung und Bewertung der Befunde als qualitativer Zugang.

Während die Sekundäranalyse eine empirische Grundlage für die Beschreibung struktureller Entwicklungen und räumlicher Schwerpunkte bietet, ermöglicht die qualitative Erhebung ein vertieftes Verständnis der Handlungsbedingungen, Herausforderungen und Ressourcen der lokalen Demokratiearbeit.

2.1 Quantitative Sekundäranalyse

Die quantitative Analyse stützt sich neben den statistischen Stadtteilprofilen und den Wahldatenanalysen auch auf die Daten des Landeskriminalamts Hamburg (Abteilung Staatsschutz) zur politisch motivierten Kriminalität. Diese wurden dem Evaluationsteam am 04. Mai 2026 auf Anfrage elektronisch zur Verfügung gestellt. Der Datensatz umfasst Vorfälle aus den Jahren 2024 und 2025 und enthält eine Aufschlüsselung der Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität nach Deliktgruppen und Stadtteilen. Im Fokus stehen Deliktgruppen mit rassistischem, rechtsextremistischem, ausländerfeindlichem, queerfeindlichem sowie allgemein hasskriminellem Hintergrund.

Ergänzend wurden themenrelevante schriftliche Anfragen der Hamburgischen Bürgerschaft (siehe Quellen / Parlamentsdatenbank) ausgewertet und in die deskriptive Interpretation der Daten einbezogen. Zudem wurden die Daten zu politisch motivierter Kriminalität mit sozialräumlichen Indikatoren aus den Stadtteilprofilen Hamburg in Beziehung gesetzt, deren Kennzahlen überwiegend das Jahr 2024 abbilden.

Eine Auflistung der Dokumente und Daten findet sich in dem Quellenverzeichnis zu diesem Bericht.

2.2 Qualitative Einzelinterviews

Zur Erhebung der Ausgangslage im städtischen Zusammenleben im Bezirk Hamburg-Nord wurden insgesamt 10 qualitative Einzelinterviews mit Stakeholdern aus sozialen Einrichtungen der Stadtteile wie die Quartiersentwicklungen, die Kinder- und Jugendeinrichtungen, Sportvereine, Geflüchteteninitiativen, der Regionalbeauftragten, aber auch mit dem Inklusionsbeirat geführt. Die jeweils etwa 45 minütigen Gespräche wurden im Rahmen von Videochats durchgeführt.

Im Rahmen der Interviews wurden einerseits Einschätzungen und Erfahrungen der Akteur:innen zur Situation des gesellschaftlichen Zusammenlebens in den Stadtteilen des Bezirks Hamburg-Nord thematisiert, wobei die jeweilige Perspektive der Zielgruppen eine wesentliche Rolle spielte. Ebenfalls konnten Entwicklungen und Erklärungszusammenhänge zu der Frage möglicher demokratieskeptischer Tendenzen besprochen werden. Dies war für die Beschreibung der Ausgangssituation eine wesentliche Bezugsquelle. Andererseits wurde der Fokus auch auf die möglichen institutionellen und konzeptionellen Ressourcen für die Demokratieförderung in den Stadtteilen und damit auch auf die Ansatzpunkte für die Arbeit der *Partnerschaft für Demokratie* gesetzt.

Die Interviews wurden nicht transkribiert, sondern anhand von Ergebnisprotokollen dokumentiert. Damit konnte eine Zuordnung der Äußerungen (teils auch Zitate) zu den jeweiligen Fragestellungen und Unterthemen des Berichtes erreicht werden.

2.3 Fokusgruppe zur Reflexion der Befunde

Nach der Phase der Primärerhebung wurden die jeweiligen Aussagen geclustert und zu inhaltlichen Befunden zu den jeweiligen Fragestellungen übertragen. Somit konnte eine Ergebniszusammenstellung der qualitativen Erhebung erfolgen. Zur Ergänzung der quantitativen Primärerhebung wurde eine Fokusgruppe mit jenen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen durchgeführt, die sich an den Einzelinterviews beteiligten. Ziel war es, die zusammengefassten qualitativen Befunde zu spiegeln und damit die individuellen Einblicke in wahrgenommene Problemlagen, strukturelle Herausforderungen sowie in vorhandene Ressourcen und Bedarfe der Demokratiearbeit vor Ort zu verifizieren.

3 Beschreibung der Ist-Situation

3.1 Raumkontext der Stadtteile im bezirklichen und städtischen Vergleich

Im folgenden Kapitel wir die Sozialstruktur des Bezirks Hamburg Nord beschrieben. Vor allem die Bereiche Gebiets- und Bevölkerungsstruktur, Sozioökonomische Lage, Wohn- und Lebensverhältnisse, Bildung sowie Mobilität und Gesundheitsversorgung werden dabei berücksichtig. Eine Zusammenfassung dieser Ergebnisse erfolgt auch im Kapitel 6 dieses Berichts.

3.1.1 Gebietsstruktur

Der Bezirk Hamburg-Nord zählt mit einer Gesamtbevölkerung von 331.291 Einwohnenden auf einer Fläche von 57,8 km² zu den wichtigsten Lebensräumen der Hansestadt. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 5.732 Personen je km² weist auf eine kompakte Siedlungsstruktur hin, die zugleich dynamisch verläuft. So verzeichnet der Bezirk im Jahr 2024 einen positiven Wanderungssaldo von 2.751 Personen (31.812 Zuzüge gegenüber 29.061 Fortzüge), was seine anhaltende Attraktivität als Wohnort unterstreicht.

Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Stadtteilen. Insbesondere die drei bevölkerungsreichsten Stadtteile **Winterhude**, **Langenhorn** und **Barmbek-Nord** vereinen fast die Hälfte der Bezirksbevölkerung auf sich, unterscheiden sich jedoch hinsichtlich Flächenausdehnung, Dichte und Wachstumsdynamik. Winterhude ist der bevölkerungsreichste Stadtteil und zugleich überdurchschnittlich besiedelt. Die Kombination aus hoher Bevölkerungszahl und Dichte deutet auf eine etablierte, nachgefragte Wohnlage hin, was sich auch in dem moderaten Wanderungsgewinn von 552 Personen im Jahr 2024 widerspiegelt.



Demgegenüber nimmt **Langenhorn** eine strukturelle Sonderrolle ein: Trotz seiner hohen Einwohner:innenzahl weist der Stadtteil aufgrund seiner größten Flächenausdehnung im Bezirk eine geringe Dichte auf. Der zugleich höchste Wanderungsgewinn im Bezirk lässt darauf schließen, dass hier noch große Entwicklungspotenziale und Zuzugsmöglichkeiten bestehen, die sich aus der geringen Verdichtung ergeben. Barmbek-Nord

stellt ein klassisches Beispiel für eine stark verdichtete, urbane Struktur dar. Der Stadtteil zählt zu den dichtesten im Bezirk, verzeichnet zudem weiterhin einen Bevölkerungszuwachs. Dies deutet auf eine anhaltend hohe Nachfrage trotz weit fortgeschrittener Verdichtung hin. Barmbek-Süd und Dulsberg setzen die Reihe der stark verdichteten, urbanen Quartiere fort, wobei deren Wanderungsbilanz im Jahr 2024 fast ausgeglichen war.

Eppendorf und Uhlenhorst repräsentieren etablierte, zentrumsnahe Wohnlagen mit einer über dem Bezirksdurchschnitt liegenden Dichte. Beide Stadtteile zeigten im Jahr 2024 eine sehr stabile Bevölkerungsentwicklung mit nur geringfügigen Wanderungsgewinnen. Ohlsdorf und Alsterdorf nehmen mittlere Positionen im bezirklichen Vergleich ein. Bemerkenswert ist hier der deutliche Wanderungsgewinn von 563 Personen in Alsterdorf im Jahr 2024, der nach Langenhorn den zweithöchsten Wert im Bezirk darstellt. Fuhlsbüttel weist eine deutlich geringere Dichte auf.

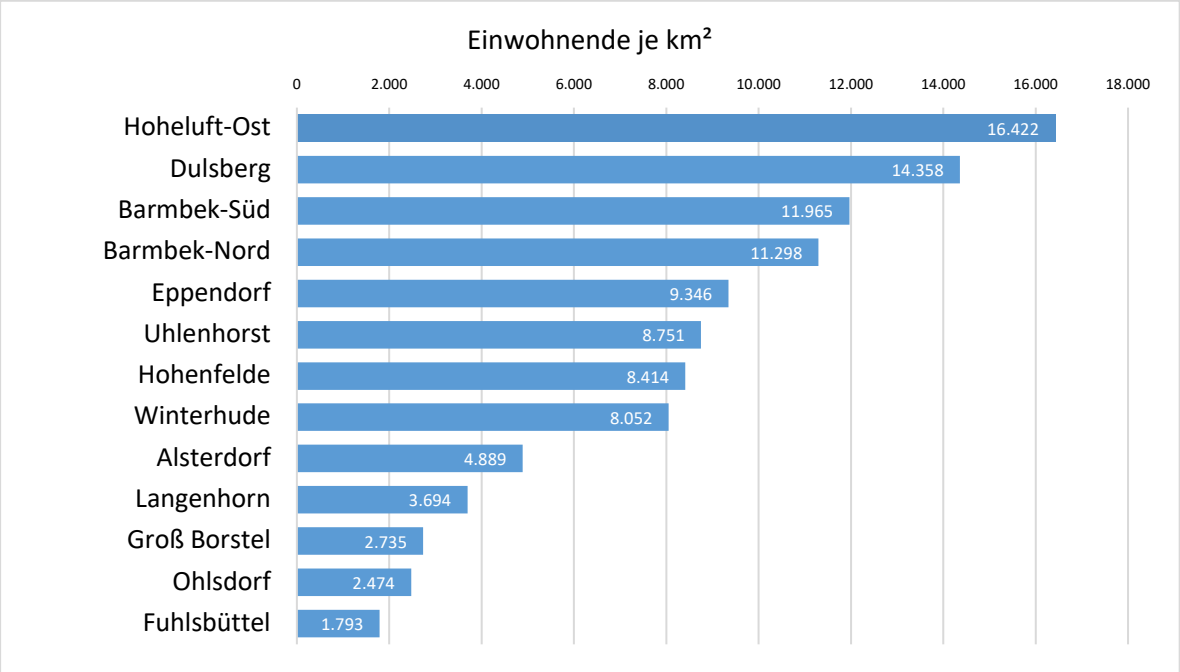


Abbildung 1: Einwohnende je km² in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord

Am anderen Ende der Skala stehen die Stadtteile mit den geringsten Einwohner:innenzahlen. Hoheluft-Ost ist mit 9.853 Einwohnenden der kleinste Stadtteil, aufgrund seiner geografischen Fläche von nur 0,6 km² jedoch der am dichtesten besiedelte - fast dreimal so hoch wie der Bezirksdurchschnitt. Hohenfelde zeigt ein ähnliches Bild. Den Gegenpol dazu bildet der Stadtteil Groß Borstel mit einer lockeren Dichte von 2.735 Personen je km² und einer nahezu ausgeglichenen Wanderungsbilanz.

Die räumliche Verteilung der Bevölkerung im Bezirk weist erhebliche Unterschiede in Dichte und Entwicklungsdynamiken auf. Während Stadtteile wie Hoheluft-Ost eine fast maximale

urbane Auslastung erreicht haben und stagniert wirken, bieten die flächengroßen Gebiete im Norden – allen voran Fuhlsbüttel und Langenhorn – noch Raum für das stetige Bevölkerungswachstum des Bezirks. Der statistische Durchschnittswert von etwa 5.700 Personen pro km² nivelliert dabei die Realität, die zwischen der Enge von über 16.000 und der Weitläufigkeit von unter 2.000 Menschen pro km² schwankt.

3.1.2 Bevölkerungsstruktur

Das soziale Profil des Bezirks Hamburg-Nord wird bei insgesamt 331.291 Einwohnenden durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Generationen geprägt. Während der Anteil der unter 18-Jährigen bei 14,1 % liegt, stellen die über 64-Jährigen mit 15,8 % eine etwas größere Gruppe dar. Ein wesentliches Merkmal ist die kulturelle Vielfalt: 33,7 % der Einwohnenden verfügen über einen Migrationshintergrund. Dieser Anteil tritt bei der jüngeren Generation besonders deutlich hervor, da über die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen im Bezirk (50,4 %) eine familiäre Zuwanderungsgeschichte aufweist. Diese Durchschnittswerte lassen jedoch die deutliche soziale Ausdifferenzierung zwischen den 13 Quartieren unberücksichtigt, wie bereits die Altersstruktur der Minderjährigen zeigt.

Als besonders familiengeprägte Gebiete mit den höchsten Anteilen an unter 18-Jährigen stechen Groß Borstel, Langenhorn, Ohlsdorf und Fuhlsbüttel hervor. In einer mittleren Gruppe folgen Alsterdorf, Winterhude, Eppendorf und Uhlenhorst. Demgegenüber verzeichnen Hoheluft-Ost, Hohenfelde, Barmbek-Nord, Barmbek-Süd und Dulsberg, das mit nur 10,8 % den bezirksweiten Tiefstwert markiert, die geringsten Anteile an Minderjährigen.

Bei der älteren Generation (über 64 Jahre) ergibt sich ein anderes Bild: Hier markiert Alsterdorf mit 19,3 % den Spitzenwert, gefolgt von Eppendorf, Langenhorn und Uhlenhorst. Deutlich jüngere Bewohnerstrukturen mit einem unterdurchschnittlichen Seniorenanteil weisen hingegen Hohenfelde, Winterhude, Barmbek-Süd, Dulsberg und Barmbek-Nord auf.

Noch markanter wird die räumliche Trennung bei der Betrachtung des Migrationshintergrunds. Dulsberg nimmt hier mit 48,7 % eine Ausnahmestellung ein; bei den unter 18-Jährigen liegt dieser Anteil dort sogar bei signifikanten 75,7 %. Auch Hohenfelde, Langenhorn, Groß Borstel, Fuhlsbüttel, Barmbek-Nord und Barmbek-Süd weisen eine über dem Durchschnitt von 33,7 % liegende nationale Diversität auf. Ein konträres Bild zeigt sich in Eppendorf und Hoheluft-Ost mit den geringsten Quoten zum Migrationshintergrund. Auch auf der Uhlenhorst, in Winterhude, Ohlsdorf und Alsterdorf liegt die Migrationsquote unter dem bezirklichen Mittelwert.

Innerhalb des Bezirkes Hamburg-Nord zeigen sich markante Unterschiede in der Zusammensetzung der Bevölkerung zwischen den einzelnen Stadtteilen. Während Gebiete wie Langenhorn und Groß Borstel durch eine junge Altersstruktur auffallen, konzentriert sich die kulturelle Vielfalt besonders stark in Stadtteilen wie Dulsberg. Im Gegensatz dazu weisen Quartiere wie

Eppendorf und Hoheluft-Ost eine deutlich homogenere Bevölkerungsstruktur mit geringeren Migrationsanteilen auf, was die vielschichtigen sozialen Realitäten innerhalb des Bezirks verdeutlicht.

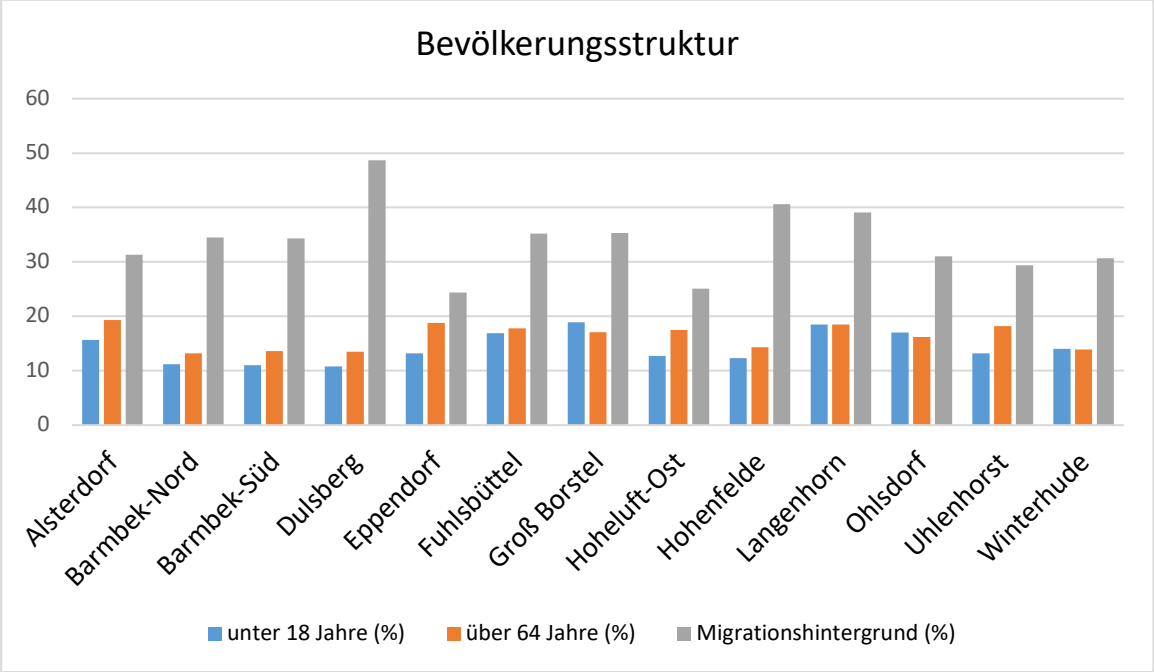


Abbildung 2: Bevölkerungsstruktur in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord

3.1.3 Sozioökonomische Lage

Die ökonomische Landkarte des Bezirks Hamburg-Nord offenbart bei genauerer Betrachtung der Stadtteilprofile starke soziale Disparitäten, die weit über die durchschnittlichen Kennzahlen hinausgehen. Während der Bezirk mit einem Einkommen von 53.875 Euro je Steuerpflichtigen und einer Arbeitslosenquote von 5.9 % (14.137 Personen) im städtischen Vergleich stabil erscheint, zeigt die Detailanalyse, dass Wohlstand und soziale Belastungen räumlich ungleich verteilt sind.

Diese Schere zwischen den Quartieren wird besonders groß, wenn man das verfügbare Einkommen betrachtet. Auf der Uhlenhorst, in Eppendorf und in Hoheluft-Ost konzentriert sich die wirtschaftliche Kraft des Bezirks, eng gefolgt von Alsterdorf und Winterhude, die ebenfalls weit über dem bezirklichen Durchschnitt liegen. Im mittleren Einkommenssegment des Bezirks bewegen sich die Stadtteile Groß Borstel, Ohlsdorf,, Hohenfelde, sowie Fuhlsbüttel. Im starken Gegensatz zu den Spitzenreitern stehen Stadtteile wie Barmbek-Süd,, Langenhorn und Barmbek-Nord, bis hin zu Dulsberg, das mit ca. 28 TEuro den niedrigsten Wert verzeichnet. In diesen Gebieten erreicht das Durchschnittseinkommen teilweise nur noch ein Drittel der in den wohlhabendsten Quartieren erzielten Werte.

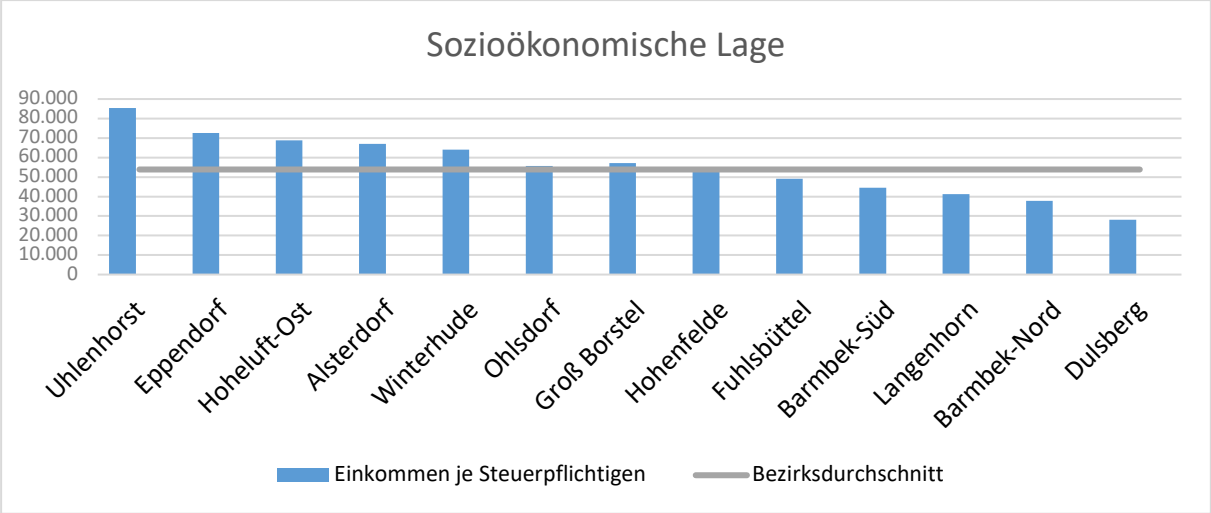


Abbildung 3: Sozioökonomische Lage in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord

Die starken sozioökonomischen Unterschiede sind auch mit Blick auf die demokratische Teilhabe relevant, da ungleiche Lebenslagen unterschiedliche Möglichkeiten und Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe mit sich bringen können.

Während die Arbeitslosenquote auf der Uhlenhorst, in Eppendorf und in Hoheluft-Ost auf einem sehr niedrigen Niveau liegt, bewegen sich auch Alsterdorf, Winterhude, Ohlsdorf und Groß Borstel noch unterhalb des bezirklichen Durchschnitts von 5,9 %. Im Gegensatz dazu kämpfen Stadtteile wie Hohenfelde, Barmbek-Süd, Langenhorn, Fuhlsbüttel und Barmbek-Nord mit deutlich höheren Werten, wobei Dulsberg mit 10,6 % die höchste Belastung im gesamten Bezirk aufweist.

Besonders auffällig ist die Jugendarbeitslosigkeit in Dulsberg, die mit 5,7 % weit über dem bezirklichen Mittel von 3,1 % liegt; ebenfalls überdurchschnittliche Quoten bei den 15- bis unter 25-Jährigen verzeichnen hierbei Fuhlsbüttel, Langenhorn, Barmbek-Nord und Winterhude. Ein konträres Bild zeigt sich in den privilegierten Lagen wie Uhlenhorst oder Eppendorf, wo die Jugendarbeitslosigkeit kaum eine statistische Rolle spielt.

Gebiet	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Beschäftigtenquote in %	Arbeitslosenanteil in %	Arbeitslosenanteil Jüngerer in %	Arbeitslosenanteil Älterer in %
Alsterdorf	6.348	60,0	4,8	2,4	5,2
Barmbek-Nord	23.481	68,9	6,8	3,3	8,9
Barmbek-Süd	19.209	67,4	6,1	2,5	7,6
Dulsberg	8.613	64,5	10,6	5,7	14,6
Eppendorf	11.389	64,4	4,0	1,4	5,2
Fuhlsbüttel	5.946	62,2	6,7	4,0	5,8
Groß Borstel	4.421	60,4	5,8	2,9	6,1
Hoheluft-Ost	4.612	65,4	4,4	-	6,0

Hohenfelde	4.878	64,1	6,1	2,6	6,5
Langenhorn	20.034	62,2	6,6	3,8	6,2
Ohlsdorf	7.423	59,9	5,7	2,7	5,9
Uhlenhorst	8.681	64,0	3,9	1,7	4,2
Winterhude	29.485	65,2	5,0	3,2	5,5
Bezirk HH Nord	154.457	64,6	5,9	3,1	6,7
Stadt HH	827.045	61,5	6,6	3,2	6,7

Tabelle 1: Arbeitsmarktindikatoren nach Stadtteilen

Ein ähnliches Gefälle zeigt sich beim Bezug von SGB-II-Leistungen. Die höchsten Quoten finden sich in Dulsberg, Fuhlsbüttel und Langenhorn, gefolgt von Groß Borstel und Barmbek-Nord, die ebenfalls über dem bezirklichen Durchschnitt von 7,4 % liegen. Im mittleren Bereich der Skala bewegen sich Hohenfelde sowie Barmbek-Süd und Ohlsdorf. Deutlich geringere Belastungen verzeichnen hingegen Winterhude, Uhlenhorst sowie Alsterdorf und Hoheluft-Ost. Am unteren Ende der Skala steht schließlich erneut Eppendorf, das mit 2,8 % den bezirksweiten Tiefstwert markiert.

Ein besonders kritischer Aspekt der sozioökonomischen Lage ist die Kinderarmut und die Situation im Alter. Im Bezirk leben durchschnittlich 14,3 % der unter 15-Jährigen in Grundsicherung. Dieser Wert schwankt stark zwischen den Quartieren: Während er sich in Dulsberg verdoppelt und auch in Fuhlsbüttel sowie Langenhorn ein hohes Niveau erreicht, liegt er in privilegierten Lagen wie Eppendorf und Hoheluft-Ost lediglich bei 4,3 %. Im mittleren Belastungsbereich folgen Hohenfelde, Barmbek-Süd, Barmbek-Nord, Winterhude, Ohlsdorf und Groß Borstel. Deutlich geringere Quoten an Kinderarmut verzeichnen hingegen Alsterdorf (10,4 %) und Uhlenhorst mit 7,4 %.

Gebiet	Leistungsempfänger: innen nach SGB II	% der Leistungsempfänger: innen nach SGB II	% der unter 15-Jährigen in Mindestsicherung	% der 65-Jährigen und Älteren in Grundsicherung	Bedarfsgemeinschaften nach SGB II
Alsterdorf	896	5,7	10,4	7,5	481
Barmbek-Nord	3.506	8,0	14,4	12,2	2.383
Barmbek-Süd	2.693	7,3	14,6	11,9	1.692
Dulsberg	2.596	15,1	30,3	20,7	1.632
Eppendorf	709	2,8	4,3	7,5	470
Fuhlsbüttel	1.472	10,5	21,9	7,8	704
Groß Borstel	906	8,3	13,2	9,9	528
Hoheluft-Ost	302	3,1	4,3	7,9	214
Hohenfelde	755	7,5	16,0	9,2	415
Langenhorn	4.961	10,1	18,2	8,6	2.494

Ohlsdorf	1.304	7,3	13,2	6,5	728
Uhlenhorst	647	3,4	7,4	6,1	384
Winterhude	3.844	6,3	13,7	7,1	2.107
Bezirk HH Nord	24.591	7,4	14,3	9,1	14.232
Stadt HH	195.098	9,9	18,3	9,3	101.061

Tabelle 2: SGB II- und Grundsicherungsindikatoren nach Stadtteilen

Auch bei der Grundsicherung im Alter (65+) zeigt sich ein deutliches Gefälle bei einem Bezirksdurchschnitt von 9,1 %. In Dulsberg liegt die Belastung erneut bei mehr als dem Doppelten des Durchschnittswerts. Überdurchschnittlich betroffen sind zudem die Bewohnenden in Barmbek-Nord, Barmbek-Süd und Groß Borstel. Eine moderatere Situation weisen Hohenfelde, Langenhorn), Hoheluft-Ost, Fuhlsbüttel sowie Eppendorf und Alsterdorf auf. Die niedrigsten Anteile an Altersarmut finden sich in Winterhude, Ohlsdorf und auf der Uhlenhorst, die mit 6,1 % den bezirksweiten Tiefstwert markiert.

Die unterschiedliche Konzentration von Armut und sozialen Belastungen im Bezirk unterstreicht die Notwendigkeit von Angeboten, die Teilhabe, Selbstwirksamkeit und gesellschaftliche Einbindung stärken um damit sozialer Ausgrenzung entgegenwirken können.

3.1.4 Wohn- und Lebensverhältnisse

Die Wohn- und Lebensverhältnisse im Bezirk Hamburg-Nord sind durch eine hohe Anzahl an kleinen Haushalten und eine stark variierende Gebäudestruktur geprägt. Bei insgesamt 199.944 Haushalten liegt die durchschnittliche Haushaltsgröße bei lediglich 1,6 Personen. Ein Merkmal des Bezirks ist der hohe Anteil an Einpersonenhaushalten, die mit 62,8 % (125.571 Haushalte) die deutliche Mehrheit bilden. Zudem leben in 28.075 Haushalten Kinder, wobei der Anteil der Alleinerziehenden mit 24,7 % (6.937 Haushalte) ein signifikantes soziales Merkmal der Haushaltsstruktur darstellt.

Betrachtet man die Kennzahlen auf der Ebene der 13 Stadtteile, weicht die Realität in den Quartieren teilweise erheblich von den statistischen Durchschnittswerten ab. Bei den Einpersonenhaushalten verzeichnen Dulsberg, Barmbek-Nord und Barmbek-Süd die drei höchsten Quoten. In einem mittleren Bereich folgen Hohenfelde, Winterhude, Hoheluft-Ost, Eppendorf und Uhlenhorst, die allesamt nahe am oder über dem Bezirksdurchschnitt von 62,8 % liegen. Deutlich geringere Anteile an Einpersonenhaushalten finden sich in den eher familiengeprägten Randlagen Fuhlsbüttel und Ohlsdorf sowie in Alsterdorf, Groß Borstel und schließlich Langenhorn, das mit 49,2 % die niedrigste Quote im Bezirk aufweist.

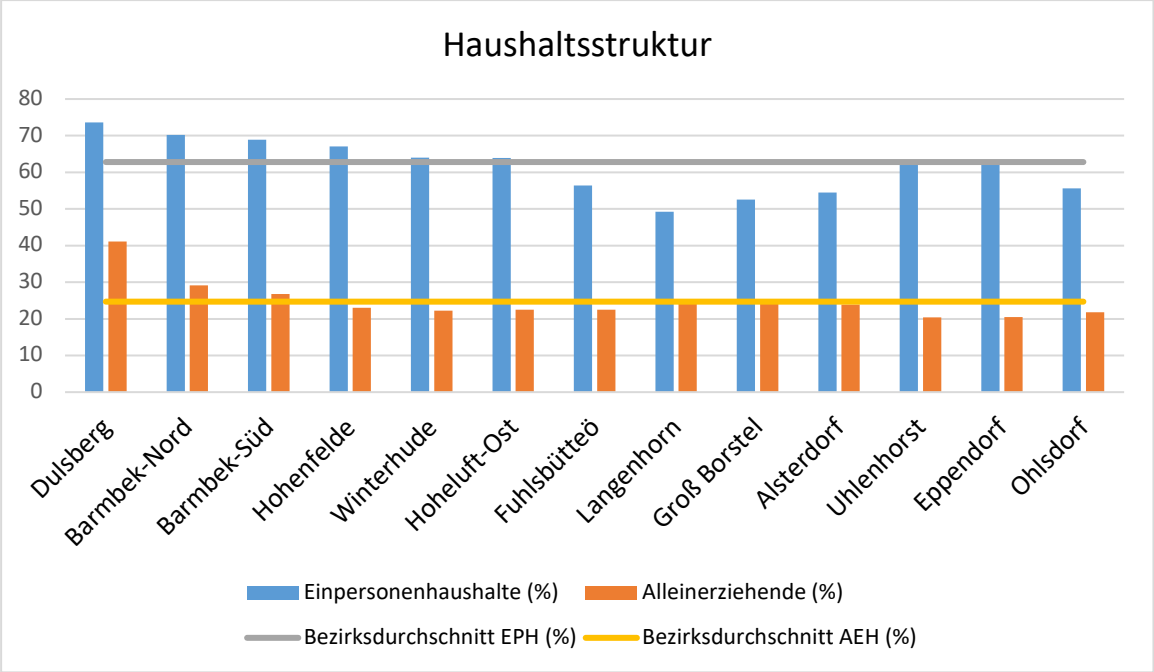


Abbildung 4: Haushaltsstruktur in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord

Besonders deutlich wird die soziale Spreizung bei den Alleinerziehenden (Anteil an allen Haushalten mit Kindern). Hier finden sich die stärksten Werte in Dulsberg, Barmbek-Nord und Barmbek-Süd. Über dem bezirklichen Durchschnitt von 24,7 % liegen zudem Langenhorn und Groß Borstel. Eine etwas geringere Belastung zeigen Alsterdorf, Hohenfelde, Fuhlsbüttel, Hoheluft-Ost sowie Winterhude. Die geringsten Anteile an Alleinerziehenden markieren schließlich Ohlsdorf, Eppendorf und Uhlenhorst, das mit 20,4 % den niedrigsten Wert im gesamten Bezirk aufweist.

Die Gebäudestruktur im Bezirk ist primär durch Geschosswohnungsbau geprägt, sodass nur 16.896 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern liegen, was einem geringen Anteil von 9,0 % entspricht. Diese Wohnform konzentriert sich fast ausschließlich auf die Randlagen wie Langenhorn, Groß Borstel, Fuhlsbüttel, Ohlsdorf sowie Alsterdorf. In den stark verdichteten, urbanen Stadtteilen ist diese Wohnform hingegen kaum vertreten: Während sie in Dulsberg mit nur 35 Einheiten (0,3 %) praktisch nicht existiert, weisen auch Barmbek-Süd, Barmbek-Nord, Hoheluft-Ost, Winterhude, Eppendorf, Hohenfelde und Uhlenhorst minimale Anteile auf.

Ein kritischer Fokus der Analyse liegt auf dem geförderten Wohnraum. Von den insgesamt 11.648 Sozialwohnungen im Bezirk entfällt mit 2.782 Einheiten der größte Bestand auf Langenhorn, gefolgt von Ohlsdorf, Alsterdorf, Groß Borstel und Dulsberg. Ein mittlerer Bestand an geförderten Wohnungen findet sich in Barmbek-Süd, Barmbek-Nord, Winterhude, Eppendorf und Hoheluft-Ost. Die geringsten Bestände verzeichnen hingegen die Stadtteile Uhlenhorst, Fuhlsbüttel und Hohenfelde, das mit nur 1,9 % den bezirksweiten Tiefstwert markiert.

Bis zum Jahr 2030 laufen bei 2.673 Sozialwohnungen die Preisbindungen aus, was fast jede vierte geförderte Wohnung (22,9 %) im Bezirk betrifft. Besonders dramatisch stellt sich die Situation in Hoheluft-Ost dar, wo der Bindungsauslauf mit 118 Wohnungen sogar 56,7 % des dortigen Bestandes betrifft. Eine ebenfalls hohe Dynamik beim Wegfall der Preisbindungen weisen Dulsberg, Fuhlsbüttel, Langenhorn sowie Barmbek-Nord und Barmbek-Süd auf. In den weiteren Stadtteilen liegt die Quote des Bindungsauslaufs zwischen 20,5 % in Eppendorf und 13,3 % in Winterhude, während für die Uhlenhorst und Groß Borstel im betrachteten Zeitraum bis 2030 kein Bindungsauslauf verzeichnet wird.

Die ungleiche Verteilung von Wohn- und Lebensbedingungen verdeutlicht, dass sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe in Bezug auf sehr unterschiedlicher Alltagserfahrungen betrachtet werden müssen.

3.1.5 Bildung

Die Bildungslandschaft im Bezirk Hamburg-Nord zeichnet sich durch eine gut ausgebaute Infrastruktur aus. Insgesamt verfügt der Bezirk über 196 Kindertageseinrichtungen sowie 27 Grundschulen, die die Basis für die schulische Laufbahn der nachwachsenden Generation bilden. Für die weiterführende Bildung in der Sekundarstufe I sind nach aktuellem Stand 13.575 Schüler:innen an ihrem Wohnort im Bezirk registriert.

Hinter dieser bezirksweiten Bilanz verbirgt sich eine Schullandschaft, die von lokalen Unterschieden bei der Wahl der weiterführenden Bildungswege geprägt ist. Besonders deutlich wird dies beim Anteil der Gymnasiast:innen. Die drei höchsten Quoten verzeichnen Hoheluft-Ost, Eppendorf und Uhlenhorst. Eine ebenfalls überdurchschnittliche Gymnasialquote weist Alsterdorf auf, gefolgt von Groß Borstel , Winterhude und Fuhlsbüttel, in denen das Gymnasium weiterhin die bevorzugte Schulform bleibt.

In den Stadtteilen Hohenfelde, Ohlsdorf und Barmbek-Süd zeigt sich eine ausgeglichenere Verteilung, wobei das Gewicht hier bereits leicht zugunsten der Stadtteilschulen kippt. Ein konträres Bild zeigt sich schließlich in den Stadtteilen mit den geringsten Gymnasialquoten, die gleichzeitig die Schwerpunkte der Stadtteilschulnutzung bilden. In Langenhorn und in Barmbek-Nord liegt die Gymnasialquote bereits unter der der Stadtteilschulen, den signifikanten Gegenpol bildet Dulsberg: Hier besuchen lediglich 21,8 % ein Gymnasium, während der Anteil der Stadtteilschüler:innen mit 75,7 % den Spitzenwert des gesamten Bezirks markiert.

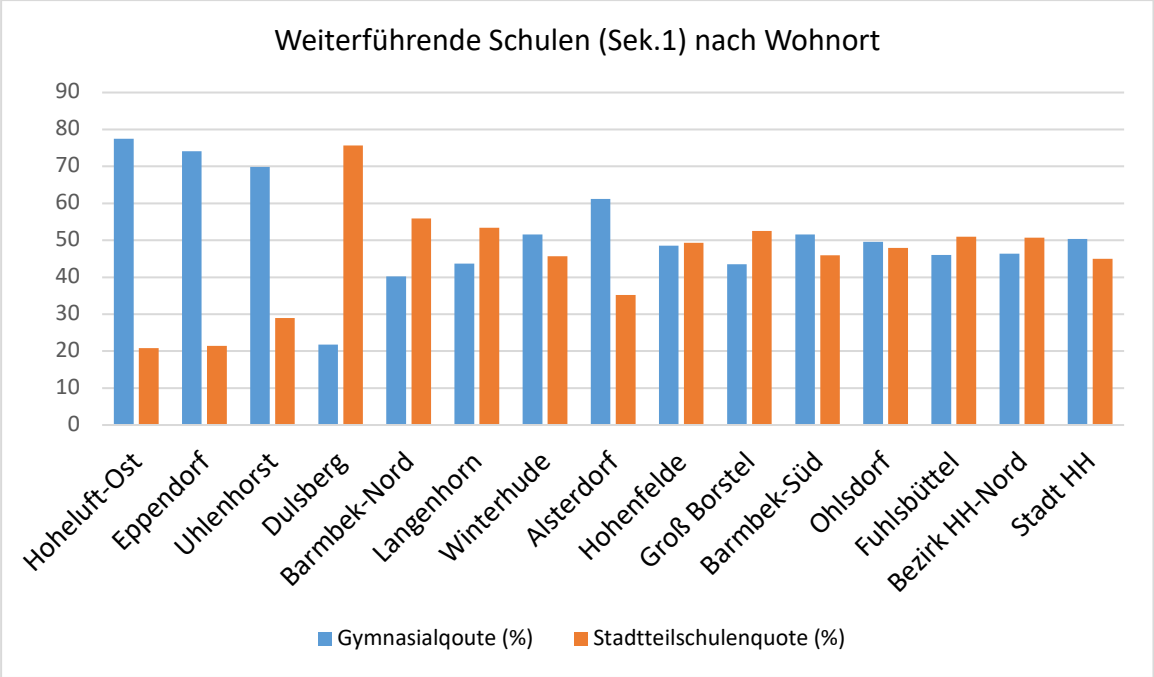


Abbildung 5: Weiterführende Schulen in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord

Die Verteilung der schulischen Einrichtungen folgt dabei oft der Siedlungsdichte und Bevölkerungsstärke der Quartiere. Die bevölkerungsreichen Stadtteile Winterhude und Langenhorn verfügen mit jeweils 5 Grundschulen über das größte Angebot, wobei Winterhude zudem die bezirksweit höchste Dichte an Kindertageseinrichtungen (44 Kitas) aufweist, während Langenhorn über 29 Kitas verfügt. Eine ebenfalls gute Versorgung zeigen Eppendorf, Barmbek-Süd und Fuhlsbüttel mit jeweils 3 Grundschulen. Hierbei weist Barmbek-Süd mit 27 Kitas eine beachtliche Dichte auf, gefolgt von Eppendorf mit 13 und Fuhlsbüttel mit 9 Kitas.

Die Stadtteile Barmbek-Nord und Ohlsdorf beheimaten jeweils 2 Grundschulen, ergänzt durch 15 (Barmbek-Nord) bzw. 12 (Ohlsdorf) Kindertageseinrichtungen. Im Gegensatz dazu finden sich in kleineren oder sehr dicht besiedelten Gebieten wie Hoheluft-Ost, Dulsberg, Groß Borstel oder Uhlenhorst jeweils nur eine Grundschule. Die Anzahl der Kitas in diesen Quartieren variiert von 11 auf der Uhlenhorst über 9 in Groß Borstel und 7 in Dulsberg bis hin zu 6 in Hoheluft-Ost. Stadtteile wie Alsterdorf oder Hohenfelde verzeichnen im aktuellen Berichtszeitraum keine eigene Grundschule im Stadtteilprofil, wobei Alsterdorf immerhin über 11 Kitas verfügt, während Hohenfelde mit nur 3 Kitas das geringste Angebot im gesamten Bezirk aufweist.

Diese Befunde deuten darauf hin, dass die Bildungschancen und die damit verbundenen Bildungswege der Schüler:innen im Bezirk Hamburg-Nord stark von ihrem jeweiligen Wohnort abhängen. Die signifikanten Abweichungen zwischen Stadtteilen mit sehr hoher Gymnasialquote und Quartieren mit überwiegender Stadtteilschulnutzung spiegeln die räumliche Trennung der Lebensrealitäten im Bezirk wider, weshalb demokratische Bildung und Beteiligung daher möglichst niedrigschwellig und sozialräumlich erreichbar gestaltet werden sollte.

3.1.6 Mobilität und Gesundheitsversorgung

Trotz einer im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt (324) geringeren bezirksweiten PKW-Dichte von 297 Fahrzeugen je 1.000 Einwohnende offenbaren die Daten lokale Unterschiede. Während die Randgebiete Langenhorn, Alsterdorf, Fuhlsbüttel und Groß Borstel die höchste Individualmobilität aufweisen, liegen die Stadtteile Uhlenhorst, Ohlsdorf, Hoheluft-Ost und Eppendorf in etwa auf dem Niveau des Durchschnittswertes. Eine geringere PKW-Dichte findet sich hingegen in Winterhude sowie in den stark verdichteten Quartieren Barmbek-Süd, Hohenfelde, Barmbek-Nord und Dulsberg, das mit 218 Fahrzeugen den niedrigsten Wert im gesamten Bezirk markiert.

Auch bei der Elektromobilität zeigen sich deutliche Unterschiede: Von den insgesamt 5.304 Elektro-Fahrzeugen im Bezirk entfällt mit 1.103 Einheiten gut jede fünfte auf Winterhude, während die geringsten Zahlen an Elektro-Fahrzeugen Hohenfelde, Hoheluft-Ost und Dulsberg mit lediglich 53 Einheiten aufweisen. Diese Verteilung zeigt wiederum die sozioökonomischen Disparitäten innerhalb des Bezirks, da sich moderne Antriebstechnologien primär in den einkommensstärkeren Quartieren konzentrieren.

Die gesundheitliche Infrastruktur offenbart eine noch stärkere räumliche Konzentration, die den Bezirk in hochversorgte Zentren und unterversorgte Randlagen unterteilt. Ein Großteil der 1.155 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte ist auf die Stadtteile Winterhude, Hoheluft-Ost und Eppendorf konzentriert. Eine mittlere Versorgung weisen Barmbek-Süd, Alsterdorf und Hohenfelde auf, während in Fuhlsbüttel, Dulsberg, Ohlsdorf und Groß Borstel ein vergleichsweise geringes Angebot besteht.

Stadtteil	PKW-Dichte (je 1.000 EW)	Ärzt:innen (gesamt)	Allgemeinärzt:innen	Apotheken
HH-Nord Durchschnitt	297	1.155	251	72
Winterhude	287	242	43	12
Hoheluft-Ost	300	206	50	3
Eppendorf	299	178	25	10
Langenhorn	356	94	18	8
Fuhlsbüttel	340	28	4	4
Groß Borstel	226	13	6	2
Dulsberg	219	25	6	3
Barmbek-Nord	251	102	27	10
Hohenfelde	256	36	10	1

Tabelle 3: Kernindikatoren zu Mobilität und Gesundheitsversorgung in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord

Diese Disparität setzt sich in der Primärversorgung fort, in der Hoheluft-Ost mit 50 Allgemeinärzt:innen den Spitzenwert markiert, gefolgt von Winterhude, Barmbek-Nord, Eppendorf und

der Uhlenhorst. Dahingegen stehen in Fuhlsbüttel sowie in Dulsberg und Groß Borstel nur sehr wenige Praxen für die Grundversorgung zur Verfügung stehen.

Auch die pharmazeutische Versorgung ist ungleichmäßig über das Bezirksgebiet verteilt. Die 72 Apotheken konzentrieren sich schwerpunktmäßig auf Winterhude sowie Eppendorf und Barmbek-Nord, ergänzt durch Langenhorn, Barmbek-Süd und Alsterdorf. Ein geringeres Angebot findet sich in Ohlsdorf, Fuhlsbüttel und Uhlenhorst sowie in Hoheluft-Ost und Dulsberg, während Standorte wie Groß Borstel oder Hohenfelde kaum über eigene Apotheken verfügen.

3.2 Politisches Klima

Für die Beschreibung der gesellschaftlichen Situation im Bezirk Hamburg-Nord ist die Analyse des politischen Klimas, also der Wahlbeteiligung und der parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse, als Bezugspunkt essenziell. In dem folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse der Bundestagswahl am 23.02.2025, der Bürgerschaftswahl am 02.03.2025 sowie der Wahl der Bezirksversammlung am 09.06.2024 ausgewertet.

3.2.1 Ergebnisse zur Bundestagswahl 2025

Zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 waren im Bezirk Hamburg-Nord insgesamt 222.169 Personen ab 18 Jahren wahlberechtigt. Die Zahl der Bewohner:innen über 18 Jahren lag bei 284.546 Personen. Daraus ergibt sich, dass 62.377 Personen im wahlfähigen Alter nicht wahlberechtigt waren[3]. Dies vorausgeschickt lassen sich folgende Aussagen treffen.

Der Wahlkreis Hamburg-Nord war durch ein vergleichsweise hohes Maß an demokratischer Partizipation gekennzeichnet, was sich in einer Wahlbeteiligung von über 85 % widerspiegelte. Auch im Vergleich zur Vorwahl und mit Blick auf alle Stadtteile im Bezirk Hamburg-Nord ist eine steigende Wahlbeteiligung zu verzeichnen, die im Übrigen alle folgend beschriebenen Wahlen gleichermaßen charakterisieren.

[3] Wahlberechtigt sind deutsche Staatsbürger:innen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten in Deutschland wohnhaft sind und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

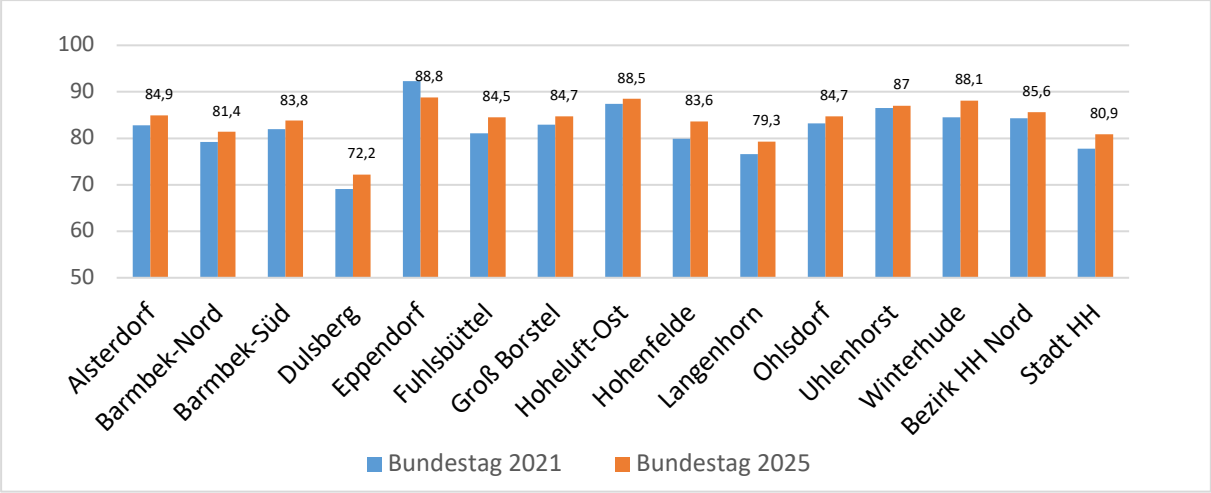


Abbildung 6: Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2021 und 2025 in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord

Im Vergleich zur vorangegangenen Wahlperiode lässt sich ein Stimmungsumschwung beobachten. Besonders die CDU konnte erhebliche Zugewinne verzeichnen und sich als stärkste Kraft im Wahlkreis etablieren. Dieser Aufwärtstrend schlug sich auch im Kampf um das Direktmandat nieder, welches die Union für sich entscheiden konnte. Im Gegensatz dazu mussten die bisher dominierenden Kräfte – die SPD, die GRÜNEN und insbesondere die FDP – teils empfindliche Verluste hinnehmen.

Gleichzeitig verdeutlichten die Wahlergebnisse eine zunehmende Ausdifferenzierung des politischen Spektrums. Während etablierte Parteien an den politischen Rändern deutliche Zuwächse verzeichneten, konnte auch die neue Partei Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) aus dem Stand nennenswerte Stimmenanteile auf sich vereinen. Ein Beispiel für diese Entwicklung bietet auch das Abschneiden der AfD. Die Partei erzielte deutliche Zugewinne und kam auf 8,3% der Zweitstimmen, nachdem sie 2021 noch bei 3,6% gelegen hatte. Auch der Direktkandidat Eckbert Sachse konnte mit 8,1% der Erststimmen ein gegenüber der Vorwahl deutlich verbessertes Ergebnis erzielen.

Bei der Analyse der Bundestagswahlergebnisse 2025 für die AfD ist eine methodische Unterscheidung zwischen dem Wahlkreis und der stadtteilbezogenen Auswertung (Bezirksebene) zu berücksichtigen. Das amtliche Endergebnis für den Wahlkreis 21 (Hamburg-Nord) weist einen Zweitstimmenanteil von 8,3 % aus. In der statistischen Zusammenführung der 13 zum Bezirk gehörenden Stadtteile ergibt sich hingegen ein aggregierter Wert von 7,9 %. Diese geringfügige Abweichung resultiert aus der unterschiedlichen Zuordnung von Briefwahlstimmen sowie der Tatsache, dass Wahlkreisgrenzen und administrative Bezirksgrenzen nicht immer deckungsgleich sind. Unabhängig von dieser statistischen Nuance dokumentieren die Daten eine massive, flächendeckende Zunahme der AfD-Stimmenanteile, die sich im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 (bezirksweit 3,6 %) in fast allen Quartieren mehr als verdoppelt haben. Die folgende Tabelle bildet die Dynamik in allen 13 Stadtteilen ab (Zweitstimmen in %):

Stadtteil	Stimmenanteil AfD Bundestagswahl 2021 (in %)	Stimmenanteil AfD Bundestagswahl 2025 (in %)
Langenhorn	6,4	14,2
Dulsberg	4,9	10,9
Fuhlsbüttel	4,4	10,0
Ohlsdorf	4,1	8,9
Barmbek-Nord	4,1	8,4
Groß Borstel	3,6	8,4
Barmbek-Süd	3,6	7,6
Alsterdorf	3,5	7,6
Hohenfelde	3,4	7,1
Winterhude	2,4	5,7
Uhlenhorst	2,5	5,7
Hoheluft-Ost	1,8	4,5
Eppendorf	1,7	4,3
Bezirk Hamburg-Nord	3,6	8,3

Tabelle 4: AfD-Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2021 und 2025 im Vergleich

Insgesamt dokumentiert die Wahl einen spürbaren Mehrheitswechsel und eine neue Dynamik innerhalb der lokalen Parteienlandschaft. Diese Dynamik im Wahlkreis Hamburg-Nord korrespondiert mit einem stadtweiten Trend, wenngleich die Wahlbeteiligung in ganz Hamburg mit 80,9 % etwas niedriger ausfiel als im Bezirk Nord. Auf Landesebene blieb die SPD trotz herber Verluste (-6,9 Prozentpunkte) mit 22,7 % der Zweitstimmen die stärkste Kraft, gefolgt von der CDU, die hamburgweit um 5,3 Prozentpunkte auf 20,7 % zulegte. Ähnlich wie im Wahlkreis Nord mussten die GRÜNEN (19,3 %) und die FDP (4,5 %) auch über das gesamte Stadtgebiet gesehen signifikante Einbußen hinnehmen.

Gleichzeitig verfestigte sich stadtweit die Tendenz zur politischen Polarisierung: Die Linke konnte ihren Anteil um 7,7 Prozentpunkte auf 14,5 % steigern, während die AfD mit einem Zuwachs von 5,8 Prozentpunkten bei 10,9 % landete. Das neue Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) etablierte sich mit 4,0 % ebenfalls im Hamburger Parteienspektrum. Ein Blick auf die Verteilung der Direktmandate unterstreicht die Sonderstellung von Hamburg-Nord: Während die SPD drei und die GRÜNEN zwei der sechs Hamburger Wahlkreise gewannen, blieb der Sieg der CDU im Wahlkreis 21 (Nord) das einzig gewonnene Direktmandat für die Union in der gesamten Hansestadt.

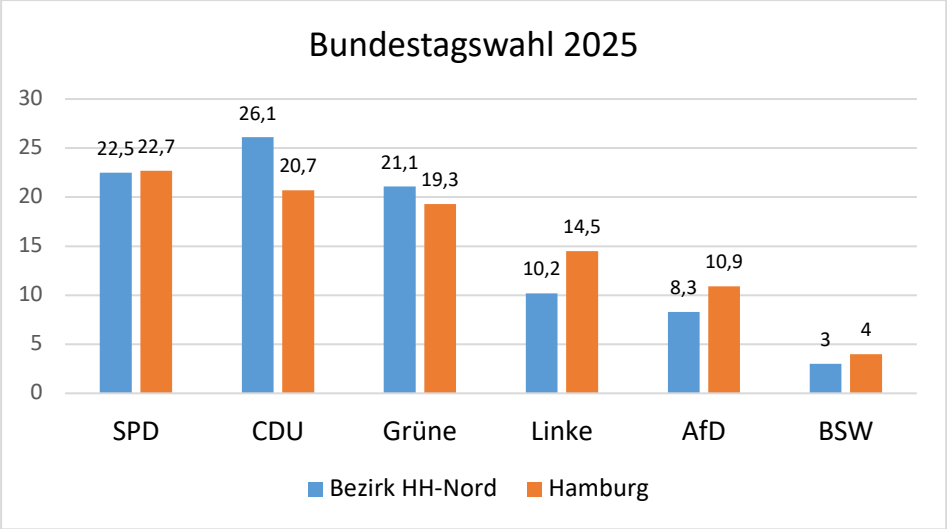


Abbildung 7: Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 in Hamburg-Nord und Stadt Hamburg

3.2.2 Ergebnisse zur Bürgerschaftswahl 2025

Zur Bürgerschaftswahl am 2. März 2025 waren im Bezirk Hamburg-Nord insgesamt 236.825 Personen ab 16 Jahren wahlberechtigt. Im Kontext der insgesamt hohen demokratischen Partizipation im Bezirk Hamburg-Nord bestätigen auch die Ergebnisse der Bürgerschaftswahl vom 2. März 2025 das ausgeprägte politische Engagement der Bevölkerung und verweist zugleich auf signifikante Verschiebungen in der Parteienlandschaft. Mit einer Wahlbeteiligung von 71,5 % lag der Bezirk bei der Bürgerschaftswahl 2025 erneut deutlich über dem Hamburger Gesamtdurchschnitt von 67,6 %. Diese Entwicklung setzt eine Dynamik fort, die bereits zwischen 2015 und 2020 sichtbar wurde, als die Beteiligung im Bezirk um beachtliche 7,6 Prozentpunkte auf 67,0 % anstieg, während sie hamburgweit bei 63,0 % lag.

Die politische Landschaft des Bezirks zeigt 2025 einen deutlichen Stimmungsumschwung, der die historischen Ergebnisse in einen neuen Kontext setzt. Zwar blieb die SPD mit 33,0 % stärkste Kraft im Bezirk (Landesebene: 33,5 %), verlor jedoch gegenüber 2020 (37,0 %) weitere Stimmenanteile. Ein noch markanterer Wandel vollzog sich bei der CDU, die ihren Stimmenanteil im Bezirk von ihrem historischen Tiefstand im Jahr 2020 (10,1 %) auf nun 18,2 % heben konnte. Dieser Aufwärtstrend nähert sich dem hamburgweiten Ergebnis von 19,8 % an und markiert eine Kehrtwende zum Jahr 2015, als die Union im Bezirk noch Verluste von 5,5 Prozentpunkten hinnehmen musste.

Eine besondere Stellung nehmen weiterhin die GRÜNEN ein, die Hamburg-Nord als ihre Hochburg festigten. Nachdem ihr Stimmenanteil 2020 mit einem massiven Zuwachs von 14,6 Prozentpunkten auf 28,7 % hochgeschnellt war, sanken er 2025 zwar auf 22,4 %, liegt damit aber weiterhin signifikant über dem stadtweiten Durchschnitt von 18,5 %. Parallel dazu konnte DIE LINKE im Bezirk auf 10,6 % zulegen (2020: 8,4 %) und übertrifft damit stetig ihre Ergebnisse aus der Zeit vor 2015.

Die Ausdifferenzierung des Spektrums zeigt sich auch bei kleineren und neuen Kräften: Volt erzielte im Bezirk Nord mit 4,1 % ein Ergebnis weit über dem Hamburger Durchschnitt (3,2 %), während das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) aus dem Stand 1,5 % erreichte. Die AfD verzeichnete ebenfalls Zuwächse auf 5,6 % (2020: 3,9 %), bleibt jedoch im Vergleich zum hamburgweiten Ergebnis von 7,5 % im Bezirk Nord unterdurchschnittlich repräsentiert.

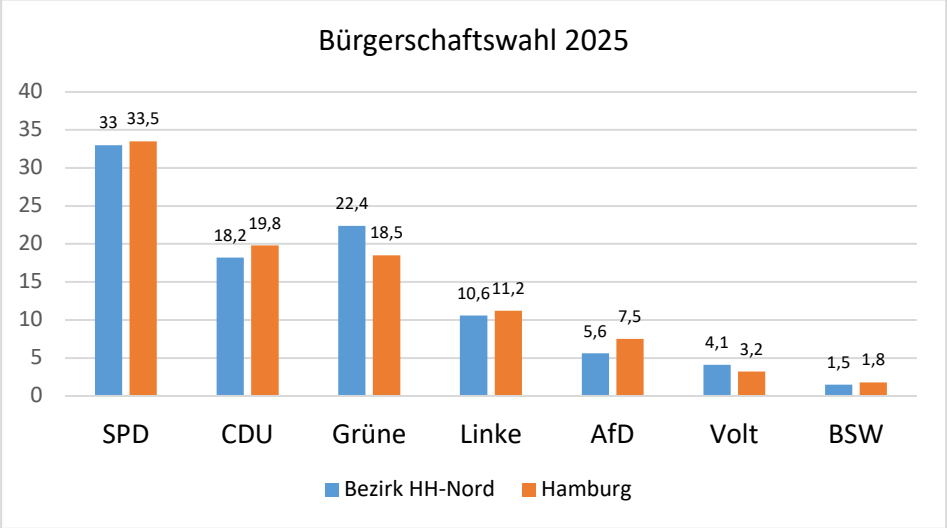


Abbildung 8: Ergebnisse der Bürgerschaftswahl 2025 in Hamburg-Nord und Stadt Hamburg

Diese aggregierten Daten spiegeln jedoch nicht die starke räumliche Polarisierung wider, die für die inhaltliche Untersuchung von zentraler Bedeutung ist. Während Stadtteile wie Hoheluft-Ost (27,2 %) und Winterhude (26,0 %) stabile Hochburgen der GRÜNEN bleiben, zeigen Quartiere wie Dulsberg mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (56,0 %) und einem Spitzenwert für DIE LINKE (18,4 %) eine völlig andere sozioökonomische Realität. Auch die AfD-Zustimmung konzentriert sich punktuell, etwa in Langenhorn, wo sie mit 10,1 % sogar den aktuellen Hamburger Gesamtdurchschnitt übertrifft.

3.2.3 Ergebnisse zur Wahl der Bezirksversammlung 2024

Die Ergebnisse der Bezirksversammlungswahl vom 9. Juni 2024 im Bezirk Hamburg-Nord verweisen auf eine weiterhin hohe politische Beteiligung sowie auf Verschiebungen innerhalb des lokalen Parteienspektrums. Mit einer Wahlbeteiligung von 67,2% lag der Bezirk nicht nur deutlich über dem Hamburger Gesamtdurchschnitt von 62,2%, sondern verzeichnete auch einen Anstieg um 4,3 Prozentpunkte gegenüber der Wahl von 2019. Trotz deutlicher Verluste blieben die GRÜNEN mit 27,9% stärkste Kraft, büßten jedoch 7,8 Prozentpunkte ein. Zugewinne erzielten hingegen sowohl die SPD, die auf 23,4% (+2,6 Prozentpunkte) kam, als auch die CDU mit 19,3% (+1,7 Prozentpunkte). Mit Volt gelang zudem einer erstmals antretenden Partei der Einzug in die Bezirksversammlung; sie erreichte aus dem Stand 6,1% der Stimmen.

Im übrigen Parteienspektrum zeigen sich differenzierte Entwicklungen: DIE LINKE kam auf 7,6% (-2,0 Prozentpunkte), während die FDP mit 7,2% weitgehend stabil blieb (-0,4 Prozentpunkte).

Die AfD steigerte ihren Stimmenanteil auf 6,4% und legte damit um 1,8 Prozentpunkte zu. Aus diesen Ergebnissen ergibt sich eine breit gefächerte Sitzverteilung mit sieben in der Bezirksversammlung vertretenen Parteien (GRÜNE: 15 Sitze; SPD: 12; CDU: 10; DIE LINKE: 4; FDP: 4; AfD: 3; Volt: 3). Insgesamt zeigt die Wahl eine zunehmende Ausdifferenzierung der politischen Landschaft: Während die GRÜNEN ihre führende Position trotz Verlusten behaupten, gewinnen SPD und CDU moderat hinzu, und mit Volt erweitert sich das parlamentarische Spektrum um einen zusätzlichen Akteur.

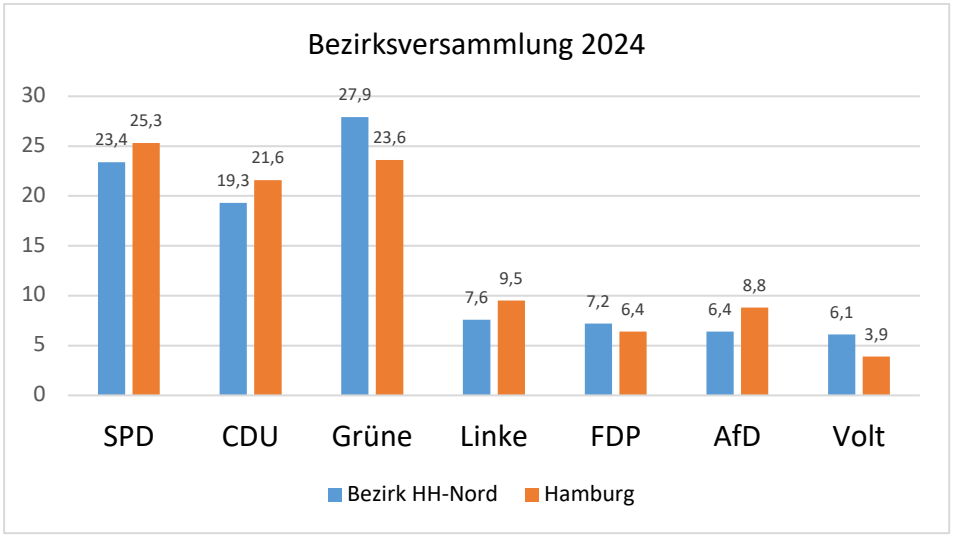


Abbildung 9: Ergebnisse zur Wahl der Bezirksversammlung 2024 in Hamburg-Nord und Stadt Hamburg

4 Herausforderungen und Ursachen

Die vorangegangene Analyse hat gezeigt, dass sich soziale, ökonomische und politische Strukturen der Stadtteile räumlich überlagern. Sowohl in den einzelnen Stadtteilen als auch auf Bezirksebene zeigen sich Hinweise sowohl auf gesellschaftliche Disparitäten bezogen auf soziale, ökonnomische und bildungsbezoge Teilhabe als auch auf politische Ausprägungen. Solche Entwicklungen müssen nicht zwangsläufig auf konkrete Konflikte oder Radikalisierung hindeuten, können jedoch auf ein erhöhtes Risiko für Polarisierung und Ausgrenzung verweisen.

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden Problemlagen betrachtet, die im Zusammenhang mit den Zielen des Bundesprogramms *„Demokratie leben!"* stehen – insbesondere mit Blick auf demokratische Teilhabe, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Prävention extremistischer Tendenzen. Den Ausgangspunkt bildet dabei die Analyse politisch motivierter Kriminalität, um ein erstes Bild möglicher demokratiegefährdender Entwicklungen in den Stadtteilen zu gewinnen.

4.1 Politisch motivierte Kriminalität

Politisch motivierte Kriminalität ist ein Indikator für demokratiegefährdende Entwicklungen. Dieser kann sich sowohl in gezielten Angriffen auf Institutionen, zivilgesellschaftliche Akteur:innen oder Einzelpersonen als auch in Sachbeschädigungen, Bedrohungen oder Propagandadelikten äußern.

Eine fundierte Bewertung der Sicherheitslage im Bezirk Hamburg-Nord erfordert eine differenzierte Analyse der politisch motivierten Kriminalität (PMK). Eine Berechnung der PMK je 10.000 Einwohnende ist hierfür essenziell, da absolute Fallzahlen nur eingeschränkt aussagekräftig sind. Bevölkerungsreiche Stadtteile weisen zwangsläufig höhere Fallzahlen auf, ohne dass daraus unmittelbar auf eine erhöhte Kriminalitätsbelastung geschlossen werden kann. Erst die Umrechnung in relative Werte ermöglicht einen belastbaren Vergleich zwischen unterschiedlich großen Quartieren. Auf dieser Grundlage lassen sich lokale Belastungsschwerpunkte präziser identifizieren und präventive Maßnahmen unabhängig von der Einwohnerzahl bewerten.

Im Folgenden wird daher betrachtet, wie sich politisch motivierte Straftaten in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord in den vergangenen zwei Jahren (2024 und 2025) entwickelt haben und in welchem Verhältnis sie zu den sozialen und demografischen Strukturen der Stadtteile stehen. Die Daten zu den Fallzahlen und weitere Charakteristika politisch motivierter Kriminalität wurden für die vorgelegte Untersuchung beim Landeskriminalamt Hamburg angefragt und von der Abteilung Staatsschutz – LKA 7011 an die Autoren zur Auswertung übermittelt.

Die Auswertung der Fallzahlen für die Jahre 2024 und 2025 verdeutlicht räumliche Unterschiede. Hierbei ist aber zu beachten, dass PMK-Straftaten im Internet, die in Hamburg

bearbeitet werden, bei denen jedoch der Täter und somit der eigentliche Tatort unbekannt ist, statistisch mit der Adresse des Polizeipräsidiums Hamburg mit Sitz in Hamburg-Winterhude erfasst. Die PMK-Zahlen für Winterhude spiegeln daher nicht zwangsläufig das tatsächliche Kriminalitätsbild in diesem Stadtteil wider. Werden hamburgweite Internet-Fälle herausgerechnet, so liegen für den Stadtteil im Jahr 2024 damit 13,5 Fälle im Jahr und 2025 19,1 Fälle je 10.000 Einwohnende vor (als folgend gültige Berechnungsgrundlage).

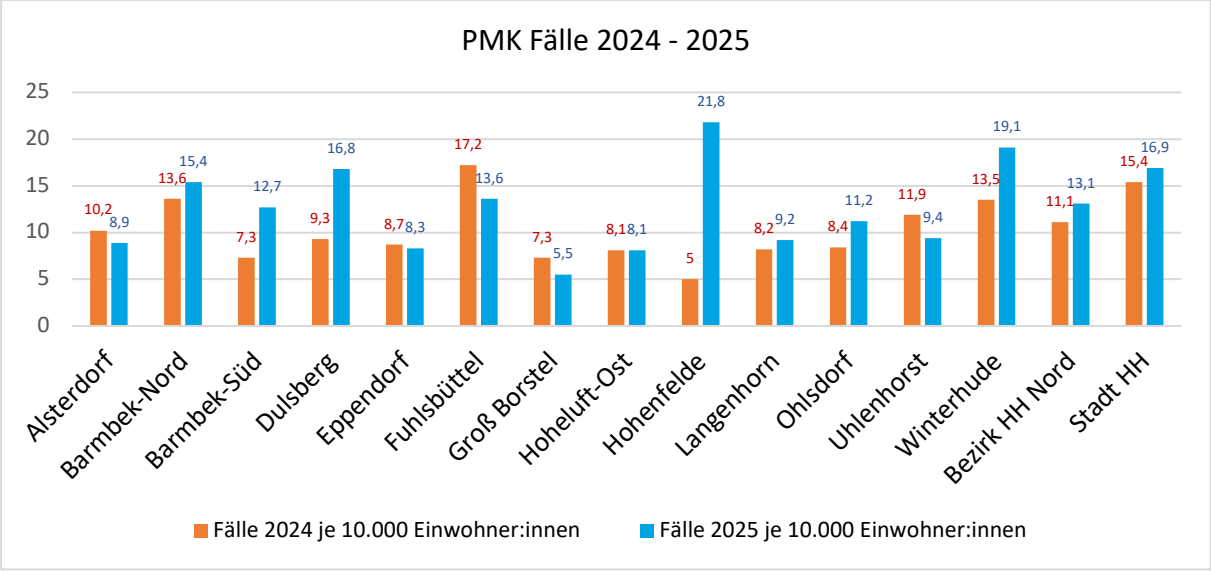


Abbildung 10: Quote politisch motivierter Kriminalität je 10.000 Einwohner:innen in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord und Stadt Hamburg

In der Übersicht wird deutlich, dass im Jahr 2025 insbesondere die Stadtteile Groß Borstel, Hoheluft-Ost, Eppendorf, Alsterdorf, Langenhorn und Uhlenhorst deutlich geringere Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität aufweisen als Stadtteile wie Ohlsdorf, Barmbek-Süd und Fuhlsbüttel, die sich um den Wert des Bezirksschnitt bewegen.

Auf der anderen Seite befinden sich die Fallzahlen in den Stadtteilen Barmbek-Nord, Dulsberg, Winterhude und Hohenfelde deutlich über dem Bezirksschnitt.

Insgesamt sprechen die Ergebnisse für eine räumliche Konzentration politisch motivierter Kriminalität auf wenige Stadtteile, während ein Großteil des Bezirks Hamburg-Nord von niedrigen Belastungsquoten geprägt ist. Mit Blick auf die Entwicklungen von 2024 zu 2025 verzeichnen aber die Stadtteile Hohenfelde (plus 16,8 Fällen), Dulsberg (plus 7,5 Fälle) und schließlich Winterhude (plus von 5,6 Fälle) je 10.000 Einwohner:innen signifikante Steigerungen. Die im Vergleich zu anderen Stadtteilen höhere Fallzahl in Winterhude ist vor dem Hintergrund plausibel, da hier öffentliche Infrastrukturen wie der Stadtpark, die Geflüchtetenunterkunft am Überseering und die Alsterdorfer Sporthalle liegen, die sowohl als Veranstaltungsorte politischer

Mobilisierung als auch als potenzielle Zielorte konfliktträchtiger Auseinandersetzungen darstellen und damit das lokale Risiko politisch motivierter Kriminalität erhöhen.

4.1.1 Politisch motivierte Kriminalität nach Phänomenbereich 2024/2025

Die PMK-Statistik ermöglicht Rückschlüsse auf die Phänomenbereiche, in denen die Fälle zugeordnet werden. Dabei erfolgt zunächst eine Differenzierung nachfolgenden Hauptkategorien:

- PMK „ausländische Ideologie" umfasst Delikte, bei denen eine nichtdeutsche Herkunft und eine darauf basierende Einstellung des Täters für die Tat ausschlaggebend war.
- PMK „links" beinhaltet Straftaten, die einer linken, oftmals antiautoritären oder kommunistischen Orientierung zuzuordnen sind.
- PMK „rechts" umfasst Straftaten mit Motiven wie völkischem Nationalismus, Rassismus oder Neonazismus. Einen großen Anteil bilden dabei Propagandadelikte.
- PMK „religiöse Ideologie" erfasst Straftaten mit religiös motiviertem oder religiös legitimiertem Hintergrund beispielsweise im Kontext islamistischer Extremismusformen
- PMK „sonstige Zuordnung" bezeichnet eine Sammelkategorie für politisch motivierte Straftaten, die die keiner der genannten ideologischen Kategorien eindeutig zugeordnet werden können.

Auch bei der Verteilung nach Phänomenbereichen auf der bezirklichen Ebene ist aufgrund der statistischen Besonderheit bei der Erfassung der PMK-Straftaten im Internet im Polizeipräsidium mit Sitz im Bezirk Hamburg-Nord die o.g. Bereinigung der Fallzahlen erfolgt. Für den Bezirk Hamburg-Nord und die einzelnen Stadtteile ergeben sich dabei folgende Zahlen:

Der Phänomenbereich PMK-Rechts ist mit 191 Fällen im Jahr 2025 (2024: 165) die bedeutendste Erscheinungsform politisch motivierter Kriminalität im Bezirk. In Langenhorn stellt die PMK-Rechts mit 31 Fällen jedoch explizit den größten Anteil der lokalen PMK dar, wobei die Internetkriminalität dort mit lediglich sechs Fällen eine untergeordnete Rolle spielt. Eine besonders auffällige Dynamik zeigt sich zudem in Barmbek-Nord, wo sich die Zahl rechter Straftaten von 16 auf 35 Fälle mehr als verdoppelte.

Die PMK-Links zeigt eine starke Dynamik im Vergleich zum Jahr 2024. Bezirksweit stiegen die Fallzahlen von 57 auf 109 Delikte und damit um gut 90 Prozent. Wesentlichen Anteil an diesem Anstieg haben insbesondere Winterhude und Hohenfelde. In Winterhude erhöhte sich die Zahl linksmotivierter Straftaten von 5 auf 32 Fälle, während Hohenfelde einen Anstieg von einem Fall auf elf Fälle verzeichnete. Im Unterschied zur PMK-Rechts ist die Tatbegehung im Internet hier deutlich weniger ausgeprägt: Lediglich 29 der 109 auf den Bezirk zuzuordnenden Delikte wurden online begangen, was auf eine stärkere Verankerung im physischen Raum hindeutet.

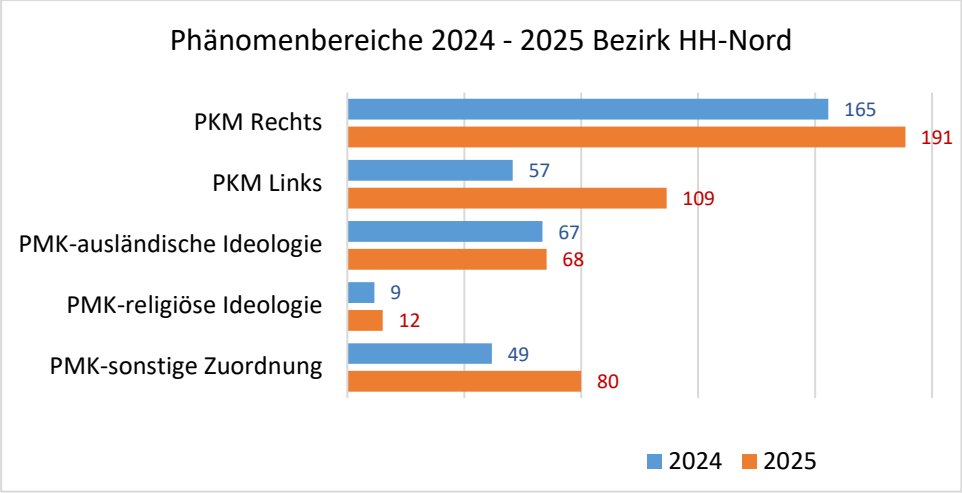


Abbildung 11: Fälle politisch motivierter Kriminalität nach Phänomenbereichen im Bezirk Hamburg-Nord

Demgegenüber zeigt sich der Bereich PMK-ausländische Ideologie im Jahresvergleich nur leicht verändert. Die Fallzahlen im Bereich PMK-ausländische Ideologie stiegen statistisch bereinigt von 67 auf 68 Delikte. Zwar bleibt Winterhude mit 24 Fällen der räumliche Belastungsschwerpunkt, gleichzeitig weisen einzelne Stadtteile deutliche Rückgänge auf. Besonders auffällig ist die Entwicklung auf der Uhlenhorst mit einem Rückgang von zehn auf drei Fälle, dagegen verzeichnet Barmbek-Süd einen Anstieg von sechs auf 15 Fälle.

Der Bereich PMK-religiöse Ideologie verzeichnet bezirksweit einen leichten Anstieg von neun Fällen im Jahre 2024 auf 12 Fälle im Jahr 2025. Hier lässt sich lediglich ein überproportionaler Anstieg auf einer geringen Zahlenbasis im Stadtteil Dulsberg verzeichnen.

Die Kategorie PMK-sonstige Zuordnung entwickelte sich moderat. Die Fallzahlen stiegen statistisch bereinigt um die hamburgweiten Internetfälle von 49 auf 55 Delikte. Im Gegensatz zu den ideologisch klar zuordenbaren Phänomenbereichen zeigt sich hier eine deutlich gleichmäßigere räumliche Verteilung, wenngleich Winterhude mit 16 Fällen und Barmbek-Nord mit acht Fällen erhöhte Belastungswerte aufweisen.

Die Ergebnisse verdeutlichen eine zunehmende Polarisierung der politisch motivierten Kriminalität im Bezirk. Während die PMK-Rechts auf hohem Niveau verharrt und in erheblichem Umfang digital zu Tage tritt, weist die PMK-Links die stärkste Wachstumsdynamik auf und manifestiert sich überwiegend im physischen Raum. Gleichzeitig verlieren Delikte mit ausländisch-ideologischem oder religiös-ideologischem Hintergrund an Bedeutung.

Nachfolgend wird die Verteilung der politisch motivierten Kriminalität (PMK) nach Phänomenbereichen auf Stadtteilebene je 10.000 Einwohner:innen für das Jahr 2025 dargestellt.

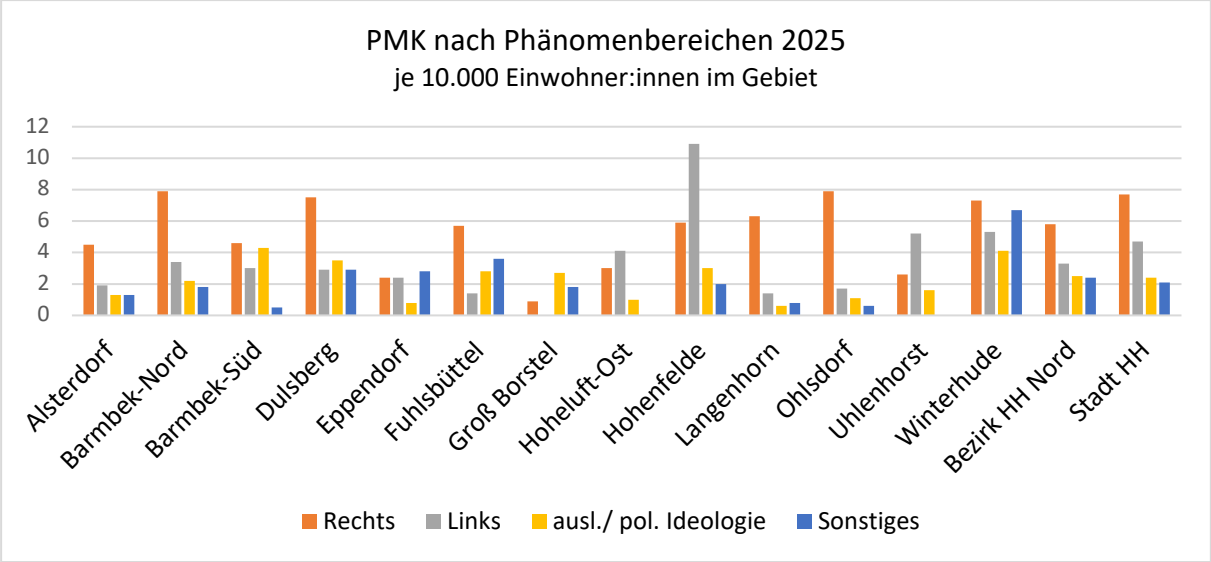


Abbildung 12: Fälle politisch motivierter Kriminalität nach Phänomenbereichen in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord

4.1.2 Politisch motivierte Kriminalität nach Oberthemenfeldern 2024/2025

Ergänzend zur Einordnung in Phänomenbereiche erfolgt in der polizeilichen Statistik eine weitere Differenzierung nach sogenannten Oberthemenfeldern. Diese Kategorisierung ermöglicht es, die inhaltliche Stoßrichtung und die konkreten gesellschaftlichen Spannungsfelder der Delikte präziser zu fassen und somit Rückschlüsse auf lokale Konfliktlinien in den Stadtteilen zu ziehen.

Für die Untersuchung im Bezirk Hamburg-Nord werden folgende Oberthemenfelder unterschieden:

- „Hasskriminalität“: Hierunter werden Straftaten gefasst, die sich gezielt gegen Personen, Personengruppen oder Institutionen richten und von fremdenfeindlichen, rassistischen oder allgemein menschenfeindlichen Motiven getragen sind. Dieser Bereich ist von hoher gesellschaftlicher Relevanz, da er unmittelbare Rückschlüsse auf Diskriminierungsphänomene im öffentlichen Raum zulässt.
- „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“: Dieses Feld umfasst Delikte mit direktem Bezug zur NS-Ideologie oder völkischem Nationalismus. Einen quantitativ bedeutsamen Anteil bilden hierbei häufig Propagandadelikte.
- „Konfrontation/Politische Einstellungen“: Dieses Themenfeld spiegelt die Zuspitzung gesellschaftlicher Konfliktlagen wider. Es umfasst insbesondere Straftaten im Kontext von Demonstrationen sowie Sachbeschädigungen, wie etwa politische Schmierereien im Stadtbild. Oftmals handelt es sich dabei um Reaktionen auf aktuelle politische Ereignisse oder Wahlergebnisse.

- „Antifaschismus“: Straftaten in diesem Bereich sind meist gegen das rechte politische Spektrum oder dessen Symbole gerichtet.
- „Innenpolitik und Krisenherde/Bürgerkriege“**:** Diese Felder erfassen Delikte mit spezifischem Bezug zu inländischen politischen Debatten oder Auswirkungen internationaler bewaffneter Konflikte auf das lokale Zusammenleben.

Hierzu zwei Anmerkungen zum Auswertungsverfahren: (1) Auch bei der Analyse der einzelnen Oberthemenfelder greift wieder die bereits dargelegte statistische Besonderheit des Stadtteils Winterhude. Da die dortige Erfassung von Internetstraftaten durch das Polizeipräsidium die lokale Statistik massiv verzerrt, basieren die nachfolgenden Auswertungen auf bereinigten Zahlen. (2) Um die tatsächliche Relevanz und das Gewicht der einzelnen Konfliktlinien in den Stadtteilen vollständig abzubilden, wurden für die Auswertung der vom LKA übermittelten Daten alle Erwähnungen eines Oberthemenfeldes über alle Datenfelder (OTF 1 – OTF 4) hinweg gezählt, da eine einzelne Straftat häufig mehrere inhaltliche Dimensionen berührt. So kann z. B. die Sachbeschädigung an einem Abgeordnetenbüro unter Verwendung verfassungswidriger Symbole zwar primär in der Oberthemenfeld-Gruppe Hasskriminalität, aber auch den Oberthemenfeld-Gruppen Nationalsozialismus/ Sozialdarwinismus und Konfrontation/ Politische Einstellung gleichzeitig zugeordnet werden. Dieser Ansatz stellt sicher, dass komplexe Taten nicht auf ein einziges Merkmal reduziert werden und das reale Ausmaß der politischen Auseinandersetzung im öffentlichen Raum sichtbar bleibt.

Das Oberthemenfeld Hasskriminalität zeigt eine besorgniserregende Breite an Diskriminierungsphänomenen im physischen Raum. In Alsterdorf wurde dieses Motiv in 14 von insgesamt 30 Fällen identifiziert. Besonders häufig treten Delikte im Bereich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auf, die von rassistischen Beleidigungen im ÖPNV in Barmbek-Nord bis hin zu körperlichen Attacken in Winterhude reichen. Der Stadtpark in Winterhude sticht hierbei als Tatort für Gruppen-Übergriffe hervor, darunter ein Böllerwurf auf einen Homosexuellen sowie gemeinschaftliche homophobe und fremdenfeindliche Attacken durch Jugendgruppen. Ein signifikanter Anteil der Hasskriminalität richtet sich gegen die sexuelle Orientierung, was sich auch im Diebstahl von Regenbogenfahnen in Alsterdorf und Ohlsdorf sowie an Schulen in Langenhorn äußert.

Barmbek-Nord führt die Statistik mit 43 Nennungen im Bereich der Hasskriminalität an. Die Stoßrichtung der Taten verteilt sich wie folgt: Ca. 65 % der Delikte sind den Unterthemen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zuzuordnen. Diese zeigen sich häufig im ÖPNV oder bei Nachbarschaftsstreitigkeiten. Ca. 20 % der Vorfälle richten sich gegen die sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität, darunter transphobe Beleidigungen und Bedrohungen.

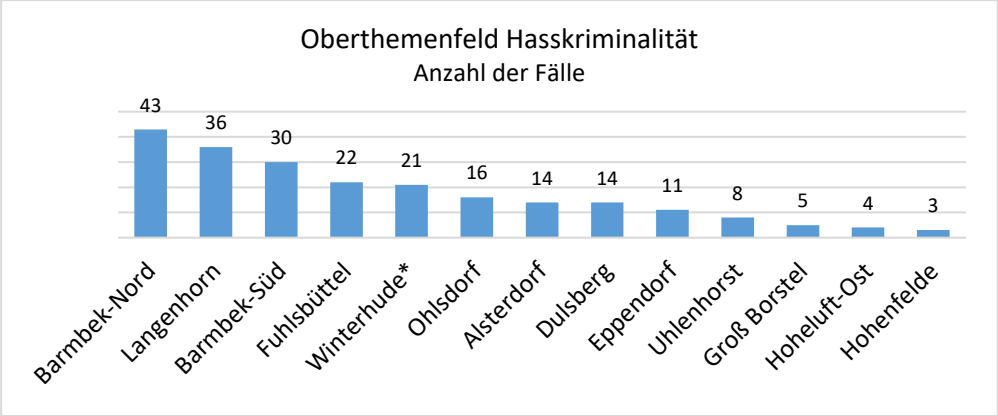


Abbildung 13: Oberthemenfeld Hasskriminalität nach Stadtteilen; *bereinigte Zahlen

Im Bereich Nationalsozialismus und Sozialdarwinismus stehen Propagandadelikte und die Verwendung verfassungswidriger Symbole im Vordergrund, die bis in den Nahbereich der Bürger:innen vordringen. In Dulsberg wurden nationalsozialistische Symbole wiederholt an Wohnungstüren, Briefkästen und in Schultoiletten geschmiert. In Alsterdorf entfielen 11 der 30 Fälle auf dieses Themenfeld, wobei Hakenkreuze unter anderem an Kirchtürmen und Kirchenmauern angebracht wurden. In Barmbek-Nord malte ein Kind ein Hakenkreuz an eine Schultafel, während in Hohenfelde zwei NS-Symbole in den Lack eines PKW geritzt wurden.

Im Stadtteil Langenhorn bildet dieses Feld mit 37 Fällen den eindeutigen Schwerpunkt der lokalen PMK. Die Unterthemen verdeutlichen die ideologische Ausprägung: Über 85 % der Taten entfallen auf die Verherrlichung/Propaganda durch das Verwenden verfassungswidriger Kennzeichen (Hakenkreuze, SS-Runen). Es wurden NS-Symbole gehäuft auf Wohnungstüren, Briefkästen und sogar einen Fahrradsattel geritzt oder geschmiert und ein besorgniserregender Anteil der Propaganda (ca. 10 %) fand an Bildungseinrichtungen statt, darunter Schmierereien an einer Kita sowie an Schulen. Zudem wurde in Langenhorn eine Holocaustüberlebende über das Internet beleidigt.

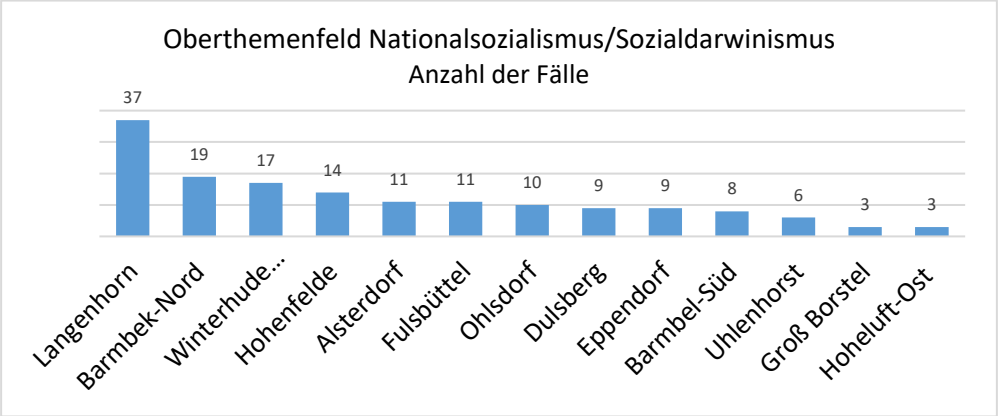


Abbildung 14: Oberthemenfeld Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus nach Stadtteilen

Das dominierende Themenfeld in der PMK nach Oberthemenfeldern ist die Konfrontation und politische Einstellung, das unmittelbar mit den intensiven Wahlperioden korrespondiert. In fast allen Stadtteilen dokumentieren die Statistik massive Sachbeschädigungen an Wahlplakaten.

In Eppendorf wurden allein bei einem Vorfall 37 Wahlplakate in einer Fußgängerzone zerstört. In Uhlenhorst verzeichnete die Statistik den Diebstahl bzw. die Beschädigung von 20 CDU- und 8 FDP-Plakaten. Auch in Alsterdorf (Plakate von Volt, AfD, CDU, FDP) bildet dieses Delikt einen statistischen Schwerpunkt. In Winterhude manifestierte sich die politische Konfrontation zudem in physischen Übergriffen, wie etwa dem Würgen einer Parteirepräsentantin der FDP während eines Straßenfestes.

Mit 46 Fällen ist Barmbek-Nord der Brennpunkt für Konfrontationsdelikte. Die inhaltliche Analyse der Unterthemen zeigt eine deutliche Dominanz wahlbezogener Straftaten: Ca. 78 % der Vorfälle entfallen auf das Unterthema Sachbeschädigung von Wahlwerbemitteln. Hierbei waren Plakate fast aller im Bundestag vertretenen Parteien durch Abreißen, Beschmieren oder Brandlegung betroffen. Ca. 15 % der Taten betreffen den Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie Beleidigungen im Kontext von (Anti-AfD-)Informationsständen.

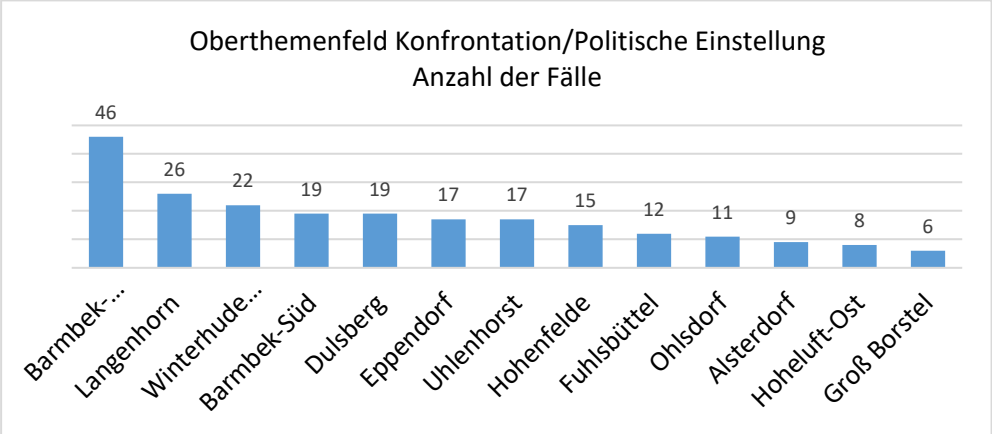


Abbildung 15: Oberthemenfeld Konfrontation/Politische Einstellung nach Stadtteilen

Ein Schwerpunkt im Oberthemenfeld Antifaschismus bildeten „nicht angemeldete Versammlungen“ und Widerstandshandlungen im Umfeld von Informationsständen der Partei AfD. Solche Vorfälle wurden verstärkt in Barmbek-Nord und Langenhorn registriert. Dabei kam es häufig zu Beleidigungen gegenüber Parteivertretern, dem Entwenden von Informationsmaterial oder aktiven Störungsversuchen.

Auch weitere Schmierereien und Vandalismus wurden dokumentiert: In Barmbek-Nord wurden Graffiti mit spezifischen „ANTIFA-Schriftzügen“ festgestellt, während in Barmbek-Süd ein Schulgebäude sowie ein Plakat der Bezirksversammlung Ziel antifaschistischer Schmierereien wurden. In Uhlenhorst verzeichnete die Statistik linksorientierte und polizeifeindliche Graffiti

an Stromkästen, und in Dulsberg wurden Aufkleber mit „Anti-Polizei"-Inhalten in Treppenhäusern angebracht.

Nach der Bereinigung um die Online-Straftaten weist Winterhude mit ca. 25 Fällen eine Konzentration antifaschistischer Aktivitäten auf. Ca. 70 % dieser Taten finden im physischen Raum statt. Das dominierende Unterthema ist der Protest gegen Rechts/AfD. Die Delikte umfassen nicht angemeldete Versammlungen und Hausfriedensbruch, etwa auf dem Balkon einer CDU-Geschäftsstelle oder vor dem iranischen Generalkonsulat. Zudem verzeichnet Winterhude spezifischen Vandalismus, wie eine „antifaschistische Farbschmiererei" am Wohnhaus einer Burschenschaft.

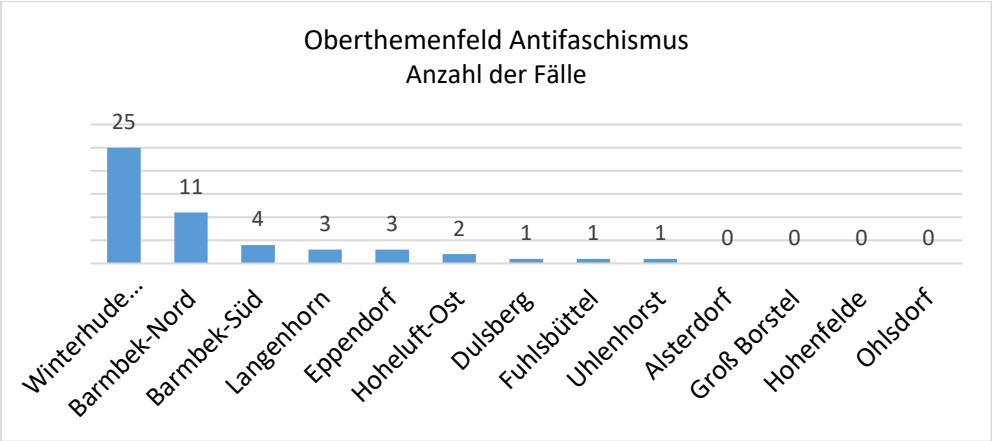


Abbildung 16: Oberthemenfeld Antifaschismus nach Stadtteilen

Das Feld der Krisenherde und Bürgerkriege wird fast ausschließlich durch die Auswirkungen des Nahost-Konflikts bestimmt. In Uhlenhorst manifestierte sich dies in zahlreichen Delikten im Umfeld des IZH (Blaue Moschee), darunter die Verbrennung einer Flagge sowie Bedrohungen von Versammlungsteilnehmern. In Alsterdorf verzeichnete die Statistik 9 Fälle mit Israel- oder Palästina-Bezug, die von Pro-Palästina-Schmierereien an Wohnhäusern und Tiefgaragen bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen wegen des Tragens religiöser Symbole (Kreuzkette) reichten. In Winterhude und Groß Borstel bilden antisemitische Beleidigungen und Graffitis an Mülleimern und auf Gehwegen einen festen Bestandteil dieses Feldes.

Das Oberthemenfeld Innenpolitik ist in Barmbek-Süd am häufigsten vertreten. Ca. 55 % der Delikte richten sich gegen den Staat, seine Einrichtungen und Symbole. Dies äußert sich in zahlreichen Graffitis gegen staatliche Repression oder im Kontext des Hanau-Prozesses. Ca. 25 % der Vorfälle stehen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Protestformen, wie den unangemeldeten Radtouren der „Critical Mass" oder Schmierereien anlässlich des 1. Mai. Hervorzuheben ist die starke Themenverschränkung in Barmbek-Süd. Hier finden sich vermehrt Schmierereien, die gleichzeitig polizeifeindliche, kommunistische und ökologische Botschaften (z.B. gegen Verkehrsprojekte) transportieren.

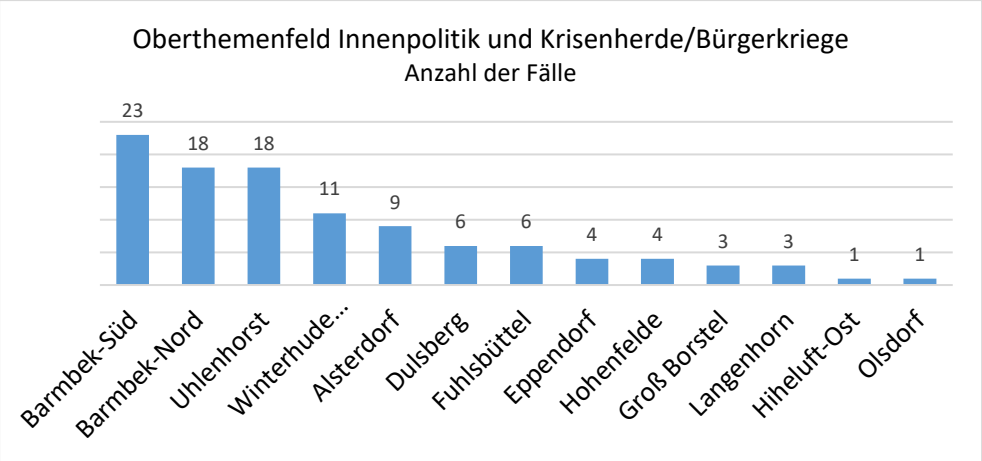


Abbildung 17: Oberthemenfeld Innenpolitik und Krisenherde/Bürgerkriege nach Stadtteilen

4.2 Herausforderungen aus Sicht der befragten Akteur:innen

Im Rahmen der Interviews mit SchlüsselAkteur:innen der sozialräumlichen Infrastruktur wurden Einschätzungen zu den Herausforderungen des demokratischen Zusammenlebens in den Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord aus unterschiedlichen professionellen Perspektiven erhoben und reflektiert. Die folgenden Schwerpunktaussagen bilden eine Zusammenfassung der aus der Sicht der befragten Akteur:innen bestehenden Herausforderungen.

Vielfalt als prägendes Merkmal des Bezirks

Der Bezirk Hamburg-Nord zeichne sich durch eine ausgeprägte Heterogenität seiner Stadtteile aus. Die sozialen, demografischen und städtebaulichen Strukturen unterscheiden sich teilweise erheblich. Während Stadtteile wie Eppendorf oder Winterhude durch einen hohen Wohlstand und überwiegend hochwertige Wohnlagen geprägt sind, weisen andere Quartiere wie Dulsberg, Barmbek-Nord oder Teile Langenhorns höhere soziale Belastungen und eine größere Verdichtung auf. Diese Unterschiede wirkten sich unmittelbar auf die Lebenswelten der Bewohner:innen aus. Dabei sei Hamburg-Nord kein Bezirk sozialer Extreme. Es existierten weder ausgeprägte „Gefahrenräume" noch dauerhaft sozial abgehängte Stadtteile. Vielmehr verfügten alle Quartiere über eigene Ressourcen, soziale Netzwerke und Formen des demokratischen Zusammenlebens. Trotz unterschiedlicher Ausgangsbedingungen wird der Bezirk insgesamt als stabil, friedlich und lebenswert wahrgenommen. Viele Menschen identifizierten sich mit ihrem Stadtteil und schätzten die hohe Wohn- und Lebensqualität.

Zusammenleben zwischen Privatheit und Engagement

Das gesellschaftliche Zusammenleben in Hamburg-Nord wurde zuweilen als „wunderbar durchschnittlich" beschrieben. Die Stadtteile seien überwiegend privat geprägt;

Nachbarschaften funktionierten, ohne dass besonders intensive öffentliche Interaktionen stattfinden. Ehrenamtliches Engagement sowie private Hilfsbereitschaft seien – wenn auch mit abnehmender Tendenz – vorhanden bis ausgeprägt, entfalteten sich jedoch häufig im unmittelbaren sozialen Umfeld und weniger im öffentlichen Raum.

Zwar existierten verschiedene Stadtteil- und Gebietsentwicklungsprozesse, diese konzentrierten sich jedoch überwiegend auf spezifische Wohnquartiere und verfolgen konkrete städtebauliche und sozialintegrative Entwicklungsziele. Gleichzeitig bestünden zwischen sozialen Einrichtungen, Bildungsträgern und anderen Akteur:innen belastbare Netzwerke. Allerdings würden diese Netzwerke oftmals von denselben engagierten Personen und Institutionen getragen, sodass ihre Reichweite begrenzt bliebe. Zitat: „Wir bewegen uns in unserer Zusammenarbeit in einer `Blase´ von Gleichgesinnten. Es sind immer wieder dieselben Personen, die sich engagieren."

Insgesamt zeigt sich ein funktionierendes soziales Miteinander, das auf vielen kleinen Formen des Engagements basiert. Dennoch wird zunehmend wahrgenommen, dass die Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung abnimmt und sich viele Menschen stärker auf ihre persönliche Absicherung konzentrieren.

Demokratie, gesellschaftlicher Wandel und Resilienz

Der Bezirk Hamburg-Nord habe sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Bevölkerungswachstum und die Aufnahme vieler Menschen mit Fluchthintergrund hätten zu einer zunehmenden Diversität innerhalb der Stadtgesellschaft geführt. Dadurch sei einerseits die kulturelle und soziale Vielfalt gewachsen. Diese Entwicklung wird grundsätzlich als Bereicherung wahrgenommen, führe andererseits jedoch zugleich zu neuen gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und Konflikten.

Dennoch wird das demokratische Zusammenleben im Bezirk allgemein als stabil eingeschätzt. Es gäbe keine relevanten Hotspots politischer Gewalt, keine auffälligen Schwerpunkte von Diskriminierung oder größere demokratiefeindliche Milieus. Demokratieskeptische Einstellungen träten meist nicht offen im öffentlichen Raum auf, sondern würden eher in privaten Gesprächen sichtbar. Auch Verschwörungserzählungen fänden vereinzelt Anklang, und zwar nicht ausschließlich in sozial benachteiligten Quartieren, sondern ebenso in wohlhabenderen Stadtteilen.

Bemerkenswert sei, dass keine direkte Verbindung zwischen schwierigen sozialen Lebenslagen und Demokratieskepsis festgestellt werden könne. Zwar entstünden in stärker belasteten Quartieren häufiger soziale Spannungen, daraus resultiere jedoch nicht automatisch eine größere Ablehnung demokratischer Werte oder Institutionen. Mit anderen Worten: Demokratieskepsis sei nicht unmittelbar an (fehlende oder vorhandene) soziale oder materielle Sicherheitsfaktoren

gekoppelt, sondern ein in allen Stadtteilen und mit unterschiedlichen Motiven vorkommendes Phänomen.

Gleichzeitig werden langfristige gesellschaftliche Entwicklungen wahrgenommen, die das Zusammenleben beeinflussen. Steigende Lebenshaltungskosten, höherer Konkurrenzdruck um vorhandene Ressourcen, aber auch zunehmende – wenn auch als diffus wahrgenommene - gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit würde den Druck auf die betroffenen Menschen und Haushalte erhöhen. Die Schere zwischen „arm" und „reich" gehe immer weiter auseinander und die Existenzsicherung werde für viele belastete Haushalte immer schwerer. Insgesamt wird beobachtet, dass das Gefühl gesellschaftlicher Verbundenheit schwächer geworden ist. Viele Menschen orientierten sich stärker an den eigenen Interessen und sozialen Gruppen, während gemeinschaftliche Erfahrungen und verbindende Elemente an Bedeutung verlören. Daraus könne häufig ein Spannungsverhältnis zwischen individuellen Bedürfnissen und kollektiven bzw. gesellschaftlichen Bedürfnissen entstehen.

Dies zeige sich sowohl im privaten Umfeld als auch im öffentlichen Raum. Selbst an zentralen Begegnungsorten wie dem Stadtpark würden eher nebeneinander bestehende Gruppen als ein aktives Miteinander wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Förderung aktiver Nachbarschaften, die Stärkung des Ehrenamts und der Aufbau gesellschaftlicher Resilienz zunehmend an strategischer Bedeutung.

Wohnungsmarkt, Verdrängung und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Ein weiteres zentrales Thema ist die Entwicklung des Wohnungsmarktes. Steigende Mieten und zunehmender Wohnraummangel führten auch in Hamburg-Nord zu Verdrängungsprozessen. Besonders Stadtteile, die traditionell günstigeren Wohnraum angeboten haben (wie z.B. Barmbek-Nord oder Teile von Langenhorn), gerieten unter Veränderungsdruck. Menschen mit höheren Einkommen zögen verstärkt in ehemals preiswertere Quartiere, während einkommensschwächere Bewohner:innen Schwierigkeiten hätten, langfristig im Stadtteil zu bleiben.

Diese Entwicklungen wurden vielfach unter dem Begriff der Gentrifizierung zusammengefasst. Sie veränderten nicht nur die Bevölkerungsstruktur, sondern beeinflussten auch gewachsene Nachbarschaften und soziale Netzwerke. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass soziale Ignoranz und mangelnde Empathie gegenüber den Lebenssituationen anderer Menschen kein Phänomen benachteiligter Stadtteile sei. Konkurrenz um knappe Ressourcen könne zwar soziale Spannungen verstärken, ähnliche Tendenzen fänden sich jedoch ebenso in wirtschaftlich gut ausgestatteten Quartieren.

Besonders sichtbar sei dies auch im Zusammenhang mit der Diskussion um Standorte für Unterkünfte geflüchteter Menschen geworden. Hier habe sich gezeigt, dass Ängste vor Statusverlust, sozialen Veränderungen oder Einschränkungen der Wohnqualität keineswegs auf sozial

benachteiligte Bevölkerungsgruppen beschränkt seien. Vielmehr würden entsprechende Vorbehalte auch in wohlhabenden Stadtteilen deutlich artikuliert. Dort verfügten Bewohner:innen zudem häufig über größere finanzielle und rechtliche Möglichkeiten, um gegen politische Entscheidungen vorzugehen und ihre Interessen durchzusetzen.

Distanz zwischen Bevölkerung und Verwaltung

Eine der häufigsten Herausforderungen betreffe das Verhältnis zwischen Bürger:innen und staatlichen Institutionen. Viele Menschen erlebten eine deutliche Distanz zu Verwaltung und Politik, weniger auf der Ebene der intentionellen Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Verwaltung als mehr im Kundenkontakt bei individuellen Bedarfen und öffentlicher Leistungsgewährung. Insbesondere Personen mit Unterstützungsbedarf würden den befragten Akteur:innen von komplizierten Antragsverfahren, Unklarheiten in Zuständigkeiten, schwer verständlichen Regelungen und langwierigen Bearbeitungsprozessen berichten.

Dadurch entstehe vielfach der Eindruck, dass die Verwaltung in erster Linie den eigenen Strukturen verpflichtet sei und weniger den Bedürfnissen der Menschen. Die langsame Umsetzung bestehender Rechtsansprüche führe zu Frustration und Ohnmachtsgefühlen. Aus Sicht vieler Betroffener verlören gesetzlich garantierte Hilfen an Wert, wenn sie erst verspätet oder unzureichend gewährt würden. Verwaltungsverfahren würden dann nicht selten als Schikane empfunden.

Diese Erfahrungen trügen zu Politikverdrossenheit bei. Hinzu komme die Wahrnehmung, politische Akteur:innen würden sich gegenseitig blockieren und Entscheidungen nicht ausreichend am Gemeinwohl orientieren. Gleichzeitig würde ein Fehlen wirkungsvoller Formen direkter Bürgerbeteiligung wahrgenommen. Viele Menschen wünschten sich stärkere Möglichkeiten, politische Entscheidungen aktiv mitzugestalten, statt lediglich deren Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen.

Ehrenamt, Integration und gesellschaftliche Verantwortung

Die Aufnahme und Unterstützung geflüchteter Menschen in den vergangenen 10 Jahren hat zugleich aber auch gezeigt, welches Potenzial an solidarischem Handeln in Hamburg-Nord vorhanden ist. In nahezu allen Stadtteilen entstanden ehrenamtliche Initiativen, die Integrationsprozesse unterstützten und Begegnungen ermöglichten. Dieses Engagement bildete über Jahre hinweg eine wesentliche Grundlage der lokalen Integrationsarbeit.

Besonders Initiativen wie „Welcome to Barmbek“ entwickelten sich zu etablierten Einrichtungen mit professionell arbeitenden Strukturen. Sie bilden bis heute eine wichtige Säule des ehrenamtlichen Engagements im Bezirk und leisten einen bedeutenden Beitrag für gesellschaftliche Teilhabe und Integration.

Mittlerweile würden sich jedoch Ermüdungserscheinungen zeigen. Die breite Aufbruchsstimmung und Solidaritätsbewegung der Jahre ab 2015 sei nicht mehr in gleichem Maße vorhanden. Viele Ehrenamtliche stießen an zeitliche und persönliche Belastungsgrenzen, während die gesellschaftlichen Herausforderungen komplexer geworden seien. Ehrenamtliche übernähmen zunehmend Aufgaben, die den Zugang zu Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge für hilfebedürftige Menschen sichern. Sprachförderung, Arbeitsmarktintegration, Wohnraumversorgung oder aufenthaltsrechtliche Fragen erforderten professionelle Unterstützung und könnten nicht dauerhaft durch freiwilliges Engagement allein bewältigt werden..

Zunehmend wird deshalb die Sorge geäußert, dass durch sinkende öffentliche Mittel und personelle Ressourcen auf vielen Ebenen sowohl hauptamtliche als auch ehrenamtliche Strukturen unter Druck geraten und mit der Verantwortung für gesellschaftliche Problemlagen zunehmend allein gelassen werden. Integration sei dann weniger ein gesellschaftlicher Gestaltungsprozess als vielmehr durch rechtliche und administrative Vorgaben bedingt, die dem Ehrenamt zu wenig Spielraum ließen.

Jugendliche zwischen Chancen und Herausforderungen

Die Situation junger Menschen wird maßgeblich durch die soziale Herkunft und die Ressourcen des Elternhauses beeinflusst. Trotz vieler Reformen im Bildungswesen hängen Bildungschancen, gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Entwicklungsmöglichkeiten weiter stark von den familiären Voraussetzungen ab. Soziale Unterschiede in den Sozialräumen des Bezirks seien zwar vorhanden, erreichten jedoch nicht die Ausprägung, die von besonders prekären oder problematischen Stadtteilen sprechen ließe.

Kinder und Jugendliche in allen Stadtteilen des Bezirkes Hamburg-Nord stünden heute unter einem hohen Leistungs- und Erwartungsdruck. Der Alltag von Kindern und Jugendlichen sei stärker als in früheren Generationen durch ganztägige schulische Einbindung und feste Zeitfenster für familiäre Verpflichtungen geprägt, so dass weniger selbstbestimmte Tageszeit zur Verfügung stünde.

Zugleich befinden sich Jugendliche in einer Lebensphase, die durch die Suche nach Orientierung und Identität geprägt ist. Dadurch gelten Jugendliche als besonders empfänglich für ideologische Angebote und vereinfachende Weltbilder. Dies beträfe sowohl demokratieskeptische Haltungen als auch extremistische oder populistische Positionen. Eine besondere Herausforderung bestehe deshalb darin, junge Menschen für demokratische Prozesse zu gewinnen und sie aktiv in gesellschaftliche Entwicklungen einzubeziehen. Identitätsbildende Einflüsse entstehen in allen lebensweltlichen Zusammenhängen und vor allem in der Interaktion der Jugendlichen. Vor diesem Hintergrund wird seitens der befragten Akteur:innen der Kinder- und Jugendarbeit der Bedarf an Freiräumen besonders hervorgehoben. Jugendliche wünschten sich

Orte, an denen sie sich ohne feste Vorgaben, pädagogische Kontrolle oder Leistungsanforderungen treffen können.

Als zentrales Zukunftsthema wird von den Befragten die Förderung demokratischer Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen angesehen. Demokratiearbeit müsse frühzeitig beginnen, da junge Menschen die demokratische Kultur von morgen gestalten werden. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass bestehende Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit nur einen Teil der Jugendlichen erreichen. Obwohl Hamburg-Nord über ein gut ausgebautes Netz von Jugendfreizeiteinrichtungen verfüge, profitierten vor allem diejenigen jungen Menschen davon, die bereits grundsätzlich offen für demokratische Beteiligung und gesellschaftliches Engagement sind. Dieses Phänomen sei jedoch nicht bezirksspezifisch, sondern stelle eine allgemeine Herausforderung der Jugendarbeit dar.

Schule als Spiegel gesellschaftlicher Ungleichheit

Schule ist nicht nur ein Ort des Lernens, sondern zugleich ein Spiegel gesellschaftlicher Verhältnisse. Die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen hängen nach wie vor stark von den Ressourcen und der Stabilität ihrer Herkunftsfamilien ab. Soziale Ungleichheit und Spannungen kommen auch im Bildungssystem an: Konflikte, Ausgrenzung und Diskriminierung träten in Schulen besonders deutlich hervor. In diesem Sinne fungiere Schule als eine Art gesellschaftliches Brennglas, in dem soziale Spannungen konzentriert sichtbar würden. Mobbing, Diskriminierung und destruktives Sozialverhalten gehörten zu den Herausforderungen, mit denen Schulen regelmäßig umgehen müssen. Zwar verfügten Schulen und die damit verbundenen Unterstützungsstrukturen wie Schulbegleitungen oder Beratungsangebote über Möglichkeiten zur Einzelfallhilfe. Sie könnten jedoch die grundlegenden Ursachen sozialer Ungleichheit nicht beseitigen.

Trotz dieser Belastungssituation wird Schule als einer der wichtigsten Orte für Demokratieförderung betrachtet. Die Befähigung und Stärkung der Bereitschaft, *„an der Gestaltung einer der Humanität verpflichteten demokratischen Gesellschaft mitzuwirken"* (Hamburgisches Schulgesetz § 2), ist der Kern des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags und durch vielfältige Ansätze praktisch gestützt[4]. Sie ist damit auch die einzige Institution, in der nahezu alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden können, unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder persönlichem Umfeld. Schulen bieten damit grundsätzlich gute Voraussetzungen, um demokratische Bildung, Toleranz und gesellschaftliche Verantwortung zu vermitteln.

Gleichzeitig stießen Schulen bei dieser Aufgabe an ihre Grenzen. Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte stünden unter erheblichem Druck, da sie neben dem Bildungsauftrag zahlreiche

[4] Informationen dazu bei LI Hamburg unter https://li.hamburg.de/qualitaetsentwicklung-von-unterricht-und-schule/aufgabengebiete-und-querschnittsthemen/demokratiebildung

soziale und gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen müssten. Aufgrund begrenzter personeller Ressourcen und komplexer Problemlagen bliebe häufig wenig Raum für vertiefende Diskussionen über gesellschaftliche und politische Fragestellungen. Dennoch besteht bei den Befragten Einigkeit darüber, dass Schulen eine Schlüsselrolle bei der Demokratieförderung und Prävention von Extremismus und Diskriminierung einnehmen.

Inklusion als zentrale Aufgabe demokratischer Teilhabe

Demokratisches Zusammenleben setzt die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen voraus. Gerade Menschen mit Behinderung erlebten jedoch nach wie vor vielfältige Formen der Ausgrenzung. Diese reichten von baulichen Barrieren über mangelnde Zugänglichkeit von Informationen bis hin zu einer gesellschaftlichen Wahrnehmung, die betroffene Menschen auf ihre Behinderung reduziere.

Im Alltag bestünden weiterhin zahlreiche Hindernisse, die eine selbstbestimmte Teilhabe erschwerten. Gleichzeitig wird der Umgang von Behörden und Verwaltungen mit den Anforderungen an Barrierefreiheit oftmals als unzureichend beschrieben. Amtliche Bescheide seien häufig schwer verständlich, Informationen nicht ausreichend barrierefrei verfügbar und öffentliche Räume nur eingeschränkt zugänglich.

Darüber hinaus fehle es an inklusiven Angeboten sowohl für Kinder als auch für ältere Menschen. Insbesondere wohnortnahe Unterstützungs- und Versorgungsstrukturen würden als nicht ausreichend ausgebaut wahrgenommen. Positiv hervorgehoben wird durch die Befragten dagegen die Offenheit vieler Bürgerhäuser und Kultureinrichtungen im Bezirk, die sich zunehmend inklusiv ausrichten und Teilhabemöglichkeiten fördern.

4.3 Ursachen aus Sicht der Befragten

Im Rahmen der Einzelinterviews wurden nicht nur die Herausforderungen des Zusammenlebens im Stadtteil thematisiert, sondern auch mögliche Ursachenzusammenhänge erfragt. Die Einschätzungen zu der Frage „Woran liegt das?“ liefern dabei wertvolle Hinweise zu potenziellen Ansatzpunkten, die wiederum zu der Frage führen, wie im Rahmen der Demokratieförderung darauf reagiert werden kann. Die folgenden Aussagen und Argumente dienen dazu, mögliche Ursachen und Kontextfaktoren der beschriebenen Problemlagen zu skizzieren.

Demokratieskepsis und gesellschaftliche Polarisierung

Das Zusammenleben in den Stadtteilen werde zunehmend durch gesellschaftliche Polarisierung beeinflusst. Darüber hinaus würden sich internationale Krisen und politische Konflikte zunehmend auf das lokale Zusammenleben auswirken. Globale Entwicklungen würden heute unmittelbar in die Stadtteile hineingetragen. Dies zeige sich beispielsweise an den öffentlichen

Debatten und politischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza. Internationale Ereignisse beeinflussten die Einstellungen, Diskussionen und Beziehungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und würden auch vor Ort zu Spannungen führen. Insgesamt wird durch die Befragten festgestellt, dass gesellschaftliche Konflikte stärker sichtbar geworden sind und öffentliche Debatten heute häufig emotionaler geführt werden als noch vor einigen Jahren.

Verstärkt durch politische Debatten auf nationaler und internationaler Ebene sowie durch die empfundene Distanz zu staatlichen Institutionen und das Gefühl von individueller Machtlosigkeit wachse die Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen, gegenüber der Politik und Verwaltung. Der Eindruck, dass „die da oben ohnehin machen, was sie wollen" sei in vielen Stadtteilen spürbar.

Sinkende Orientierung an Gemeinwohl und Solidarität

Ein weiterer Einflussfaktor sei die erlebte gesellschaftliche Fokussierung auf Leistung, Wettbewerb und materiellen Erfolg. Werte wie Solidarität, Hilfsbereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung und die Frage nach dem Sinn des Zusammenlebens träten demgegenüber zunehmend in den Hintergrund. Zitat: „Viele Menschen erfahren sowohl im System Schule/ Arbeit als auch in ihrer Privatsphäre eher, dass sie ihre Ellenbogen einsetzen und Stärke zeigen müssen, als dass sie sich solidarisch im Umgang mit anderen Menschen zeigen."

Gerade junge Menschen wüchsen nicht selten in einem Umfeld auf, das stark von Konkurrenz und Leistungsanforderungen geprägt sei. Hinzu komme, dass vielen Jugendlichen die Erfahrung eines funktionierenden Gemeinwohls fehle. Ihnen mangele es häufig an positiven Vorbildern, an denen sie demokratisches und solidarisches Verhalten orientieren können.

Politik und Verwaltung mit zu geringer Sensibilität für Bewohner:innen

Eine weitere erklärte Ursache für die nachlassende Solidarität und die zunehmende Demokratieskepsis liegt nach Aussagen mehrerer Befragter in der wahrgenommenen Distanz zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung. Viele Menschen erlebten politische Prozesse als schwer zugänglich und würden die Erfahrung machen, dass zwar vieles geregelt, tatsächlich aber wenig entschieden und zugleich der Sozialstaat „kaputtgespart" würde. Gleichzeitig schotte sich Verwaltung ab und erscheine für Bürger:innen unerreichbar. Dies führe zu dem Gefühl, dass öffentliche Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg getroffen würden.

Besonders Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen fühlten sich häufig nicht ausreichend beteiligt und erlebten zudem den Eindruck, unter Generalverdacht zu stehen, staatliche Leistungen missbrauchen zu wollen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, brauche es mandatierte Stellen und Vermittlungsstrukturen, die als Brücke zwischen Verwaltung und

Bevölkerung wirken. Echte Teilhabe und Mitsprache seien wichtige Voraussetzungen, um demokratisches Engagement zu stärken und Vertrauen in öffentliche Institutionen aufzubauen.

Begrenzte Reichweite von Beteiligungsmöglichkeiten

Zwar existierten in den Stadtteilen des Bezirkes etablierte Beteiligungsstrukturen oder andere lokale Gremien, ihre Reichweite bleibe jedoch oftmals begrenzt. Häufig würden vor allem diejenigen Menschen erreicht, die ohnehin bereits Interesse an gesellschaftlicher Mitgestaltung haben. Bewohner:innen, die Politik und Verwaltung skeptisch gegenüberstehen oder sich nicht vertreten fühlen, nähmen an solchen Formaten dagegen deutlich seltener teil. Die Ursache hierfür könne in der Einstellung der Menschen begründet sein oder mit Themen und Organisationsformaten zusammenhängen.

Hinzu komme, dass institutionalisierte Beteiligungsangebote häufig an bestimmte Förderprogramme oder Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf gekoppelt seien. In sozial stabilen oder wohlhabenderen Quartieren fehlten vergleichbare Foren oftmals vollständig. Dadurch entstünden „blinde Flecken im demokratischen Diskurs“, obwohl auch dort gesellschaftliche Spannungen, Polarisierungstendenzen und demokratiekritische Einstellungen vorhanden sein könnten.

Für einen lebendigen Demokratie-Diskurs reiche es deshalb nicht aus, sich auf bestehende Beteiligungsangebote z.B. im Rahmen der RISE-Förderung zu beziehen. Vielmehr müssten neue und niedrigschwellige Formate entwickelt werden, die auch jene Bevölkerungsgruppen erreichen, die bislang kaum an gesellschaftlichen Debatten teilnehmen. Demokratische Diskurse sollten dort stattfinden, wo Menschen ihren Alltag verbringen, und sie sollten sich auf alle Stadtteile des Bezirkes erstrecken.

Unsicherheit und Zukunftsängste der jungen Generation

Die Lebenssituation vieler Jugendlicher sei gegenwärtig nicht nur von Leistungsdruck, sondern zugleich von einem Gefühl wachsender Unsicherheit geprägt. Neben den gesellschaftlichen Veränderungen trügen auch internationale Krisen, Kriege und wirtschaftliche Herausforderungen dazu bei, dass Zukunftsängste zunehmen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre habe bei vielen jungen Menschen das Vertrauen in eine berechenbare Zukunft erschüttert.

Verunsicherungen und Zukunftsängste könnten auch dazu führen, dass sich junge Menschen von dem bisherigen demokratischen Konsens entfernen und sich gesellschaftskritischen Positionen zuwenden. In diesem Zusammenhang seien auch die Folgen von Corona von Bedeutung. Die pandemiebedingten Einschränkungen fielen in eine wichtige Phase des Aufwachsens vieler heute junger Erwachsener und beeinflussten die bisher freiere Gestaltung von sozialen Kontakten, Bildungsbiografien und Freizeitmöglichkeiten. Auch die in der öffentlichen Wahrnehmung registrierten extremen Positionen und Veschwörungserzählungen hätten viele junge

Menschen in ihrer Meinungsbildung beeinflusst. Zusammen mit aktuellen Krisenerfahrungen entstehe daraus bei Teilen der jungen Generation ein Gefühl anhaltender Verunsicherung.

Die befragten Akteur:innen sind sich in dieser Festlegung aber nicht einig und es wurde auch eine differenzierte Gegenperspektive eingenommen. Aus Sicht einiger Akteur:innen spielen die direkten Auswirkungen der Corona-Pandemie im Alltag vieler Jugendlicher inzwischen kaum noch eine bedeutende Rolle. Dies deutet darauf hin, dass die Wahrnehmung aktueller Belastungen durchaus unterschiedlich ausfällt und nicht von allen Beteiligten gleichermaßen bewertet wird.

Soziale Medien und ein veränderter Umgangston

Parallel zu den gesellschaftlichen Veränderungen habe sich auch die Kommunikationskultur verändert. Der allgemeine Umgangston werde vielfach als rauer wahrgenommen.

Insbesondere soziale Medien würden dazu beitragen, dass Auseinandersetzungen nicht in einem direkten Dialog, sondern diffuser, zugleich auch schneller und oft weniger kontrollierbar verlaufen. Konflikte, die früher im persönlichen Umfeld geblieben wären, würden heute öffentlich sichtbar und könnten sich innerhalb kurzer Zeit verbreiten.

Für die Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit gehört der Umgang mit den Folgen dieser Entwicklung inzwischen zum Alltag. Diskriminierung, Ausgrenzung, Mobbing und insbesondere Cybermobbing würden zentrale Themen der pädagogischen Arbeit darstellen. Die Prävention und Bearbeitung digitaler Konflikte seien zu einer festen Aufgabe geworden, die zusätzliche Kompetenzen und Ressourcen erfordere.

Vielfalt, aber wenig Dialog zwischen Communities

Das interkulturelle Zusammenleben gehöre für viele Menschen in den Stadtteilen des Bezirks Hamburg-Nord zum Alltag. Dennoch fehle häufig eine gemeinsame Vorstellung davon, welche demokratischen Werte und Normen das gesellschaftliche Zusammenleben prägen sollten. In einer pluralistischen Gesellschaft träfen unterschiedliche Erwartungen, Wertevorstellungen und soziale Erfahrungen aufeinander. Verstärkt durch empfundene Ungleichheiten könnten daraus soziale Spannungen und Konflikte entstehen, die sich auch in den Stadtteilen widerspiegeln würden.

Zwar sei die Entstehung unterschiedlicher sozialer und kultureller Gemeinschaften ein normaler Bestandteil einer vielfältigen Gesellschaft, doch reiche ein „Nebeneinanderleben“ für ein funktionierendes Gemeinwesen allein nicht aus. Entscheidend sei der Austausch zwischen den Communities sowie der kontinuierliche Dialog über gemeinsame Werte, Regeln und Erwartungen des Zusammenlebens. Dabei gehe es nicht um Belehrung, sondern um einen respektvollen

Austausch unterschiedlicher Perspektiven und Positionen sowie um die aktive Gestaltung eines solidarischen Miteinanders.

Teilhabe, Inklusion und Sichtbarkeit von Bedarfen

Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei die Sensibilisierung der Stadtgesellschaft für die Lebenslagen von Menschen mit besonderen Unterstützungsbedarfen von großer Bedeutung. Eine Demokratie sei nur dann vollständig, wenn niemand ausgeschlossen werde. Wenn bestimmte Gruppen von Entscheidungsprozessen ferngehalten würden, verliere eine demokratische Gesellschaft ihre Glaubwürdigkeit.

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, sozialer Benachteiligung oder anderer Herkunft gelinge einerseits durch Befähigung. Inklusion benötige aber auch Personen und Institutionen, die als Multiplikator:innen agieren, Bedarfe sichtbar machen und zur Bewusstseinsbildung beitragen.

Auch das Ehrenamt übernehme zunehmend Integrations- und Inklusionsaufgaben, die eigentlich dem staatlichen Handeln zugeschrieben werden. Damit es diese Rolle weiterhin wahrnehmen könne, benötige es eine bessere Ausstattung und stärkere Unterstützung. Insgesamt zeige sich also, dass gesellschaftliche Teilhabe aktive Interessenvertretungen und verlässliche Strukturen brauche, um unterschiedliche Bedarfe sichtbar zu machen und die Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.

4.4 Analyse der Ressourcen

In den vorangegangenen Abschnitten wurden einige Herausforderungen des sozialgesellschaftlichen Zusammenlebens in den Stadtteilen des Bezirks Hamburg-Nord dargestellt und herausgearbeitet. Entsprechend der Fragestellung richteten die Gesprächspartner:innen ihren Fokus dabei insbesondere auf die kritischen Entwicklungen und Problemlagen. Erhoben wurden aber auch Einschätzungen zu den Potenzialen, die der Bezirk Hamburg-Nord in seinen Stadtteilen und sozialräumlicher Angebotsstruktur bieten kann. Hinsichtlich der bestehenden Ressourcen für eine vernetzte Demokratiearbeit lässt sich zunächst festhalten, dass alle Stadtteile des Bezirkes über vielfältige funktionierende soziale Netzwerke sowie entsprechende Formate der Zusammenarbeit verfügen. Es gibt ein breites Spektrum an sozialen Unterstützungs- und Freizeitangeboten für unterschiedliche Zielgruppen und Handlungsfelder, die sowohl von der bezirklichen Sozialarbeit, einem aktiven Vereinswesen in vielen Stadtteilen als auch von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Interessengemeinschaften getragen werden.

Kinder- und Jugendarbeit als Basis außerschulischer Bildungsarbeit für Demokratie

Eine besondere Rolle für die Demokratiearbeit spiele die offene Kinder- und Jugendarbeit. Sie stelle einen wichtigen Lern- und Erfahrungsraum dar, in dem junge Menschen demokratische Prozesse erleben, Verantwortung übernehmen und soziale Kompetenzen entwickeln könnten. Dabei komme der Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit und den Schulen eine besondere Bedeutung zu.

Bereits die geltenden fachlichen Vorgaben verdeutlichten die Relevanz dieser Kooperation. Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit seien aufgefordert, einen erheblichen Teil ihrer Ressourcen für die Zusammenarbeit mit Schulen bereitzustellen. Diese Kooperation reiche weit über klassische Bildungsangebote hinaus und umfasse beispielsweise Hausaufgabenhilfen, individuelle Begleitung sowie unterschiedliche Gruppen- und Freizeitangebote.

Die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit verstünden sich dabei nicht nur als Freizeitorte, sondern übernähmen ausdrücklich einen Bildungsauftrag. Demokratiebildung, gesellschaftliche Teilhabe und die Vermittlung sozialer Kompetenzen seien feste Bestandteile ihrer Arbeit. In Gruppenangeboten, Projekten und Beteiligungsformaten würden junge Menschen dazu ermutigt, eigene Meinungen zu entwickeln, Verantwortung zu übernehmen und demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten.

Hinzu komme eine enge Zusammenarbeit der kommunalen Einrichtungen untereinander. Die zahlreichen Einrichtungen im Bezirk organisierten regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen, wie beispielsweise den „Tag der Suchtgefährdung", der bezirksweit durchgeführt werde. Solche Kooperationen würden nicht nur die fachliche Qualität der Arbeit stärken, sondern auch wichtige Anknüpfungspunkte für Demokratiebildung und gesellschaftliche Prävention schaffen.

Starke Netzwerke als Fundament der Demokratiearbeit

Die Stärke des Bezirks Hamburg-Nord liege in seiner ausgeprägten Netzwerkstruktur. Zahlreiche Einrichtungen, Organisationen und Initiativen arbeiteten eng zusammen und tauschten sich regelmäßig aus. Die professionelle soziale Infrastruktur verfüge über gewachsene Kooperationsbeziehungen, die sowohl auf persönlicher Ebene als auch institutionell verankert seien.

Im Zuge der Sozialraumorientierung habe sich im Bezirk Hamburg-Nord eine enge und bereichsübergreifende Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Einrichtungen etabliert, die ein wichtiges Fundament lokaler Netzwerke bilde. Besonders positiv wird durch die Befragten dabei die langjährige Kooperation zwischen einzelnen Akteur:innen hervorgehoben, da sie durch direkte und verlässliche Kontakte den Alltag im Stadtteil bereicherten. Im Bereich der sozialen Arbeit, der öffentlichen und verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit, der Quartiersentwicklung, der Kulturarbeit und der Demokratieförderung bestünden daher gewachsene

Einrichtungsnetzwerke und Kooperationen. Stadtteilkultureinrichtungen würden dabei eng mit anderen Kulturzentren zusammen und interkulturelle Ansätze entwickelten, die Begegnung und gesellschaftlichen Austausch fördern. Daneben entstünden regelmäßig anlassbezogene Kooperationen, die auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen reagierten und gemeinsame Aktionen ermöglichten.

Ein sichtbares Format dieser Zusammenarbeit ist etwa die Online-Plattform www.sozialraum-nord.de, auf der Informationen und Zugangswege für aktuell 123 Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe im Bezirk bereitgestellt und per QR-Code vernetzt sind. Ein weiteres etabliertes Beispiel für lokale Vernetzung ist etwa der seit 2005 bestehende Barmbeker Ratschlag. In diesem Gremium treffen sich Vertreterinnen und Vertreter aus sozialen Einrichtungen, Bildungsinstitutionen, Kulturzentren, Geschichtswerkstätten, ehrenamtlichen Initiativen und demokratischen Bewegungen..

Auf Bezirksebene ergänzten weitere Netzwerke diese Strukturen. Einrichtungen wie die Volkshochschule oder die Bücherhallen leisteten wichtige Beiträge zur politischen Bildung und gesellschaftlichen Teilhabe. Ebenso stelle das Klimanetz Hamburg-Nord ein bedeutendes zivilgesellschaftliches Netzwerk dar, das zahlreiche Organisationen miteinander verbindet und Themen wie Nachhaltigkeit, Klimaschutz und gesellschaftliches Engagement im Bezirk sichtbar mache.

Stadtteilstrukturen und migrantische Communities als demokratische Ankerpunkte

Auch die Stadtteilräte stellten wichtige Ressourcen für die Demokratiearbeit dar. Sie bündeln lokale Interessen, vertreten die Anliegen der Bewohnerschaft und schaffen Möglichkeiten zur Mitgestaltung des direkten Lebensumfeldes. Durch ihre Nähe zu den Menschen vor Ort fungierten sie als Multiplikatoren demokratischer Beteiligung und stärkten das Bewusstsein für lokale Verantwortungsübernahme.

Gleichzeitig seien ihre Handlungsmöglichkeiten oftmals auf das jeweilige Quartier begrenzt. Dennoch leisteten sie einen wichtigen Beitrag, indem sie Beteiligung konkret erfahrbar machen und demokratische Entscheidungsprozesse in den Alltag der Menschen integrieren würden.

Für die Ansprache migrantischer Communities und Glaubensgemeinden bestünden im Bezirk unterschiedliche Zugänge. Neben gewachsenen persönlichen Kontakten zwischen Einrichtungen, Netzwerken und Communities spiele insbesondere der „Runde Tisch Integration" eine wichtige Rolle. Hier kommen zahlreiche professionelle Akteur:innen zusammen, um sich fachlich auszutauschen, Integrationsprozesse zu begleiten und gemeinsame Projekte zu entwickeln. Im Rahmen dieses Netzwerkes würden auch Dialogformate in Unterkünften für Menschen mit Fluchtgeschichte durchgeführt. Dadurch entstünden Möglichkeiten für Begegnung, Beteiligung und gegenseitiges Verständnis.

Diese Verbindungen schüfen wichtige Voraussetzungen dafür, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen miteinander in Austausch treten und demokratische Teilhabe möglichst breit verankert werden könne.

Die herausragende Bedeutung des Ehrenamts

Eine der wichtigsten Ressourcen für die Demokratiearbeit im Bezirk Hamburg-Nord sind die ehrenamtlich engagierten Menschen. Das ehrenamtliche Engagement besitzt eine lange Tradition und reicht weit über einzelne gesellschaftliche Entwicklungen oder politische Herausforderungen hinaus. Bereits lange vor dem starken Engagement im Bereich der Geflüchtetenhilfe existierte im Bezirk eine ausgeprägte Kultur des freiwilligen Engagements.

Initiativen wie „Welcome to Barmbek" haben dieses Engagement gebündelt und sichtbar gemacht. Bis heute leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung von Menschen mit Fluchterfahrung und zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe. Gleichzeitig zeigen sie beispielhaft, wie ehrenamtliches Engagement demokratische Werte praktisch umsetzt und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Das Ehrenamt zeichnet sich durch eine hohe Sensibilität für demokratische Themen und gesellschaftliche Verantwortung aus. Allerdings wird von vielen Akteur:innen auch darauf hingewiesen, dass häufig dieselben engagierten Personen aktiv sein würden. Die bereits Engagierten erreichten sich gegenseitig gut, während jene Menschen, die sich bislang kaum beteiligen oder schwer erreichbar sind, oftmals außen vor blieben. Damit stehe die Demokratiearbeit vor der Herausforderung, neue Zielgruppen anzusprechen und zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.

Unterstützt wird das Ehrenamt durch eine enge Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Einrichtungen, Stadtteilzentren und Kulturhäusern. Darüber hinaus verfügt die Bezirksverwaltung über eine eigene Ehrenamtskoordination, die Initiativen begleitet, Vernetzung fördert und Zugänge zu Fördermöglichkeiten schafft. Diese Zusammenarbeit stellt eine wichtige Grundlage für die langfristige Stabilität des freiwilligen Engagements dar.

Vereine als Orte von Integration, Teilhabe und Demokratie

Eine weitere bedeutende Ressource für die Demokratiearbeit bildet das vielfältige Vereinswesen im Bezirk Hamburg-Nord. Vereine schaffen Räume für Begegnung, Mitbestimmung und gemeinschaftliches Handeln. Besonders Sportvereine übernehmen dabei häufig Aufgaben, die weit über ihren ursprünglichen Vereinszweck hinausgehen. Sie fördern Integration, schaffen soziale Bindungen und eröffnen ihren Mitgliedern vielfältige Möglichkeiten, Verantwortung zu übernehmen und sich an gemeinschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Insgesamt werde großer Wert auf Offenheit, Vielfalt und Inklusion gelegt. Das Vereinsleben gelte als bunt und integrativ und leiste damit einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass Vereine nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen erreichen könnten. Menschen in schwierigen Lebenslagen stießen oftmals auf finanzielle, organisatorische oder soziale Hürden, die eine Teilnahme erschweren. Dennoch leistetenVereine einen bedeutsamen Beitrag zur Integration und gesellschaftlichen Teilhabe. Dies zeige sich insbesondere bei Jugendlichen mit Fluchtgeschichte, die über den Vereinssport häufig soziale Kontakte knüpfen, sprachliche Kompetenzen entwickeln und Anerkennung erfahren.

Zugleich stünden insbesondere kleinere Vereine vor erheblichen Herausforderungen. Ein großer Teil öffentlicher Fördermittel fließe in etablierte Institutionen, während kleinere Organisationen oftmals einen erheblichen Teil ihrer Ressourcen in die Beantragung und Sicherung von Fördergeldern investieren müssten. Die Akquise und Antragstellung finanzieller Mittel gehöre für viele Vereine mittlerweile zum Alltag. Auch projektbezogene Förderstrukturen stellten eine Herausforderung dar. Viele erfolgreiche Angebote basierten auf zeitlich befristeten Projekten, deren Laufzeiten zunehmend kürzer würden. Gleichzeitig würde von Förderprogrammen häufig erwartet, dass Projekte immer neue Ansätze entwickeln. Dadurch entstehe Unsicherheit hinsichtlich der langfristigen Planung und Verstetigung bewährter Angebote.

4.5 Voraussetzungen für Demokratiearbeit aus Sicht der Befragten

Demokratie als gelebte Praxis im Alltag

Demokratie lebt nicht allein von institutionellen Strukturen oder politischen Entscheidungen, sondern vor allem davon, dass Menschen sie in ihrem Alltag erfahren und praktizieren können. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist, dass sich Menschen als Teil einer Gemeinschaft erleben, sei es als Nachbarinnen und Nachbarn, als Mitglieder eines Vereins, als Teil einer Initiative oder als Gruppe von Menschen mit gemeinsamen Interessen. Wo Zugehörigkeit, Begegnung und Mitgestaltung möglich sind, entstehen wichtige Voraussetzungen für demokratisches Handeln und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Demokratiearbeit setzt deshalb vor allem dort an, wo Menschen miteinander in Kontakt kommen, und gemeinsame Erfahrungen machen. Öffentliche Veranstaltungen, Stadtteilfeste oder kulturelle Angebote bieten wichtige Gelegenheiten, demokratische Werte niedrigschwellig erlebbar zu machen. Dabei können Formen der Sensibilisierung und Awareness-Arbeit dazu beitragen, gesellschaftliche Vielfalt sichtbarer zu machen und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Beispiele hierfür sind inklusive Stadtteilrundgänge oder spielerische Formate, die Menschen die Lebensrealitäten von Personen mit Behinderungen näherbringen und Berührungsängste abbauen.

Ein zentraler Leitgedanke der Demokratiearbeit ist dabei die Inklusion. Gerade in gesellschaftlichen Krisenzeiten zeigt sich, dass insbesondere vulnerable Gruppen von sozialen, wirtschaftlichen oder politischen Herausforderungen betroffen sind. Demokratiearbeit muss daher stets den Anspruch verfolgen, möglichst allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und die Perspektiven jener sichtbar zu machen, die häufig weniger Gehör finden.

Aus Sicht der Befragten brauche Demokratiearbeit niedrigschwellige Zugänge und offene (Sozial-)Räume, um Bewohner:innen zu erreichen. Dabei sei es wichtig, diese Zugänge zielgruppenspezifisch ausgestalten zu können, was absehbar besser über Multiplikator:innen in den bestehenden Angeboten gelingen würde. Die Offenheit für eine vernetzte bzw. kooperative Gestaltung von offenen Demokratieformaten sei sowohl in den Quartiersentwicklungen mit dem Fokus auf Bewohner:innen und Anrainer vorhanden, als auch in der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit dem Fokus auf Jugendliche in den Stadtteilen sowie in den Angeboten der Familienförderung mit dem Fokus auf Kinder und deren Eltern.

Dabei kann die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie die bestehenden Bildungs- und Beratungsangebote im Hinblick auf eine Konzentration auf demokratiefördernde Inhalte ergänzen und auf eine breit angelegte Sensibilität der Einrichtungen für Fragen von Antidiskriminierung, Gewaltprävention, aber auch alltägliche Formate einer diversitätsöffnenden Arbeit zurückgreifen.

Für die Gestaltung einer gemeinsamen Demokratiearbeit wird seitens der Akteur:innen vor allem der Wert persönlicher Begegnung betont. Dabei ginge es nicht nur um Anlässe und Orte für einen fachlichen Austausch, sondern vielmehr um ein Forum sozialer Bestärkung von Erfahrungen und Positionen. Gerade die Zusammenarbeit mit und in der *Partnerschaft für Demokratie* wird dabei als Anlass des Austauschs sowohl der professionellen Kräfte als auch der ehrenamtlich engagierten Menschen in den Initiativen gesehen. Insofern werde mit der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie eine Stärkung und bessere Sichtbarmachung bestehender Formate erwartet, die auch zu einem stärkeren Zusammenwachsen von kultureller Bildung, Demokratieförderung und Inklusions-/Integrationsarbeit führen kann. Das trage dazu bei, bestehende Ressourcen sichtbar zu machen, Kooperationen anzustoßen und Träger strukturell zu entlasten.

Kinder und Jugendliche als zentrale Zielgruppe

Ein zentrales Ergebnis der Diskussionen ist die Einschätzung, dass Demokratiearbeit vor allem bei jungen Menschen ansetzen sollte. Kinder und Jugendliche befinden sich in einer entscheidenden Phase ihrer gesellschaftlichen und politischen Orientierung. Hier würden Werte, Haltungen und Handlungskompetenzen entwickelt, die das spätere gesellschaftliche Engagement prägen können.

Demokratiearbeit werde deshalb in erster Linie als Bildungsarbeit verstanden. Sie sollte jungen Menschen nicht nur Wissen über demokratische Institutionen vermitteln, sondern vor allem Gelegenheiten schaffen, demokratische Erfahrungen selbst zu machen. Entscheidend sei, dass Jugendliche erleben, dass ihre Meinungen Bedeutung haben und ihr Handeln konkrete Auswirkungen entfalten kann.

Hierfür brauche es attraktive und lebensweltnahe Angebote, die an den Interessen und Erfahrungen junger Menschen anknüpfen. Besonders wirksam könnten Formate sein, die konkrete Fragestellungen aus ihrem Alltag aufgreifen. Dazu gehöre beispielsweise der Umgang mit Diskriminierung, Ausgrenzung oder demokratiefeindlichen Äußerungen im persönlichen Umfeld. Viele Jugendliche wünschten sich praktische Handlungsmöglichkeiten, etwa im Umgang mit sogenannten Stammtischparolen oder mit extremistischen und diskriminierenden Positionen in sozialen Medien und im Alltag.

Demokratiearbeit sollte deshalb nicht ausschließlich auf Wissensvermittlung setzen, sondern die Resilienz junger Menschen stärken. Ziel müsse es sein, sie zu befähigen, demokratische Werte selbstbewusst zu vertreten, Desinformation und Agitation zu erkennen und auf gesellschaftliche Herausforderungen reflektiert zu reagieren. Die Förderung von Selbstwirksamkeit und Handlungskompetenz stelle hierbei einen zentralen Ansatzpunkt dar.

Schulen als strategische Partner der Demokratiebildung

Um möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen, komme den Schulen eine Schlüsselrolle zu. Insbesondere die Stadtteilschulen werden als wichtige Partner für die zukünftige Demokratiearbeit angesehen. Sie böten die Möglichkeit, demokratische Bildung kontinuierlich und verbindlich in den Alltag junger Menschen zu integrieren.

Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Akteur:innen der Demokratiearbeit solle dabei über einzelne Projektveranstaltungen hinausgehen. Erforderlich seien langfristige Kooperationen, die Demokratie als Querschnittsaufgabe verstehen und entsprechende Bildungsangebote dauerhaft verankern. Formate wie Workshops, Projekttage, Diskussionsveranstaltungen oder Beteiligungsformate könnten dazu beitragen, demokratische Themen für Schülerinnen und Schüler greifbar und relevant zu machen.

Darüber hinaus böten Schulen einen wichtigen Zugang zu jungen Menschen mit sehr unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen. Sie seien deshalb ein geeigneter Ort, um die Auseinandersetzung über demokratische Werte, gesellschaftliche Vielfalt und Verantwortung anzuregen. Nur wenn es gelinge, die Schulen als aktive Partner zu gewinnen und gemeinsam passgenaue Bildungsangebote zu entwickeln, könne Demokratiebildung breite Wirkung entfalten.

Generationenübergreifenden und inklusiven Austausch fördern

Neben der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wird auch der generationenübergreifende Austausch als wichtiger Baustein zukünftiger Demokratiearbeit gesehen. Demokratien lebten von gemeinsamen Erfahrungen, vom Dialog zwischen unterschiedlichen Lebenswelten und vom Weitergeben gesellschaftlicher Werte. Daher sollten Formate entwickelt werden, die Menschen verschiedener Altersgruppen und Lebenssituationen miteinander ins Gespräch bringen. Entsprechende Formate müssten von Beginn an barrierefrei gestaltet und ebenso in die Öffentlichkeit gebracht werden. So könnten durch die Demokratiearbeit konkrete Anlässe geschaffen werden, um Informationen und Erfahrungen auszutauschen, gegenseitiges Verständnis zu fördern.

Ein solcher inklusiver Dialog eröffne die Möglichkeit, unterschiedliche Perspektiven auf demokratische Entwicklungen sichtbar zu machen und voneinander zu lernen. Gleichzeitig könne er dazu beitragen, gemeinsame Werte zu identifizieren und das Bewusstsein für Demokratie als gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung zu stärken.

Partizipation und Wege zur echten Mitbestimmung aufzeigen

Ein weiterer zentraler Ansatzpunkt bestehe darin, Bewohner:innen mehr Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung zu eröffnen. Demokratische Kompetenzen entstünden vor allem dann, wenn Menschen praktische Erfahrungen mit Beteiligung machen. Bewohner:innen müssten erleben können, dass ihr Engagement tatsächlich Einfluss auf Entscheidungen hat und Veränderungen bewirken kann.

Vor diesem Hintergrund werden neue Beteiligungsformate im Bezirk als besonders wichtig angesehen. Erwartungen richten sich dabei insbesondere auf die Einrichtung eines Jugendforums. Solche Strukturen könnten jungen Menschen eine eigene Stimme in politischen Entscheidungsprozessen geben und ihre Interessen sichtbar machen.

Entscheidend sei jedoch, dass diese Beteiligung nicht symbolisch bleibt. Bewohner:innen müssten echte Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten und gleichzeitig Verantwortung für ihre Entscheidungen übernehmen können. Nur dann entstehe die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, die für demokratische Lernprozesse von großer Bedeutung sei. Neben formellen Beteiligungsgremien könnten auch andere Formen direkter Demokratie und Mitgestaltung entwickelt werden. Denkbar seien projektbezogene Beteiligungsformate, Jugenddialoge, Stadtteilforen oder digitale Beteiligungsplattformen. Gemeinsam ist all diesen Ansätzen das Ziel, demokratische Beteiligung unmittelbar erfahrbar zu machen und Bewohner:innen aktiv in die Gestaltung ihres Lebensumfelds einzubeziehen.

Eine Allianz für demokratische Werte schaffen

Um Demokratiearbeit nachhaltig zu stärken, bedürfe es einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung. Die Partnerschaft für Demokratie könne dabei eine wichtige koordinierende Funktion einnehmen. Ihre Aufgabe sollte vor allem darin bestehen, einen kontinuierlichen Diskurs über demokratische Grundwerte zu fördern und unterschiedliche gesellschaftliche Akteur:innen miteinander zu vernetzen. Dazu gehörten politische Entscheidungsträger:innen ebenso wie soziale Einrichtungen, Bildungsinstitutionen, Kulturakteur:innen und zivilgesellschaftliche Initiativen.

Die Demokratiearbeit könne dabei an bestehende Strukturen und erfolgreiche Formate anknüpfen. Im Bezirk existierten bereits eine vielfältige Landschaft von Netzwerken, Beteiligungsangeboten und Engagementstrukturen. Diese Ressourcen sollten genutzt und miteinander verbunden werden, anstatt neue parallele Systeme aufzubauen. Auf diese Weise könnten Synergien geschaffen und die Sichtbarkeit demokratischer Aktivitäten erhöht werden. Ein wichtiger Erfolgsfaktor würde dabei die Verbindlichkeit sein. Demokratiearbeit benötige regelmäßige Austauschformate, klare Verantwortlichkeiten und langfristige Perspektiven. Nur durch kontinuierliche Zusammenarbeit könnten nachhaltige Wirkungen erzielt werden.

Demokratiearbeit institutionell verankern

Eine funktionierende Demokratie sei kein Selbstläufer. Demokratische Kultur müsse aktiv gepflegt, begleitet und weiterentwickelt werden. Deshalb brauche Demokratiearbeit eine klare institutionelle Verankerung und verlässliche Zuständigkeiten.

Für die Akteur:innen vor Ort ist es wichtig, dass es eine Person oder Struktur gibt, die die verschiedenen Aktivitäten bündelt, Netzwerke koordiniert und als Ansprechstelle für Themen und Anliegen rund um das Thema Demokratie fungiert. Bildlich gesprochen brauche Demokratiearbeit einen „Kümmerer", der Prozesse begleitet und die verschiedenen Akteur:innen miteinander verbindet.

Eine solche aktiv-koordinierende Funktion könnte dazu beitragen, vorhandene Ressourcen besser zu vernetzen, Bedarfe frühzeitig zu erkennen und die Nachhaltigkeit von Projekten zu sichern. Gleichzeitig würde sie die Sichtbarkeit des Themas erhöhen und deutlich machen, dass Demokratieförderung eine dauerhafte kommunale Aufgabe ist.

5 Ansatzpunkte für die Partnerschaft für Demokratie

Im Rahmen der Untersuchung wurden Herausforderungen, deren Begründungszusammenhänge und die Erfahrungen der beteiligten Akteur:innen durchgängig auch im Hinblick auf die Frage erhoben, welche konkreten Ansatzpunkte die *Partnerschaft für Demokratie* verfolgen kann, um die Problemlagen sinnvoll zu bearbeiten. Im Ergebnis lassen sich folgende Ansätze für eine weitere Operationalisierung festhalten:

Vernetzte Demokratiearbeit in bestehenden und neuen Zusammenhängen

Der Bezirk Hamburg-Nord verfügt über eine gut ausgebaute Infrastruktur für partizipative Entwicklungsansätze für Demokratiearbeit. Vernetzte Angebote und zivilgesellschaftliches Engagement sind vorhanden und folgen bereits aktuell in ihren jeweiligen Wirkungszusammenhängen den Zielen des Programms „Demokratie leben".

Einrichtungen der Quartiersarbeit, der Jugendarbeit inklusive der offenen Kinder- und Jugendarbeit, aber auch andere Beratungseinrichtungen setzen an der Verbesserung der sozialen Ressourcen ihrer Zielgruppen an und entwickeln mit ihnen Strategien zur sozialen Teilhabe, für stärkere Selbstwirksamkeit oder auch für bessere Problemlösungskompetenzen. Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur wie die bezirkliche Verwaltung oder auch die Polizei agieren für ein stabiles und regelkonformes Zusammenleben in den Stadtteilen und verstehen sich dabei sowohl als Ordnungs- wie als Beratungsinstanz für die Bewohner:innen. Daneben spielt der Vereinssport als Multiplikator für demokratiefördernde Arbeitsansätze eine wesentliche Rolle. Nicht nur, weil er seine Mitglieder in unterschiedlichen sozialen und kulturellen Milieus verortet, sondern vor allem auch, weil er in einigen Bereichen bereits seit vielen Jahren aktive Antidiskriminierungs- und Inklusionsarbeit leistet.

In den hier genannten Praxisfeldern ist ein hohes Synergiepotenzial mit Blick auf Demokratiearbeit vorhanden, zugleich werden bestehende Angebote in der Regel von denjenigen genutzt, die ohnehin demokratisch engagiert sind (s.o.). Durch Vernetzung mit den Regeleinrichtung und die Initiierung von gemeinsamen Formaten kann es zwar gelingen, Fragen der Demokratieförderung zu den Menschen in den Netzwerkbezügen zu bringen. Viel wichtiger aber erscheint die Frage: „Wie erreichen wir jene Menschen (auch mit demokratieskeptischen Tendenzen) die wir bisher nicht erreichen konnten?".

Voraussetzung für die hierfür notwendige Erweiterung der Netzwerkarbeit ist daher, dass zusätzliche Ressourcen in den Zugang und die Ansprache/ Aktivierung von vor allem bisher zu wenig erreichter Communities und Personengruppen eingesteuert werden. Die *Partnerschaft für Demokratie* verfügt ihrerseits über zielgebundene fachliche und materielle Ressourcen zur Initiierung von Formaten und Förderung von Mikro-Projekten aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben", die sowohl neue Akteursgruppen adressieren als auch einen Mehrwert der bestehenden Angebotsinhalte darstellen können. Dabei gilt es, keine neuen Projektstrukturen

aufzubauen, sondern den Schulterschluss mit den bereits heute vernetzten Trägern und Einrichtungen in ihrem jeweiligen Handlungsfeld zu stärken.

Begegnungsformate für Demokratiearbeit

Die *Partnerschaft für Demokratie* soll einerseits als Partner für die bestehenden Einrichtungen und Angebote in der oben beschriebenen Zusammenarbeit stehen. Andererseits wird von ihr ein eigenständiger öffentlich wahrnehmbarer und wirksamer Beitrag für das demokratische Zusammenleben der Menschen in den Stadtteilen erwartet.

Bestehende Formate wie die Beteiligung an Stadtteilfesten oder zentrale Inhalte für die bezirksweite „Woche der Vielfalt" sollten künftig ebenso wie die Durchführung von Demokratie- und Bildungskonferenzen der Arbeit der Partnerschaft zugeordnet werden und einen wichtigen Beitrag zur Demokratieförderung im öffentlichen Diskurs leisten. Solche Formate ermöglichen einerseits zwanglose Begegnungen zwischen Personen, die im Alltag selten miteinander in Kontakt treten, und senken so die Schwelle zur aktiven Beteiligung und demokratiefördernden Auseinandersetzung. Sie sind darüber hinaus auch wichtige Informationsquellen für jene Bewohner:innen, die sich aktiv mit dem demokratischen Zusammenleben in ihrem Stadtteil auseinandersetzen und sich engagieren möchten.

Die besondere Bedeutung der Begegnungsformate der Partnerschaft liegt darin, dass sie Gelegenheitsräume demokratischer Kommunikation schaffen – Orte, an denen Teilhabe nicht über politische Identifikation, sondern über gemeinsames Erleben gestiftet wird. Eine Verstetigung dieser Formate trägt dazu bei, lokale Vertrauensnetzwerke stärken und demokratische Praxis im Alltag verankern. Vor diesem Hintergrund sollten derartige Formate als fester Bestandteil demokratischer Infrastruktur verstanden und entsprechend unterstützt werden.

Initiierung eines gesellschaftlichen Demokratie-Dialoges

Demokratiearbeit ist zuvorderst Kommunikationsarbeit, die Durchführung von Beteiligungs- und Dialogformaten und das Aufgreifen von Themen, die die Menschen im Stadtteil in ihrem täglichen Leben beschäftigen.

Es zeigt sich, dass für viele Bewohner:innen in den Stadtteilen des Bezirks Hamburg-Nord Frage nach demokratischen Werten im nachbarschaftlichen Zusammenleben der Kulturen und Lebensentwürfe eine wichtige Rolle spielt. Dieser Bedarf könnte durch Formate wie Debatten, Respektkampagnen oder auch die Förderung von Vorbildern (Personen und Gruppen, die sich in besonderer Weise für das demokratische Miteinander einsetzen) aufgegriffen werden.

Wichtig wird auch hier sein, für den gesellschaftlichen Dialog auch jene Personen und Gruppen zu adressieren, die durch bestehende Formate der Demokratiearbeit bislang noch nicht umfassend erreicht wurden. Niedrigschwellige und aufsuchende Zugänge zu den in den Stadtteilen bestehenden Communities, Gruppen und Vereinen wären dabei zu berücksichtigen, ebenso

wie Informationsangebote an öffentlichen Orten. Schließlich wird es darum gehen, Personen zu erreichen, die sich jenseits der "Blase der sozialen Einrichtungsnetzwerke" befinden.

Ein gesellschaftlicher Demokratie-Dialog sollte einerseits die Bewohner:innenschaft in ihrer breiten Ausprägung erreichen, andererseits auch die öffentlichen Akteure wie Politik, Verwaltung und Polizei einbeziehen. Hier könnte sowohl auf bestehende Ansätze wie das Konzept Community Policing (bürgernahe oder gemeindeorientierte Polizeiarbeit, verortet bei den im Bezirk ansässigen Polizeikomissariaten 31, 33, 34 und 36), als auch auf Strukturen und Ansprechpartner:innen des Bezirksamtes zurückgegriffen werden.

Im Sinne eines Dialogs auf Augenhöhe gilt es, die Erwartungen, Bedürfnisse und Interessen aller Personengruppen und aller Akteursebenen (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Ehrenamt) in einem Demokratiedialog wie z.B. einem „Runden Tisch" zusammenzuführen. Dabei geht es nicht darum, zusätzliche Strukturen aufzubauen, sondern Beteiligung planbar und vielseitig verbindlich machen. Partizipation würde so von einem punktuellen Ereignis zu einem kontinuierlichen Prozess mit klaren Aufgaben und Schnittstellen entwickeln.

Jugendliche in bezirkliche Entwicklungen dauerhaft einbeziehen

Junge Menschen sind Motoren für eine demokratische Gesellschaft. Jenseits ihrer gesetzlich verankerten, aber letztlich sehr mittelbaren individuellen Beteiligungsmöglichkeiten über Wahlen sollten sie aktiv und mit einem eigenen Format in die Entwicklung des Gemeinwesens einbezogen werden. Bestehende Gremien wie der bezirkliche Jugendhilfeausschuss befassen sich zwar mit den Belangen und Bedürfnissen junger Menschen im Bezirk, sie bieten aber nur wenig direkte Mitsprachemöglichkeiten für die Jugendlichen selbst. Darüber hinaus sieht das Bezirksverwaltungsgesetz in §33 BezVG vor, Kindern und Jugendlichen bei ihren Interessen betreffenden Planungen oder Verfahren durch das Bezirksamt in geeigneter Form zu beteiligen. Die Gründung eines Jugendforums ist daher ein wesentlicher Meilenstein, der bereits im Antragskonzept der Partnerschaft für Demokratie im Bezirk Hamburg-Nord enthalten ist. Um Anreize und Wirksamkeit der Beteiligung an einem solchen Gremium für Jugendliche zu erhöhen, sollte das Jugendforum auch mit Sachmitteln für die Entwicklung geeigneter Dialogformen und Projekte ausgestattet sein.

Bildung und Schule als Fokusräume

Schulen sind eigenständige Systeme und oftmals ein Abbild der Gesellschaft in einem Sozialraum. In Schulen finden soziale Interaktionen auf engstem Raum statt, Schülerinnen und Schüler können sich dieser Dynamik nicht entziehen, sie sind Teil der unmittelbaren sozialen Interaktion. Schule ist zuvorderst aber auch ein Lernort, nicht nur für die vermittelten Unterrichtsinhalte, sondern auch für die psychosoziale Entwicklung junger Menschen, für deren Wissens- und Meinungsbildung, letztlich für ein soziales Zusammenleben der kommenden

Erwachsenengeneration. Schulen sollten demnach Orte demokratischer Bildung sein, zugleich aber auch durch ihre soziale Reichweite in den Stadtteil, den Sozialraum einwirken.

Dazu braucht Schule Netzwerkpartner:innen aus Jugendarbeit, Kultur, Sport und anderen Vereinen, auch aus migrantischen Communities und letztlich aus der Elternschaft. Im Rahmen der *Partnerschaft für Demokratie* gilt es, diese Netzwerke zu unterstützten, neue Verbindungen zu knüpfen und geeignete Formate der Demokratiearbeit an Schule zu initiieren. In dieser Perspektive wären Schulen nicht nur Lernorte, sondern können Räume gesellschaftlicher Teilhabe und Vernetzung werden.

Digitale Kompetenz und soziale Medien

Insbesondere für Jugendliche spielen digitale/soziale Medien eine zentrale Rolle in ihrem Alltag. Sie bieten eine wesentliche Grundlage der sozialen Interaktion und Teilhabe, sie sind Werkzeuge für viele tägliche Verrichtungen und als solche in der Lebenswelt der jungen Menschen in den Stadtteil von zentraler Bedeutung. So sehr digitale Medien in diesem Sinne als Chance zu sehen sind, so können sie auch als Medium der demokratiefeindlichen Agitation und Diskriminierung gesehen werden. In der Wahrnehmung der befragten Akteur:innen wird diese Gefahr der sozialen Medien als eine Herausforderung gesehen. Digitale/soziale Medien müssen daher professionell und achtsam genutzt werden, wenn sie als Medien der Demokratiearbeit eingesetzt werden.

Professionell bedeutet in diesem Zusammenhang, dass im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie ein aktiver und attraktiver Auftritt in den gängigen Social-Media-Plattformen geschaffen wird, der vor allem junge Menschen und schulische Akteure anspricht. Die Erfahrung zeigt, dass es insbesondere populistischen Bewegungen am rechten politischen Rand gelingt, Menschen über Social-Media zu adressieren. Dasselbe sollte auch – als Gegengewicht - für die Demokratieförderung stehen. Achtsam bedeutet zugleich, dass über das destruktive Potenzial von Social-Media sowohl für die persönliche emotionale Stabilität und Sicherheit als auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt handlungsorientiert sensibilisiert werden muss.

Aus diesen Einschätzungen ergibt sich der Auftrag, digitale Öffentlichkeitsarbeit und Social-Media-Auftritte strategisch zu professionalisieren, etwa durch Schulungen, gemeinsame Kampagnen und stadtteilweite Auftritte mit demokratiefördernden Inhalten/ Botschaften.

6 Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

6.1 Zusammenfassung der Situations- und Ressourcenanalyse

Ziel

Zielsetzung der Situations- und Ressourcenanalyse für die Partnerschaft für Demokratie im Bezirk Hamburg-Nord war es, die lokalen gesellschaftlichen Bedingungen systematisch zu erfassen, Herausforderungen zu identifizieren und vorhandene Ressourcen sowie Potenziale sichtbar zu machen. Darauf aufbauend wurden Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung der PfD abgeleitet.

Methode

Die Analyse folgt einem Mixed-Methods-Ansatz, der quantitative Daten (Auswertung kleinräumiger Sozialdaten, Wahlstatistiken sowie Daten zur politisch motivierten Kriminalität) mit qualitativen Erkenntnissen (leitfadengestützte Interviews mit zentralen Akteur:innen aus Verwaltung, sozialer Arbeit und Zivilgesellschaft und Fokusgruppen zur Validierung der Befunde) kombiniert. Diese Kombination ermöglicht sowohl eine strukturelle Einordnung als auch ein tiefes Verständnis lokaler Dynamiken.

Soziodemografische Struktur

Der Bezirk Hamburg-Nord umfasst rund 331.000 Einwohner:innen auf 57,8 km² und zeichnet sich durch eine insgesamt hohe Lebensqualität aus, bei zugleich spezifischen Unterschieden zwischen den Stadtteilen hinsichtlich Bevölkerungsdichte, sozialer Zusammensetzung und Lebensbedingungen. Während Stadtteile wie Hoheluft-Ost, Dulsberg oder Barmbek-Nord sehr dicht besiedelte urbane Quartiere darstellen, bieten die flächenstarken Stadtteile Langenhorn und Fuhlsbüttel Entwicklungsräume Bevölkerungszuwachs. Die Altersstruktur variiert deutlich: Familienorientierte Stadtteile wie Langenhorn, Groß Borstel oder Ohlsdorf weisen höhere Kinderanteile auf, während Alsterdorf, Eppendorf und Uhlenhorst stärker von älteren Bevölkerungsgruppen geprägt sind. Besonders hoch ist der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Dulsberg, Hohenfelde und Langenhorn, während Eppendorf und Hoheluft-Ost vergleichsweise homogene Bevölkerungsstrukturen aufweisen.

Auch die sozioökonomischen Unterschiede innerhalb des Bezirks sind ausgeprägt. Hohe Einkommen, geringe Arbeitslosigkeit und niedrige Sozialleistungsquoten konzentrieren sich insbesondere auf Uhlenhorst, Eppendorf, Hoheluft-Ost und Winterhude. Demgegenüber sind Dulsberg, Barmbek-Nord sowie Teile von Langenhorn durch niedrigere Einkommen, höhere Arbeitslosigkeit und überdurchschnittliche Armutsrisiken geprägt. Besonders auffällig sind die hohe Kinderarmut sowie die erhöhte Grundsicherungsquote im Alter in Dulsberg.

Die Wohn- und Lebensverhältnisse spiegeln diese Unterschiede wider. In den innerstädtischen Quartieren dominieren Einpersonenhaushalte und Geschosswohnungsbau, während in den Randlagen häufiger Familienhaushalte sowie Ein- und Zweifamilienhäuser anzutreffen sind. Gleichzeitig konzentriert sich ein großer Teil des geförderten Wohnraums auf Langenhorn, Ohlsdorf und Alsterdorf, wobei bis 2030 ein erheblicher Teil der Sozialwohnungen aus der Preisbindung fällt.

Auch bei Bildung, Mobilität und Gesundheitsversorgung zeigen sich räumliche Unterschiede. Gymnasialquoten sind in Eppendorf, Hoheluft-Ost und Uhlenhorst besonders hoch, während in Dulsberg und Langenhorn häufiger Stadtteilschulen besucht werden. Die medizinische Versorgung konzentriert sich auf Winterhude, Hoheluft-Ost und Eppendorf, während Randlagen teilweise deutlich schlechter versorgt sind. Insgesamt verdeutlichen die Daten eine starke soziale und räumliche Differenzierung innerhalb des Bezirks, die unterschiedliche Lebensrealitäten und Teilhabechancen der Bevölkerung widerspiegelt.

Politisches Klima

Insgesamt lässt sich die These einer „Politikmüdigkeit", gemessen an der schwindenden Wahlbeteiligung in allen Gebieten, sowohl bei der Bundestagswahl 2025, bei der Bürgerschaftswahl 2025 als auch bei der Wahl der Bezirksversammlung 2024 nicht bestätigen. In allen Wahlen wurde eine steigende Wahlbeteiligung im Vergleich zu den jeweiligen Vorwahlen gemessen.

Was sich aber insgesamt zeigt, ist das Erstarken von Parteien der politischen Ränder, wobei die Stadtteile jeweils spezifische Profile aufweisen. Im Vergleich zu den jeweiligen Vorwahlen zeigt sich aber das signifikante Wachstum der Stimmanteile bei der AfD, der bei der Bundestagswahl mit knapp unter 5 % den stärksten Ausschlag aufweist. Auf Stadtteilebene kann jedoch insgesamt nicht von einem signifikant hohen Zustimmungswert der AfD ausgegangen werden, wie er in anderen vergleichbaren Regionen erreicht wurde. Eine Betrachtung der Ergebnisse auf der Ebene der Stimmbezirke bzw. Wahllokale zeigt wiederum Abweichungen zum Stadtteilergebnis, diese konnte aber im Rahmen der S&R-Analyse nicht vertieft untersucht werden und sollten bei künftigen Einzelbetrachtungen einbezogen werden.

Politisch motivierte Kriminalität

Die politisch motivierte Kriminalität (PMK) im Bezirk Hamburg-Nord bewegte sich im Jahr 2025 mit 13,1 Fällen je 10.000 Einwohner:innen auf einem moderateren Niveau als die Hamburger Gesamtstadt (16,9), verzeichnete jedoch im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg von etwa 18 % innerhalb des Bezirks zeigt sich dabei eine deutliche räumliche Polarisierung: Während Stadtteile wie Groß Borstel eine sehr geringe Belastung aufweisen, liegen Hohenfelde, Winterhude und Dulsberg signifikant über dem bezirklichen Durchschnitt. Besonders dynamisch entwickelte sich die Lage in Hohenfelde, wo die Fallzahl um 16,8 Punkte anstieg. In Bezug auf die ideologische Ausprägung bleibt die PMK-Rechts mit 191 registrierten Fällen im Jahr 2025 die quantitativ stärkste Erscheinungsform, wobei ein erheblicher Teil dieser Delikte im digitalen

Raum stattfand. Im Gegensatz dazu weist die PMK-Links mit einem Zuwachs von gut 90 % die stärkste Dynamik auf und manifestiert sich – mit Ausnahme der zentral erfassten Internetstraftaten in Winterhude – überwiegend durch Taten im physischen Raum.

Inhaltlich prägen drei große Themenfelder das Kriminalitätsgeschehen im Bezirk: Die Hasskriminalität bildet einen signifikanten Schwerpunkt, der insbesondere in Barmbek-Nord, Langenhorn und Barmbek-Süd deutlich zu Tage tritt. Neben Rassismus und Fremdenfeindlichkeit prägen im Bezirk Nord auffallend viele Delikte gegen die sexuelle Orientierung das Lagebild. Das Feld Konfrontation und politische Einstellung korrespondierte unmittelbar mit den intensiven Wahlperioden und hat sein Zentrum ebenfalls in Barmbek-Nord. Hier dominierte mit die Sachbeschädigung von Wahlplakaten, ergänzt durch wachsende Spannungen und Widerstandshandlungen im Umfeld von Informationsständen. Im Bereich Nationalsozialismus und Sozialdarwinismus, der besonders in Langenhorn und Barmbek-Nord präsent ist, zeigt sich eine spezifische Belastung durch das Eindringen verfassungswidriger Symbolik in den privaten Nahbereich der Bürger:innen. Schmierereien an Wohnungstüren und Briefkästen sowie Vorfälle an Bildungseinrichtungen verdeutlichen hier ein erhebliches Störpotenzial für das soziale Klima.

Zentrale Herausforderungen für das demokratische Zusammenleben

Die befragten Akteur:innen beschreiben Hamburg-Nord als einen insgesamt stabilen, lebenswerten und von Vielfalt geprägten Bezirk. Die Stadtteile unterscheiden sich jedoch deutlich hinsichtlich ihrer sozialen Struktur und Lebensbedingungen. Trotz eines überwiegend funktionierenden Zusammenlebens werden zunehmende Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrgenommen.

Zu den zentralen Entwicklungen zählen eine wachsende gesellschaftliche Diversität, steigende Lebenshaltungskosten, Wohnraummangel und Verdrängungsprozesse auf dem Wohnungsmarkt. Gleichzeitig nehmen viele Akteur:innen ein nachlassendes Gemeinschaftsgefühl sowie eine stärkere Orientierung an individuellen Interessen wahr. Ehrenamtliches Engagement und nachbarschaftliche Unterstützung bestehen weiterhin, werden jedoch häufig von denselben engagierten Personen getragen und stoßen zunehmend an ihre Grenzen.

Besonders kritisch wird die wachsende Distanz zwischen Bevölkerung, Politik und Verwaltung bewertet. Komplexe Verfahren, mangelnde Transparenz und eingeschränkte Beteiligungsmöglichkeiten förderten Frustration und Politikverdrossenheit. Gleichzeitig übernähmen Ehrenamtliche zunehmend Aufgaben, die eigentlich staatlicher Verantwortung unterliegen.

Als wichtige Zukunftsaufgabe wird die Förderung von Kindern und Jugendlichen gesehen. Junge Menschen stünden unter hohem Leistungsdruck, suchten Orientierung und seien zugleich empfänglich für vereinfachende oder demokratiekritische Weltbilder. Demokratiebildung und Beteiligungsmöglichkeiten werden daher als zentrale Handlungsfelder betrachtet.

Schulen spielen dabei eine Schlüsselrolle, da sie nahezu alle Kinder und Jugendlichen erreichen, stoßen jedoch aufgrund begrenzter Ressourcen an ihre Belastungsgrenzen.

Darüber hinaus werden Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe als wesentliche Voraussetzungen für ein demokratisches Miteinander hervorgehoben. Menschen mit Behinderungen erlebten weiterhin vielfältige Barrieren im Alltag. Insgesamt sehen die Befragten die Stärkung von Teilhabe, Ehrenamt, Nachbarschaften, Demokratieförderung und gesellschaftlicher Resilienz als zentrale Herausforderungen und Zukunftsaufgaben für den Bezirk Hamburg-Nord.

Begründungszusammenhänge für die Problemlagen

Die Befragten führen die Herausforderungen für das gesellschaftliche Zusammenleben und die Demokratie vor allem auf gesellschaftliche Polarisierung, Demokratieskepsis und nachlassende Gemeinwohlorientierung zurück. Internationale Krisen und politische Konflikte wirkten zunehmend auf das Leben in den Stadtteilen ein und verstärkten Spannungen zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig wachse bei vielen Menschen das Gefühl, von Politik und Verwaltung nicht ausreichend gehört oder beteiligt zu werden. Dies fördere Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen und den Eindruck, politische Entscheidungen würden über die Köpfe der Bürger:innen hinweg getroffen.

Als weitere Ursache wird die starke Orientierung an Leistung, Wettbewerb und individuellem Erfolg genannt. Solidarität, gesellschaftliche Verantwortung und gemeinschaftliches Handeln treten aus Sicht der Befragten zunehmend in den Hintergrund. Besonders junge Menschen wüchsen häufig unter hohem Leistungsdruck auf und verfügten oftmals über wenig positive Erfahrungen mit gelebtem Gemeinsinn und demokratischem Engagement.

Obwohl in vielen Stadtteilen Beteiligungsmöglichkeiten bestünden, erreichten diese häufig vor allem bereits engagierte Menschen. Politikferne oder kritische Bevölkerungsgruppen würden dagegen nur begrenzt eingebunden. Daher wird ein Bedarf an niedrigschwelligen und alltagsnahen Beteiligungsformaten gesehen. Zudem prägten Unsicherheiten, Zukunftsängste und die Folgen gesellschaftlicher Krisen die Lebenswelt vieler junger Menschen. Soziale Medien verstärkten gesellschaftliche Konflikte und trügen zu einem raueren Umgangston sowie zu Phänomenen wie Cybermobbing bei.

Schließlich weisen die Befragten darauf hin, dass Vielfalt allein nicht ausreicht, um Zusammenhalt zu stärken. Erforderlich seien kontinuierlicher Dialog zwischen unterschiedlichen Communities, gemeinsame Verständigung über demokratische Werte sowie bessere Möglichkeiten für Teilhabe und Inklusion. Insbesondere Menschen mit Unterstützungsbedarfen und das Ehrenamt benötigten stärkere Unterstützung, um gesellschaftliche Beteiligung und Zusammenhalt langfristig zu fördern.

Ressourcen und Potenziale für die Demokratiearbeit

Die Interviews zeigen, dass Hamburg-Nord über zahlreiche Ressourcen verfügt, die eine wirksame Demokratiearbeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt unterstützen. Eine besondere Stärke des Bezirks liegt in seinen vielfältigen sozialen Netzwerken, einer gut ausgebauten sozialen Infrastruktur sowie einer hohen Kooperationsbereitschaft zwischen Einrichtungen, Vereinen, Initiativen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen.

Eine zentrale Rolle spielt die offene Kinder- und Jugendarbeit, die jungen Menschen wichtige Erfahrungsräume für Mitbestimmung, gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches Lernen bietet. Durch die enge Zusammenarbeit mit Schulen, gemeinsame Projekte und Beteiligungsformate werden demokratische Kompetenzen frühzeitig gefördert.

Als bedeutende Ressource wird zudem die ausgeprägte Netzwerkstruktur des Bezirks hervorgehoben. Einrichtungen aus den Bereichen Sozialarbeit, Bildung, Kultur und Quartiersentwicklung arbeiten eng zusammen und schaffen durch etablierte Kooperationen, Netzwerke und Austauschformate eine wichtige Grundlage für gemeinsames Handeln. Stadtteilräte, Kulturzentren, Bildungsinstitutionen sowie Formate wie der „Barmbeker Ratschlag“ oder der „Runde Tisch Integration“ fördern Beteiligung, Dialog und die Vernetzung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen.

Besonders hervorzuheben ist das starke ehrenamtliche Engagement im Bezirk. Zahlreiche Initiativen leisten wichtige Beiträge für Integration, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig besteht die Herausforderung, neue Zielgruppen für freiwilliges Engagement zu gewinnen, da sich häufig dieselben Personen engagieren.

Auch das vielfältige Vereinswesen stellt einen wichtigen demokratischen Lern- und Begegnungsort dar. Insbesondere Sportvereine fördern Integration, Mitbestimmung und soziale Bindungen. Insgesamt verfügt Hamburg-Nord über tragfähige Strukturen und engagierte Akteur:innen, die eine solide Grundlage für Demokratieförderung bilden. Gleichzeitig zeigen sich Herausforderungen bei der langfristigen Sicherung von Engagement, Ressourcen und Förderstrukturen.

Der Bezirk Hamburg-Nord verfügt über eine vielfältige und leistungsfähige Infrastruktur für Demokratiearbeit. Neben professionellen Einrichtungen der Jugendhilfe, der Stadtteilkulturarbeit und der Quartiersentwicklung bilden insbesondere die zahlreichen Netzwerke, Vereine, Initiativen und ehrenamtlich engagierten Menschen eine starke Grundlage für demokratische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Voraussetzung für die Demokratiearbeit im Bezirk Hamburg-Nord

Die Befragten betonen, dass Demokratie vor allem im Alltag erlebbar sein muss. Demokratiearbeit gelinge dort, wo Menschen Gemeinschaft, Zugehörigkeit und Mitgestaltung erfahren

können. Niedrigschwellige Begegnungsorte, Stadtteilfeste, kulturelle Angebote und offene Sozialräume schüfen wichtige Voraussetzungen für Dialog, Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dabei komme inklusiven und zielgruppengerechten Zugängen eine besondere Bedeutung zu, um unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zu erreichen und gesellschaftliche Vielfalt sichtbar zu machen.

Als zentrale Zielgruppe werden Kinder und Jugendliche angesehen. Demokratiebildung sollte frühzeitig ansetzen und jungen Menschen nicht nur Wissen vermitteln, sondern vor allem Erfahrungen von Mitbestimmung und Selbstwirksamkeit ermöglichen. Lebensweltnahe Angebote, die Themen wie Diskriminierung, gesellschaftliche Vielfalt oder den Umgang mit Desinformation aufgreifen, könnten dabei demokratische Kompetenzen und Resilienz stärken. Schulen werden dabei als wichtigste strategische Partner betrachtet, da sie nahezu alle Kinder und Jugendlichen erreichen. Langfristige Kooperationen zwischen Schulen und Akteur:innen der Demokratiearbeit sollten demokratische Bildung dauerhaft im Schulalltag verankern. Gleichzeitig werden generationenübergreifende und inklusive Austauschformate als wichtige Instrumente zur Förderung von Dialog, gegenseitigem Verständnis und gesellschaftlichem Zusammenhalt hervorgehoben.

Darüber hinaus sehen die Befragten echte Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten als entscheidende Voraussetzung für demokratisches Lernen. Formate wie Jugendforen, Stadtteildialoge oder digitale Beteiligungsplattformen sollten Menschen aktiv an Entscheidungsprozessen beteiligen und ihre Selbstwirksamkeit stärken.

Für eine nachhaltige Demokratiearbeit wird zudem eine enge Vernetzung bestehender Akteur:innen und Strukturen empfohlen. Voraussetzung hierfür seien verlässliche Strukturen, regelmäßiger Austausch und eine klare institutionelle Verankerung der Demokratiearbeit durch feste Ansprechpartner:innen und langfristige Zuständigkeiten.

Ansatzpunkte für die Partnerschaft für Demokratie

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die künftige Arbeit der Partnerschaft für Demokratie sowohl auf eine breit aufgestellte Trägerschaft von Einrichtungen der sozialen Arbeit, auf eine entwickelte Struktur zivilgesellschaftlicher Akteur:innen als auch auf erprobte Prozesse und Formate der Zusammenarbeit aufbauen kann. Mögliche Ansätze finden sich ausgeführt in diesem Bericht und greifen vor allem Aspekte vernetzter Demokratiearbeit in bestehenden Praxisfeldern, Begegnungsformate zur Initiierung eines gesellschaftlichen Demokratie-Dialoges, aber auch reale Partizipationsansätze für Jugendliche, die Schule als Fokusraum für Demokratiebildung, sowie den Umgang mit Social-Media.

Demokratiearbeit ist kein „Selbstgänger" und braucht spezifische Ressourcen wie etwa Zeit für die Entwicklung und Umsetzung von Strategien, fachliche Kompetenzen für die Organisation und Wissen für die inhaltliche Gestaltung von Formaten. Letztendlich braucht es auch die von

Verwaltung, Einrichtungen und Zivilgesellschaft gemeinsam getragene Überzeugung, das Richtige zu tun und die richtigen Menschen mit der Arbeit zu erreichen.

Die künftige Demokratiearbeit sollte mit ihren Zielen, Formaten und Inhalten darauf ausgerichtet sein, alle Bewohner:innen in den Stadtteilen des Bezirks Hamburg-Nord erreichen zu können. Dies sind mithin auch jene, die sich über die soziale und demokratische Entwicklung ihrer Stadtteile kritisch äußern, bisher aber noch nicht als Akteur:innen im Gemeinwesen aufgetreten sind. Im Kern geht es in den möglichen Formaten vor allem darum, Menschen mit ihren Bedürfnissen und Perspektiven zu Wort kommen zu lassen und Dialoge auf Augenhöhe zu ermöglichen. Dabei sollen im Ergebnis gemeinsame Ansätze einer präventiv ausgerichteten Demokratiearbeit entwickelt werden, die nicht primär auf Krisen reagiert, sondern aktiv gesellschaftlichen Zusammenhalt und Resilienz stärkt.

6.2 Handlungsempfehlungen für die weitere Implementierung der Partnerschaft für Demokratie im Bezirk Hamburg-Nord

Die Formate und Inhalte der praktischen Demokratiearbeit wurden unter den Ansatzpunkten in Kapitel 5 beschrieben, um einen möglichen inhaltlichen Rahmen für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie im Bezirk Hamburg-Nord zu stecken. Die folgen zusammengefassten Handlungsempfehlungen greifen einerseits auf diese Ansätze zurück, sie stellen aber darüber hinaus Aspekte der organisatorischen Prozess- und Strukturbedingungen als Empfehlung für den Steuerungsprozesses in den Mittelpunkt.

Vernetzung für Demokratiearbeit

- Zielgerichtete Unterstützung vernetzter Angebote durch gemeinsame Projekte und Entwicklungen zu Demokratiearbeit. Dabei keine neuen Projektstrukturen aufbauen, sondern bestehendes durch Bottom-up-Formate stärken und gemeinsame Lösungen entwickeln.
- Entwicklung von Ansprachestrategien zur Erreichung von Multiplikator:innen und Einrichtungen, die in der bestehenden Vernetzung für die Demokratiearbeit fehlen. Aktive Einbeziehung über Dialogformate und Projektbeteiligung.
- Förderung des Dialogs von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Reflexion von Bedarfen, Strategien und Ergebnissen (z. B. in den Demokratie- und Bildungskonferenzen).
- Stärkung der Demokratiesensibilität der öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen durch gezielte Bildungsangebote im Rahmen der Zusammenarbeit.

Förderung von Alltagsdemokratie

- Angebote schaffen, die „Spaß" machen. Niedrigschwellige Begegnungsformate (Stadtteilfeste, Demokratiefeste, Kulturprojekte) als Infrastruktur demokratischer Kommunikation stärken.
- Inklusive Angebote fördern, Barrierefreiheit sichern und öffentlich kommunizieren.
- Schulen und außerschulische Bildungseinrichtungen in ihrer Rolle als Lern- und Begegnungsräume aktiv für Demokratiearbeit adressieren und vernetzte Angebote etablieren.

Demokratiearbeit im digitalen Raum

- Digitale Räume/ Soziale Netzwerke als Handlungsfelder demokratischer Bildung und Prävention aktiv bespielen. Entwicklung einer professionellen Social-Media-Präsenz und Etablierung von Präventionsangeboten für digitale Hassrede und Mobbing (z.B. in Kooperation mit Schule).

Setzung thematischer Impulse

- Gemeinsame Projekte zur Prävention und Bekämpfung rassistischer Ideologien durch Bildung und interkulturelle Begegnung etablieren.
- Stärkung demokratischer Mitbestimmungsformate für junge Menschen (v.a. bedarfsgerechte Implementierung eines Jugendparlaments).
- Projekte zur Förderung gleichwertiger Teilhabe und sozialer Anerkennung in allen Bevölkerungsgruppen – als Gegenstrategie zu sozialer Spaltung und Polarisierung.
- Stärkung des öffentlichen Raums als Ort demokratischer Aushandlung. Demokratieförderung sichtbar machen.

Demokratie im zivilgesellschaftlichen Dialog

- Aktive Ansprache von Multiplikator:innen für Demokratiearbeit, die im Rahmen der bezirklichen Akteursvernetzung bislang nicht hinreichend erreicht wurden.
- Unterstützung von Formaten der Demokratieförderung in sozialen Einrichtungen durch niedrigschwellige Projektförderung.
- Kooperative Gestaltung sozialer Begegnungsorte (z.B. in Jugendeinrichtungen, Stadtteilzentren, Kulturhäusern, aber auch in Sportvereinen und deren ergänzenden Angeboten) als Orte eines Demokratie-Dialogs.

Prävention und Resilienzförderung

- Nutzung sozialräumlicher Daten (siehe Kap. 3-4 dieses Berichts) und Dialog mit relevanten Stadtteilakteur:innen zur Früherkennung lokaler Spannungsfelder und zur gezielten Demokratieförderung.
- Unterstützung und Entlastung ehrenamtlich Engagierter durch zusätzliche Ressourcen, Anerkennung und Information-, Qualifizierungs- und Beratungsangebote.

- Förderung kleinräumiger zivilgesellschaftlicher Demokratie-Entwicklung und jener Formate, die Vertrauen und Zugehörigkeit im Alltag, in der Nachbarschaft, im Sozialraum stiften.

Diese Handlungsfäden setzen an den im Bericht identifizierten Strukturmerkmalen an: Sie tragen dem sozialräumlichen Gefüge ebenso Rechnung wie den inhaltlichen Spannungsfeldern und greifen die Handlungsoptionen der Partnerschaft für Demokratie im Bezirk Hamburg-Nord auf. Sie zielen an dieser Stelle weniger auf konkrete Einzelmaßnahmen ab, sondern zeigen Ansatzpunkte und Möglichkeiten einer aktiven und kooperativen Demokratiearbeit in verschiedenen thematischen und sozialen Kontexten auf. Letztlich gilt es, konkrete Formate, Umsetzungsformen und Aktivitäten immer im Austausch mit den öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen auszuhandeln.

Quellen

- Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2025): *Demokratie leben!* https://www.demokratie-leben.de/ [abgerufen am 20.06.2026].
- Bundeskriminalamt (2025): Politisch motivierte Kriminalität: Höchster Anstieg seit Beginn der Erfassung https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html [abgerufen am 10.07.2026].
- Bundeskriminalamt (2025): Politisch motivierte Kriminalität 2024. Jahresbericht. https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMKZahlen2023.html [abgerufen am 16.05.2026].
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2025): *Queerfeindliche Straftaten in Hamburg 2024.* Drucksache 23/316, 23. Wahlperiode, 13.05.2025. Schriftliche Kleine Anfrage der Abg. Dr. Carola Ensslen (DIE LINKE) vom 06.05.2025 und Antwort des Senats.
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2025): *Straf- und Gewalttaten mit rassistischem, rechtsextremistischem und/oder ausländerfeindlichem Hintergrund in Hamburg 2024.* Drucksache 23/143, 23. Wahlperiode, 17.04.2025. Schriftliche Kleine Anfrage des Abg. Deniz Çelik (DIE LINKE) vom 10.04.2025 und Antwort des Senats.
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2025): *Hasskriminalität in Hamburg 2024.* Drucksache 23/144, 23. Wahlperiode, 17.04.2025. Schriftliche Kleine Anfrage des Abg. Deniz Çelik (DIE LINKE) vom 10.04.2025 und Antwort des Senats.
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2024): *Straftaten gegen die geschlechtliche und sexuelle Identität und sexuelle Orientierung in Hamburg 2023.* Drucksache 22/15282, 22. Wahlperiode, 24.05.2024. Schriftliche Kleine Anfrage des Abg. Farid Müller (GRÜNE) vom 16.05.2024 und Antwort des Senats.
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2024): *Hasskriminalität in Hamburg 2023.* Drucksache 22/14135, 22. Wahlperiode, 26.01.2024. Schriftliche Kleine Anfrage der Abg. Cansu Özdemir (DIE LINKE) vom 18.01.2024 und Antwort des Senats.
- Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2024): *Straf- und Gewalttaten mit rassistischem, rechtsextremistischem und/oder ausländerfeindlichem Hintergrund in Hamburg 2023.* Drucksache 22/14134, 22. Wahlperiode, 26.01.2024. Schriftliche Kleine Anfrage der Abg. Cansu Özdemir (DIE LINKE) vom 18.01.2024 und Antwort des Senats.
- Hamburg.de, offizielles Portal der Freien und Hansestadt Hamburg (2025): Bündnisse vor Ort. Partnerschaften für Demokratie. https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/sozialbehoerde/themen/weitere/gegen-rechtsextremismus/lokale-partnerschaften-fuer-demokratie-49090 [abgerufen am 06.07.2026].
- Lamnek, Siegfried (2010): *Qualitative Sozialforschung*. Lehrbuch (5. Aufl.). Weinheim: Beltz.
- Statistik-Amt Nord (2025): *Stadtteilprofile Hamburg 2024*
- Universität Hamburg: Erste Ergebnisse der Repräsentativbefragung „Junge Menschen in Deutschland 2024“ / JuMiD-Studie. Internet: https://www.jumid.uni-hamburg.de/ergebnisse.html. abgerufen am 06.08.2026
- Voigts, Gunda/Blohm, Thurid (2022): Zur Bedeutung von Einrichtungen Offener Kinder- und Jugendarbeit in Krisenzeiten aus der Perspektive von jungen Menschen. Auszüge aus den Ergebnissen der Studie „Kinder- und Jugendarbeit in Corona-Zeiten“. Hamburg. Open Access: https://doi.org/10.48441/4427.651, abgerufen am 28.07.2026